

(A)

(C)

111. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 11. September 2019

Beginn: 9:00

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkte 1 a und b – fort:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Drucksache 19/11800

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

(B)

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2019 bis 2023

Drucksache 19/11801

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss

Wir haben für die heutige Aussprache gestern eine Redezeit von insgesamt acht Stunden beschlossen.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich der **Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04**.

Das Wort hat die Vorsitzende der AfD-Fraktion, Dr. Alice Weidel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alice Weidel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland steht vor einer Rezession: keine einfache Konjunkturdelle, sondern ein handfester Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die Exporte brechen mit zweistelligen Verlusten in einigen wichtigen Ausfuhrländern ein: China, Großbritannien und Russland. Besonders betroffen: Automobilindustrie und Maschinenbau, das Rückgrat unserer industriellen Produktion und damit unseres Wohlstands. Die Meldungen über massive Stellenstreichungen in tragenden Unternehmen und Schlüsselbranchen reißen nicht ab. Das Wirtschaftswachstum stagniert, das Bruttoinlandsprodukt ist im

zweiten Quartal 2019 sogar geschrumpft. Damit sind wir im Vergleich mit den übrigen EU- und Euro-Mitgliedstaaten Schlusslicht. Die Krise kommt nicht, die Krise ist bereits da.

(Beifall bei der AfD)

Die nächste Rezession wird weder ein vom Himmel gefallenes Schicksal sein

(Zuruf von der SPD: Sie steht vor uns!)

noch das Werk böser Mächte. Sie ist in erster Linie hausgemacht. Die Schwierigkeiten, in die die deutsche Wirtschaft und damit das ganze Land hineinrutscht, sind die Folge Ihrer verhängnisvollen und wirtschaftsfeindlichen Politik,

(D)

(Beifall bei der AfD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Weil die Exporte einbrechen, ja? So ein Blödsinn!)

einer im Kern grün-sozialistischen Ideologie, die unser Land ruiniert und seiner Zukunftsfähigkeit beraubt.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Ja, das war schon mal witzig! Total sozialistisch!)

Diese Regierung trägt die Verantwortung für die Demontage der Autoindustrie durch Klimaschutzwahn und E-Auto-Planwirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Sie ruinieren unser Land mit der absurden Idee, gleichzeitig aus Atomenergie und Kohleverstromung aussteigen zu können und zu einem fiktiven Datum in nicht allzu ferner Zukunft – typisch Planwirtschaft! – das Land CO₂-neutral zu machen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus der Schweiz betrachtet sich das doch ganz gut, oder?)

Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist absolut grotesk.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist ein ökonomischer und naturwissenschaftlicher Nonsens, der uns jetzt schon die höchsten Stromkosten in Europa beschert, Hunderttausende Haushalte von Ge-

Dr. Alice Weidel

- (A) ringverdienern und der Mittelschicht in existenzielle Bedrängnis bringt, die Versorgungssicherheit gefährdet und energieintensive Industrien nach und nach aus Deutschland vertreibt.

(Beifall bei der AfD)

Ihr vorgeblicher Klimaschutz ist nichts anderes als ein monströses Deindustrialisierungsprogramm, verbunden mit veritabler Arbeitsplatzvernichtung. Sie verschwenden Abermilliarden, um imaginierte Weltuntergänge in ferner Zukunft abzuwenden. Sie lassen sich von fragwürdigen Lobbyisten wie der Deutschen Umwelthilfe – aus meiner Sicht gehört diese Lobbyorganisation verboten – am Gängelband führen

(Beifall bei der AfD)

und zerstören dafür die Grundlagen unseres Wohlstands und unsere Fähigkeit, die ganz realen und drängenden Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte zu meistern.

Ich nenne zum Beispiel die unbewältigten Folgen der unregulierten Migration in die Sozialsysteme und die Kriminalstatistik.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Hört! Hört!)

- (B) Ja, ich weiß schon, warum Sie so quietschen. – Der frühere Bundesnachrichtenchef, August Hanning, spricht von mehr als 2 Millionen überwiegend jungen Männern, die seit 2015 eingewandert sind. Und die nächste Welle steht schon vor der Tür. Die Bilder aus Lesbos sind ein Menetekel. Der Türkei-Deal, an den Sie sich ja so gerne und so lange geklammert haben, ist gescheitert. Die Balkanroute ist offen, und Sie verschließen einfach die Augen davor.

Wir könnten die Migration übers Mittelmeer beenden, wenn Sie bereit wären, mit Italien und anderen Mittelmeerrainern dafür zu sorgen, dass keiner mehr illegal übers Meer nach Europa gelangen kann.

(Beifall bei der AfD)

Was wird aber gemacht? Stattdessen ermuntern Sie die humanitären Schleuser und Menschenhändler, auch NGOs genannt,

(Widerspruch bei der SPD)

lassen deren illegal eingeschleusten Passagiere noch nach Deutschland einfliegen und wollen sogar noch einen staatlichen Wassertaxidienst einrichten. Das ist wirklich nur noch grotesk, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Eine wirksame Sicherung und Kontrolle der Grenzen ist möglich. Die Kosten würden sich jährlich im einstelligen Milliardenbereich bewegen – und das wissen Sie. Kein Vergleich mit den ökonomischen, politischen und vor allem gesellschaftlichen Folgekosten der anhaltenden unregulierten Einwanderung! Sie wollen Millionen Bürger durch Verbote, Strafsteuern und dirigistische Maßnahmen in ihrer individuellen Mobilität einschränken, aber illegale Einwanderer können sich weiter frei und ungehindert über unsere Grenzen bewegen. Selbst

- (C) wenn die Asyltäuschung auffliegt und der Aufenthaltstitel verweigert wird, müssen sie kaum eine Abschiebung fürchten.

Sie haben das Geld für die abseitigsten Partikularinteressen übrig, aber nicht für die effektive Kontrolle unserer Grenzen und den Schutz unserer Bürger, die Ihnen einen Rekordanteil des von ihnen erwirtschafteten Einkommens überlassen müssen. Die Gegenleistungen bleiben Sie schuldig.

(Beifall bei der AfD)

Inzwischen hat jeder zweite Hartz-IV-Empfänger einen Migrationshintergrund. Dazu kommt: Fast zwei Drittel der sogenannten Flüchtlinge leben von Hartz IV. Also zwei Drittel Ihrer Fachkräfte leben von Hartz IV!

Asylzuwanderer sind übrigens überproportional kriminalitätsbelastet, gemessen am Bevölkerungsanteil. Schwere Sexual-, Raub- und Tötungsdelikte durch Zuwanderer haben erschreckend zugenommen.

(Dr. Achim Kessler [DIE LINKE]: Das ist rassistische Hetze! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das Lagebild zur Zuwanderungskriminalität des Bundeskriminalamts bestätigt das doch schwarz auf weiß. Hören Sie doch auf, hier so rumzubrüllen!

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie gemerkt, dass gar keiner brüllt? Da stand auf dem Zettel „Hören Sie auf, rumzubrüllen!“! Nicht zu doll an den Sprechzettel halten!)

(D)

Dass für die Bürger die Sicherheit im öffentlichen Raum mehr und mehr verloren geht, lässt Sie offenkundig gleichgültig. Man sieht das hier.

Eine ältere Hypothek ist das gescheiterte Euro-Experiment. Zehn Jahre Euro-Rettung durch verlorene Hilfskredite und Geldschöpfung auf Knopfdruck sind zehn Jahre Umverteilung von unten nach oben und vom Bürger zum Staat. Die Nullzinspolitik, über die sich Olaf Scholz ja gestern so gefreut hat, führt die deutsche Mittelschicht und den Sparer ins Prekariat. Das Märchen vom reichen Land stimmt schon lange nicht mehr. In Europa belegen die Deutschen beim Vermögen den letzten Platz.

Wenn die Draghi-Blase platzt, zündet der Euro-Geldsozialismus. Das wissen wir. Der Anteil der faulen Kredite in den Bilanzen südeuropäischer Banken – die Summen, die im Feuer stehen – ist gigantisch. Das Kartenhaus der Zombiebanken steht auf dem wackligen Boden der Negativzinspolitik der EZB, und die zerstört unaufhaltsam das Geschäftsmodell der soliden Banken. Wir stehen vor einem gigantischen Bankencrash, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Wir werden bei gleichbleibender Entwicklung eine Staatsschulden- und Bankenkrise erleben, Hyperinflation und anschließend eine Währungsreform, bei der die Menschen alles verlieren werden. Und Sie sagen es ihnen nicht. Was tun Sie, um das zu verhindern? Natürlich gar nichts. Im Gegenteil: Sie befeuern die Entwicklung auch

Dr. Alice Weidel

- (A) noch. Von EZB-Chefin Christine Lagarde ernten Sie dafür Beifall und ganz viel Umarmung, von jener Frau, die 2010 als IWF-Direktorin erklärte – ich zitiere –:

Wir müssen die Verträge brechen, um den Euro zu retten.

Und das ist genau Ihr Verständnis von Rechtstreue.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie uns nicht mit Rechtstreue!)

Für eine andere Lösung als eine zum deutschen Nachteil hätten Sie aber vermutlich auch gar keine Mehrheiten zusammenbekommen. Denn Sie haben Deutschland in Europa isoliert, und niemand nimmt Sie mehr ernst. Bei internationalen Konferenzen sitzen Sie im Abseits, während die anderen ihre Interessen verfolgen und auch durchsetzen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wenn hier einer im Abseits sitzt, dann sind Sie das!)

Sie haben das Verhältnis zu den USA zerrüttet, die Briten aus der EU getrieben

(Lachen bei der SPD)

und tun im Kielwasser der Franzosen nichts für eine vernünftige Brexit-Lösung.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Und jetzt legen Sie uns einen Haushalt vor, der vor allem eins erkennen lässt: dass Sie und Ihr Kabinett nicht verstanden haben, was die Stunde geschlagen hat. Sie verkonsumieren die immer noch reichlich kassierten Steuergelder, als würde der Segen ewig weiterfließen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist eigentlich mit Parteienfinanzierung?)

Was passiert denn dann, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Laufbahn sind, in zehn Jahren in Rente gehen und nicht mehr bis zum Anschlag gemolken werden können?

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Auf Ihr Rentenkonzept warten wir ja noch! Sagen Sie es einmal!)

Vorsorge für schlechte Zeiten ist in diesem Haushalt ein Fremdwort. Der Investitionsanteil ist trotz des Rekordvolumens lächerlich niedrig und akrobatisch schön-gerechnet. Dazu verdient – das ist auch absolut absurd – der Bundesfinanzminister sogar noch am Schuldenmachen, weil Anleger für langlaufende Anleihen Negativrenditen zahlen. Das allein zeigt, wie das Geldsystem aus den Fugen geraten ist, sehr geehrte Damen und Herren;

(Beifall bei der AfD)

denn es sind die Bürger, die durch Negativzinsen wie durch eine Sondersteuer kalt und gnadenlos enteignet werden. Es ist das Geld der Bürger, direkt und indirekt eingetrieben, das Sie verschleudern.

(Beifall bei der AfD)

Der Ökonom Daniel Stelter berechnet – ich zitiere –: (C) Allein auf Bundesebene wurden in den letzten zehn Jahren 460 Milliarden Euro zusätzlich verfügbares Geld für Konsum und Wahlgeschenke verplempert. – Zitat Ende. Dabei gibt es genug Baustellen im Land, in denen das Geld der Bürger besser und sinnvoller ausgegeben werden könnte.

(Martin Schulz [SPD]: Genau! Schweizer Konten!)

Die Infrastruktur verfällt, Straßen verkommen, Schulgebäude verfallen, die Bahn funktioniert immer schlechter, schnelles Internet gibt es anderswo, von Großprojekten wie Flughäfen, die nie fertig werden, gar nicht zu reden.

(Beifall bei der AfD)

Die Sozialsysteme sind überlastet und nicht zukunftsfähig. Deutschland droht eine massive Altersarmut. Die öffentliche Ordnung leidet, Sicherheit geht verloren.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, deswegen wohnen Sie in der Schweiz!)

Dass das die Grünen nicht interessiert, weiß ich.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wohnen doch in der Schweiz! Warum reden Sie eigentlich über unser Land hier?)

Die Bundeswehr ist kaum noch einsatzfähig, die arbeitende Bevölkerung ist mit hohen Steuern und Abgaben belastet. (D)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben sich doch entschieden, in der Schweiz zu leben!)

Statt den Bürgern das zu viel abgenommene Geld zurückzugeben – nicht einmal den Soli können Sie rechtskonform abschaffen –, brüten Ihre Regierung und die sie tragenden Parteien schon über neue Steuern: CO₂-Steuer, Vermögensteuer, Sonderabgaben auf alles Mögliche. Jeder Vorwand scheint Ihnen recht, um den Bürger immer weiter zu belasten, weil Sie mit dem überreichlich vorhandenen Steuergeld doch gar nicht umgehen können. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der AfD)

So kann es einfach nicht weitergehen. Ein grundsätzliches Umdenken tut not: Umwelt- und Ressourcenschonung statt Klimaschutz, Schluss mit der kopflosen Energiewende, Stopp der unkontrollierten Einwanderung und Sicherung unserer Grenzen,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie sind ja auch in die Schweiz eingewandert!)

Abkehr von der Euro-Inflationspolitik und vor allem mehr Freiheit für die Bürger und alle, die in diesem Land Werte schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denk- und Redefreiheit statt Diffamierung Andersdenkender,

Dr. Alice Weidel

- (A) (Karin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte? Sie können hier alles sagen! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber da sind Sie doch ganz groß drin!)

die das politische Klima vergiftet.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie dürfen hier alles vertreten!)

Wirtschaftliche Freiheit statt Gängelung und neue Verbote, Entlastung bei Steuern und Abgaben statt Steuerwucher, Bürokratismus und Umverteilung.

Hören Sie auf Ludwig Erhard – ich zitiere –:

Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.

(Beifall bei der AfD – Martin Schulz [SPD]:
Vor allen Dingen in der Schweiz!)

Das ist freiheitliche, bürgerliche Politik, die unser Land so dringend nötig hat und die in dieser Regierung keine Heimat und keinen Fürsprecher mehr hat.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist eigentlich mit Ihrem Spendensumpf?)

Ich bedanke mich.

- (B) (Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltsdebatte 2019 findet in Zeiten weltweiter großer Veränderungen und Kräfteverschiebungen statt.

Die Europäische Union erlebt in wenigen Monaten den Austritt eines wichtigen Mitgliedstaates, den Austritt Großbritanniens. Wir haben nach wie vor nach meiner festen Überzeugung alle Chancen, ihn geordnet hinzubekommen. Die Bundesregierung wird sich auch bis zum letzten Tag dafür einsetzen, dass das möglich ist. Aber ich sage auch: Wir sind auch auf einen ungeordneten Austritt vorbereitet. – Es bleibt aber dabei: Nach dem Austritt Großbritanniens haben wir einen wirtschaftlichen Wettbewerber vor unserer eigenen Haustür, auch wenn wir enge außen- und sicherheitspolitische Kooperationen beibehalten wollen, auch wenn wir freundschaftlich verbunden sein wollen.

70 Jahre Bundesrepublik, 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges zeigen sich global völlig neue Muster der Kräfteaufteilung.

(C) Es gibt auf der einen Seite eine nach wie vor starke Macht – man kann sagen: eine Supermacht USA –, ökonomisch und militärisch. Europa ist dieser Supermacht im Wertesystem verbunden, und trotz aller Meinungsverschiedenheiten gibt es eine tiefe Gemeinsamkeit. Aber es gibt keinen Automatismus mehr wie im Kalten Krieg, dass die Vereinigten Staaten von Amerika schon die Beschützerrolle für uns Europäer übernehmen werden. Europas Beitrag wird hier stärker gefordert.

Wir haben auf der anderen Seite China mit einem anderen politischen System, mit einem rasanten ökonomischen Aufstieg, mit wachsenden militärischen Kräften, nicht eingebunden in irgendwelche Abrüstungsregime. Ich konnte mich letzte Woche bei meinem Besuch in China wieder davon überzeugen, mit welcher unglaublichen Dynamik und Entschlossenheit dort die Entwicklung voranschreitet. Damit ist natürlich klar – das habe ich auch in China deutlich gemacht –, dass China auch für die globale, multilaterale Ordnung eine zunehmende Verantwortung hat.

Deutschland tut gut daran, mit China in allen Bereichen Kontakte zu pflegen, wirtschaftlich, aber auch in den verschiedenen Dialogformaten, die wir haben – Rechtsstaatsdialog, Menschenrechtsdialog –,

(Beifall der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

in denen wir auch unterschiedliche Meinungen austragen können. Ich habe bei meinem Besuch auch wieder darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der Menschenrechte für uns unabdingbar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Das gilt insgesamt, und das gilt auch im Blick auf die Situation in Hongkong, wo wir das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ weiter für richtig halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die wachsende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China, gleichzeitig auch das geostrategische Wiedererstarken Russlands haben natürlich tiefgreifende Folgen für uns in Europa. Wir als Europäer stehen einerseits durch den Austritt Großbritanniens geschwächt da – man muss das so aussprechen –; auf der anderen Seite ist es aber auch genau die Stunde, neue Stärke zu entwickeln. Ich finde, das, was Ursula von der Leyen gestern mit ihrer Vorstellung der neuen EU-Kommission geleistet hat, weist genau in diese Richtung: eine global ausgerichtete Kommission, die Europas Rolle in der Welt festigen will und die richtigen Themen angehen will. Ich glaube, das kann ein sehr guter Start sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Europa ist als multilaterales Projekt gegründet, als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, und Europa muss sich für den Erhalt des Multilateralismus auf der Welt einsetzen, auch wenn er noch so unter Druck steht. Das ist

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) unsere Verpflichtung, und Deutschland muss hierbei eine herausragende Rolle spielen. Kein Land auf der Welt kann seine Probleme alleine lösen, und wenn wir alle gegeneinander arbeiten, dann werden wir nicht gewinnen. Ich glaube an die Win-win-Situation, wenn wir zusammenarbeiten, und das muss das Credo sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet natürlich, dass wir das transatlantische Bündnis stärken müssen, und deshalb ist es wichtig, unserer Verpflichtung nachzukommen und auch im militärischen Bereich unsere Versprechen einzuhalten. Wir wollen uns in Richtung des Ziels bewegen, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben – wie alle NATO-Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Gleichzeitig wollen wir einen eigenen Pfeiler der Verteidigung mit der gemeinsamen Verteidigungspolitik im Rahmen von PESCO aufbauen, indem wir gemeinsam Rüstungsprojekte entwickeln und unsere Anstrengungen bündeln.

Europa muss für eine Handelspolitik eintreten, die einen freien, regelbasierten und auf Standards setzenden Handel unterstützt. Europa muss sich für die Reform der Welthandelsorganisation einsetzen. Europa muss in Zukunft nicht nur an einem Freihandelsabkommen mit Großbritannien arbeiten, sondern auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir müssen beim Investitionsschutzabkommen mit China endlich zum Abschluss kommen, und Europa muss Vorreiter in der Klimapolitik und Motor bei der Umsetzung des Pariser Abkommens sein.

(B)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen vor allen Dingen technologisch wieder in allen Bereichen auf die Höhe der Zeit, auf das, was Weltmaßstab ist, kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind das nicht mehr, wir müssen uns das eingestehen, und wir müssen in diese Richtung arbeiten. Das bedeutet, dass wir die Digitalisierung im Geiste der sozialen Marktwirtschaft gestalten. Das bedeutet, dass wir überall da, wo wir technologische Rückstände haben, durch Bündelung der europäischen Anstrengungen auch wirklich vorankommen. Ob es die Herstellung von Chips ist, ob es die Plattformwirtschaft ist, ob es das Datenmanagement ist – Stichwort „Hyperscaler“ –, ob es Batteriezellenproduktion ist: Überall muss Europa wieder Souveränität entwickeln und auch in der Datenwirtschaft einen eigenen Weg gehen, den Weg der sozialen Marktwirtschaft mit der Souveränität über die eigenen Daten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Europa muss einen Fußabdruck, wie man heute vielleicht sagt, hinterlassen bei der Konfliktlösung in der Welt. Wir haben uns als Europäer – auch Großbritannien verfolgt weiter diese Position – entschieden, weiter zu dem Nuklearabkommen mit dem Iran zu stehen; das ist richtig. Wir werden Schritt für Schritt versuchen, auch hier immer wieder mit dem Iran Lösungen zu finden,

die eine Eskalation der Spannungen in einer für die Welt sensitiven Region verhindern. Das ist europäische Aufgabe. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen sichtbar werden bei der Lösung der Situation in Syrien. Es muss jetzt endlich ein politischer Prozess in Gang kommen, damit die Menschen, die außerhalb Syriens leben, oder die Menschen, die in Syrien Flüchtlinge sind, wieder eine Chance haben, in ihrem Heimatland eine politische Ordnung zu finden, die nicht von Diktatur bestimmt ist. Europa hat hier eine Verantwortung.

Wir haben die Verantwortung zur Lösung der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Es gibt erste kleine Fortschritte jetzt in den letzten Wochen, seit Präsident Selenskyj im Amt ist, um die Minsker Vereinbarung vielleicht voranzutreiben. Wir arbeiten auf ein Gipfeltreffen im N4-Format in wenigen Wochen hin, um dann auch deutliche Fortschritte zu machen.

Meine Damen und Herren, in Libyen entwickelt sich eine Situation, die ähnliche Ausmaße annehmen kann, wie wir das in Syrien gesehen haben, nämlich ein Stellvertreterkrieg. Es ist von entscheidender Bedeutung – Deutschland wird hier auch seinen Beitrag leisten –, dass wir alles daransetzen, diesen Konflikt in Libyen nicht zu einem solchen Stellvertreterkrieg eskalieren zu lassen, sondern zu versuchen, wieder Staatlichkeit in Libyen herzustellen, so schwer das auch immer ist; denn die gesamte Region in Afrika wird destabilisiert, wenn Libyen nicht stabilisiert wird. Und deshalb ist das unsere Aufgabe. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit habe ich versucht, den Rahmen aufzuzeigen, in dem unsere Haushaltsdebatte stattfindet, in dem auch sichtbar wird, was die Erwartungen an uns sind. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Wir müssen für diese Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Wir werden im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres die Präsidentschaft in der Europäischen Union innehaben. Hier müssen wir Beiträge leisten, um voranzukommen. Deshalb sage ich ganz deutlich: Deutschland wird sich dieser Verantwortung stellen. So sagt es unser Koalitionsvertrag, und so werden wir es auch tun.

Ich hoffe nur eines – bei allen Aufgaben, die wir gern in der deutschen Präsidentschaft übernehmen –: dass die mittelfristige finanzielle Vorausschau, die Finanzplanung für die nächsten Jahre, vielleicht doch von den vorherigen finnischen und kroatischen Präsidentschaften gelöst wird. Es ist ja wichtig, dass Europa nicht erst auf den letzten Drücker Klarheit über die finanzielle Situation in den nächsten Jahren hat; denn sonst würden viele Programme eine ganze Zeit lang nicht laufen können. Also: Wir werden alles tun, um Finnland und Kroatien zu unterstützen, damit dieses Thema vor Beginn unserer Präsidentschaft gelöst ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten, die wir sehen – Wir haben international Unsicherheit, durch den US-amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt zum Beispiel, und das wirkt sich natürlich auf eine Exportnation wie Deutschland aus. Und der Grund dafür, dass bestimmte Exporte zurückgehen, liegt ganz wesentlich nicht darin, dass die deutschen Produkte nicht mehr gut sind, sondern liegt darin, dass Unsicherheit darüber da ist, wie sich die Weltkonjunktur entwickeln wird. Deshalb ist es so wichtig, für die Abkommen zu kämpfen. Aber auch unser Haushalt gibt Antworten auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Es zeigt sich, dass unsere Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik mit wachsenden Etats ausgestattet sind,

(Christian Lindner [FDP]: Die Außenpolitik?)

dass wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Deutschland geleistet hat in den letzten Jahren, war, internationale Konflikte immer in einem vernetzten Ansatz lösen zu wollen. Dazu gehört Entwicklungspolitik, dazu gehört Sicherheitspolitik, und dazu gehört, wenn notwendig, auch die Bereitschaft zum militärischen Einsatz.

Man kann die Dinge von daher nicht voneinander trennen. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu unseren internationalen Verpflichtungen stehen. Es wird von uns erwartet, dass wir nicht nur eine wirtschaftlich starke Nation sind, sondern dass wir auch für die Sicherheit und für den Frieden auf der Welt unseren Beitrag leisten, in allen Bereichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, da ist die Koalition jetzt auch auf einem guten Weg.

Und dann gibt es die Aufgabe, so wie ich es für Europa dargestellt habe, natürlich auch für Deutschland die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Da, glaube ich, stehen wir vor zwei großen Herausforderungen, die im Übrigen auch mit der Schwerpunktsetzung von Ursula von der Leyen und der neuen Kommission übereinstimmen: Das ist auf der einen Seite die Bewältigung der Digitalisierung, die unser Arbeiten, Leben völlig verändert, und das ist auf der anderen Seite die große Herausforderung des Klimaschutzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt jetzt darauf an, wie wir die Aufgabe des Klimaschutzes einordnen. Ich ordne sie so ein – und das tut auch die Bundesregierung –, dass ich den Klimaschutz als eine Menschheitsherausforderung begreife. Es geht darum, ob wir als Industriestaaten angesichts des Abdrucks an Ressourcenverbrauch, den wir hinterlassen haben, bereit sind, an vorderer Front etwas dafür zu tun, damit wir diesen Fußabdruck überwinden und den Temperaturanstieg stoppen oder zurückdrehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist unsere Verantwortung, weil wir sehr viel CO₂ und andere klimaschädliche Gase bereits emittiert haben. Wer der Meinung ist, dass, weil wir nur 2 Prozent der Emissionen verursachen, diejenigen Länder, die die übrigen 98 Prozent der Emissionen verursachen, sich darum kümmern sollen,

(Zuruf von der AfD: Genau!)

der irrt meiner Meinung nach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber diese Grundentscheidung, ob wir diese Verantwortung haben oder ob wir sie nicht haben, müssen wir miteinander treffen.

Wir müssen auch die Grundentscheidung treffen, ob wir das Risiko eingehen wollen, zu sagen: „Der Klimawandel ist gar nicht menschengemacht, vielleicht vergeht das alles“, oder ob wir der Meinung sind: Es gibt so viel Evidenz dafür, dass der Mensch mit dem Klimawandel etwas zu tun hat, dass wir verpflichtet sind, mit Blick auf die zukünftigen Generationen auch zu handeln. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dabei setzen wir auf Innovation, auf Forschung, auf unser Zutrauen, dass wir, wie wir es immer getan haben, gute technische Lösungen finden, und dabei setzen wir auf die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft.

(Zurufe von der AfD: War ja klar! – Das gerade nicht!)

Wir haben vieles in Gang gebracht: Wir haben die Energiewende begonnen, wir haben im Industriebereich den Zertifikatehandel. Wir haben unsere Klimaziele 2010 eingehalten. Aber wir müssen sagen: Die selbstgesetzten Ziele für 2020 werden wir nach menschlichem Ermessen nicht einhalten. Deshalb müssen wir Vorsorge treffen, dass wir verlässlich unsere Ziele für 2030 einhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Was ist das Erfolgsrezept gewesen, um Innovation und menschliche Antriebskraft, menschliche Kreativität, menschlichen Forschergeist zu incentivieren? Das waren immer die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb ist das Thema der Bepreisung nicht irgendeine Auflage auf irgendetwas drauf, sondern ein Mechanismus, der mit größter Wahrscheinlichkeit Innovation und Forschung auch dort stattfinden lässt, wo wir als Politiker uns das gar nicht ausdenken können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb ist es ein richtiger Angang, über die Bepreisung und die Mengensteuerung von CO₂-Emissionen Lösungen zu finden und gleichzeitig unterstützend tätig zu sein, um die Menschen in die Lage zu versetzen, den Umstieg zu schaffen. Das heißt nicht, dass der Staat Geld einnehmen soll, sondern er soll dieses Geld den Bürgerinnen und

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Bürgern so zurückgeben, dass sie diesen Umstieg mit uns gemeinsam schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein gewaltiger Kraftakt, bei dem – das merke ich – Teile der deutschen Wirtschaft zum Teil weiter sind als manche in diesem Hause.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unternehmen denken sehr wohl darüber nach, wie sie CO₂-frei produzieren können. Wenn ich mir den Ausbaupfad für erneuerbare Energien anschau und die Zahl der Unternehmen, die ihre Zulieferer nur noch klimaneutral zuliefern lassen wollen oder nur noch grünen Strom verwenden wollen, dann frage ich mich, ob wir genug grünen Strom haben werden, um überhaupt die Anforderungen in diesem Bereich zu bestehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen – der Wirtschaftsminister tut das – den Ausbau der erneuerbaren Energien aber so machen, dass er auch Akzeptanz bei der Bevölkerung findet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

- (B) Deshalb vermute ich, dass der Ausbau der Offshorewindenergie eher zunehmen wird. Dann müssen aber auch alle bereit sein, sich für neue Leitungen einzusetzen, und wir müssen auch bereit sein, Gerichtsverfahren und Einsprüche zu verkürzen, um da wirklich voranzukommen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Tun Sie was!)

Wir müssen natürlich auch im Auge haben, dass die Windkraftanlagen im Allgemeinen nicht in den Großstädten aufgebaut werden, sondern in den ländlichen Regionen.

(Beifall des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP] – Zuruf von der AfD: Natürlich!)

Wir müssen verhindern, dass es eine Art – ich sage es jetzt mal etwas mutig – Arroganz derjenigen, die in der Stadt leben, gegenüber denjenigen, die auf dem Land leben, gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen ein neues Bündnis von Stadt und Land schaffen und vor allen Dingen – erste Ansätze gibt es ja jetzt – die Kommunen, in deren Nähe Windkraftanlagen gebaut werden, auch an dem Gewinn, der daraus entsteht, beteiligen, um Anreize zu bieten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Hierfür werden wir Vorschläge machen.

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der großen Herausforderungen ist das Thema des Verkehrs. Unsere Automobilindustrie hat in wirklich beeindruckender Weise immer effizientere Technologien entwickelt. Aber es hat bislang keine Entkopplung der Verkehrsemissionen von dem Wirtschaftswachstum gegeben. Mit dem Wirtschaftswachstum hat die Menge an Verkehr zugenommen und alle Effizienzgewinne sozusagen wieder aufgefrisst, was dazu geführt hat, dass wir seit 1990 im Verkehrsbereich keinerlei Reduktion der Emissionen haben.

Deshalb müssen wir hier mit aller Kraft alternative Antriebe voranbringen. Und ja – das haben wir bei den erneuerbaren Energien gesehen –, das wird am Anfang sicherlich auch unterstützende Leistungen erfordern, zum Beispiel bei dem Aufbau der Ladeinfrastruktur. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich heute mal die Ausschreibungsverfahren für die erneuerbaren Energien an. Wir sind fast bei Kostendeckung; wir sind fast bei null Subventionen. Das heißt, wir haben als Industriena-tion die Pflicht, Vorbild zu sein, um diesen Umstieg auch in der Mobilität zu erreichen, und wir haben auch die Pflicht, die Menschen in die Lage zu versetzen, daran teilzunehmen und ihre individuelle Mobilität zu sichern.

Das sind alles keine einfachen Aufgaben; aber ich glaube, es lohnt sich, in diese Aufgaben zu investieren. Deshalb werden wir zu unseren Zielen stehen. Wir werden auch zu unserem Ausbauziel bei den erneuerbaren Energien stehen; wir werden am 20. September Vorschläge machen. Deshalb hat der Bundesfinanzminister auch noch keinen Vorschlag für den EKF, den Klimafonds, gemacht; aber das wird zeitnah erfolgen. Es ist ja sinnvoll, die Klimabeschlüsse und die Besetzung des Energie- und Klimafonds gemeinsam zu behandeln.

(D)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Augenblick ein besonderes Problem im Wald. Der Wald kann uns nicht alleine die Klimaprobleme lösen. Aber eine Zerstörung oder ein großer Schaden des Waldes würde uns beim Klimaschutz gerade in die falsche Richtung bringen. Deshalb unterstütze ich die Bundeslandwirtschaftsministerin bei ihren Bemühungen, gerade auch diejenigen, die nachhaltige Forstwirtschaft betreiben, in die Lage zu versetzen, unseren Wald zu retten und so weiter auf einen guten Pfad zu bringen. Dem müssen wir uns verpflichtet fühlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Und natürlich – um das auch noch hinzuzufügen – sollten wir nicht den nationalen Klimaschutz gegen den internationalen Klimaschutz ausspielen. Natürlich wird der Entwicklungsminister, wird das Außenministerium, wird das Umweltministerium, werden wir alles tun, um auch international Technologietransfer zu betreiben, Länder in die Lage zu versetzen, Klimaschutz zu machen oder zumindest die notwendigen Anpassungen an die Klimaveränderung vorzunehmen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das erspart uns eben nicht die eigene häusliche Anstrengung. Das eine muss getan werden – und das andere auch. Eines muss man, wenn dann wieder die Kostenrechnungen gemacht

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) werden, bei all dem noch bedenken: Wenn wir den Klimaschutz vorantreiben, wird es Geld kosten, und dieses Geld ist gut eingesetzt. Wenn wir ihn ignorieren, wird es uns nach meiner Überzeugung mehr Geld kosten, als wenn wir etwas tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Nichtstun ist nicht die Alternative, sondern Tatsache ist, dass wir dann mehr bezahlen werden.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ihr habt viele Jahre nichts gemacht!)

Man möchte darauf antworten – die meisten werden es nicht verstanden haben –; aber ich möchte dem Rufer nicht noch mehr Ehre geben, weil es einfach nicht stimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Er hatte recht!)

Hatte er nicht, Frau Haßelmann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite große Herausforderung, vor der wir stehen, ist die Frage, wie wir die Digitalisierung meistern. Die Bundesregierung hat eine Umsetzungsstrategie Digitalisierung. Natürlich beginnt alles mit dem Ausbau der Infrastruktur. Es ist sehr erfreulich, dass letzte Woche mit den Mobilfunkunternehmen jetzt abschließend vereinbart werden konnte – der Verkehrs- und Infrastrukturminister hat das gemacht –, dass bis Ende 2020 mindestens 99 Prozent der Haushalte mit Mobilfunk versorgt sind. Die Mobilfunkunternehmen sind hier in der Pflicht, die Auflagen und Vereinbarungen zu erfüllen, und wir haben auch bei der 5G-Versteigerung die Versorgungsaufgaben sehr hart gefasst, um eben auch wirklich flächendeckend Mobilfunk zu bekommen und 5G möglichst schnell auszurollen.

Es ist auch gut und richtig, dass wir der Industrie eine Tranche der Frequenzen zur freien Verfügung gegeben haben. Das wird unsere Wirtschaft in die Lage versetzen, sehr schnell auch 5G-Technologien anzuwenden. Und wir müssen natürlich eine Strategie entwickeln, wie wir flächendeckend, also auch den Landwirten und vielen anderen, Zugang zum Mobilfunk ermöglichen. Das werden wir bis zum Jahresende tun.

Wir werden des Weiteren als Staat mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes 575 Leistungen bis 2022 digitalisieren. Das ist eine große Herausforderung. Der Bundesinnenminister hat sich ihr gestellt, und ich denke, dass wir das auch hinbekommen. Und, meine Damen und Herren, wir müssen vor allen Dingen im Bereich der künstlichen Intelligenz besser und schneller werden und den Anschluss behalten.

(Beatrix von Storch [AfD]: Sie müssen machen!)

Wir haben dazu eine Strategie entwickelt und werden auch international anerkannte Professoren nach Deutschland einladen, hier bei uns zu arbeiten. (C)

Was mir aber Sorgen macht und wo wir weiter drangleiben müssen – der Wirtschaftsminister tut das –, ist, dass die Wirtschaft, gerade der Mittelstand und die kleineren Unternehmen, die Herausforderungen der Zeit erkennen und das Datenmanagement verbessern.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Dann nehmt denen doch nicht die Investitionsmittel über den Soli weg!)

Sie müssen verstehen, dass die zukünftigen Produkte aus Daten entstehen werden und dass die Produktion von Gütern nicht mehr der Hauptpunkt bei der Wertschöpfung ist. Hier sind wir im Rückstand, und hier wird die Bundesregierung unterstützend tätig sein, um Unternehmen das Cloud-Computing und Ähnliches auf europäischer Ebene sicher zu ermöglichen.

Aber hierzu brauchen wir auch – das sage ich ganz offen; die Wirtschaft sagt es uns ja auch – eine Anstrengung des deutschen Mittelstandes. Hier gibt es angesichts der gut gefüllten Auftragsbücher der letzten Jahre – ich sage es einmal so – vielleicht eine kleine Verzögerung. Da sich die konjunkturelle Lage verändert und es offensichtlich ist, dass wir wieder neuen Anlauf nehmen müssen, brauchen wir dieses Bündnis von Mittelstand und Bundesregierung. Wir sind dazu bereit; denn wir wollen die Digitalisierung auf europäische Art und Weise gestalten. Das heißt, dass die Daten weder den privaten Unternehmen noch dem Staat gehören, sondern dass wir uns für Lösungen einsetzen, die die Datensouveränität der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen, und das bedeutet, dass wir in Europa all diese Technologien haben müssen; denn sonst werden wir in Abhängigkeit von Ländern geraten, wo man das genau anders sieht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Für mich ist das ein wesentlicher Teil der sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Die soziale Marktwirtschaft hat uns stark gemacht. Ludwig Erhard hat sie eingeführt – gegen viele Widerstände. Aber sie bekommt heute, im 21. Jahrhundert, neue Dimensionen. Das, was ohne Digitalisierung galt, muss auf die Digitalisierung jetzt umgestellt werden. Das ist eine neue Dimension. Das, was den Ressourcenverbrauch noch nicht ausreichend im Blick hatte, muss auch in Richtung dieser Dimension umgestellt werden. Aber das System der sozialen Marktwirtschaft, die Herangehensweise, die Überzeugung, dass der Mensch kreativ ist, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, aber nicht dirigiert, das muss bleiben, und das wird uns wieder stark machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe jetzt so lange über die Fragen von Klimaschutz und Digitalisierung gesprochen, weil ich glaube, dass die Bewältigung dieser beiden Herausforderungen die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass wir auch in Zukunft in Wohlstand und Prosperität leben können. Auch in der Gesellschaft der Zukunft wollen wir alles tun,

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) um Menschen zu helfen, die in schwierigen Situationen sind, um soziale Absicherung zu leisten. All das werden wir aber nur leisten können, wenn wir mit den Herausforderungen der Zukunft technologisch gut umgehen und an der Weltspitze mit dabei sind. Deshalb ist die Frage, wie wir die richtigen Antworten bei der Digitalisierung und dem Klimaschutz finden, die entscheidende Voraussetzung dafür, dass wir auch in Zukunft in Wohlstand leben.

In unserem Land leben über 83 Millionen Menschen. Sie alle haben Hoffnungen, Vorstellungen, Sorgen, Probleme. Die Bundesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung versprochen, dass wir für Wohlstand und gutes Leben sorgen wollen. Und wir haben in den letzten 18 Monaten vieles gemacht, was manchmal in Vergessenheit gerät: Die Familien sind um 10 Milliarden Euro entlastet worden, die kalte Progression ist ausgeglichen. Wir haben den Mindestlohn –

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Ja, das ist so.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist unstreitig! – Christian Lindner [FDP]: Das ist Verfassungsauftrag!)

Das ist nun unstrittig. Selbst der Bund der Steuerzahler hat das gestern gesagt, Herr Lindner; da waren Sie doch dabei. Ich bitte Sie. Das ist wirklich komisch.

- (B) (Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie sagen doch sonst nichts Gutes über uns; aber bei der kalten Progression waren Sie dabei.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Alles andere wäre verfassungswidrig! Sind Sie schon stolz, dass Sie sich an Recht und Gesetz halten?)

Der Mindestlohn konnte gesteigert werden, weil die Gesamtlöhne steigen. Wir haben bei der Krankenversicherung die Menschen entlastet. Wir haben den Abbau des Solis jetzt im Kabinett beschlossen. Für 96,5 Prozent der Steuerzahler wird es Entlastungen geben. Wir haben die Kitabetreuung verbessert. Die Bundesfamilienministerin schließt jetzt mit den Ländern die entsprechenden Abkommen. Wir haben die Stabilisierung und Stärkung der Rente mit den Haltelinien eingeführt. Die Verbesserung der Mütterrente und die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente sind zu nennen. Das alles sollten wir mal nicht vergessen.

Das ist aber alles nur möglich, weil wir eine gute Wirtschaftslage haben, und das können wir aus dem Haushalt leisten. Ich finde es nur wirklich abenteuerlich, wenn es hier in diesem Hause Menschen gibt, die behaupten, dass diese Ausgaben von Steuergeldern Ausgaben wären, die an Verschwendung grenzen. Das sind Ausgaben für Menschen, die sich darüber freuen, die entlastet werden, die belohnt werden für ihre Leistung, die Sicherheit bekommen. Und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- Wir haben die Konzertierte Aktion Pflege abgeschlossen. Wir entlasten Kinder von pflegebedürftigen Menschen, die ein Jahreseinkommen von weniger als 100 000 Euro haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Auch das ist ein großer Beitrag zu mehr Sicherheit für viele junge Familien, die vor ganz anderen Aufgaben stehen.

Aber richtig ist auch: Vor uns stehen weitere große Aufgaben. Wir müssen damit rechnen – angesichts der jetzigen konjunkturellen Lage –, dass gegenüber dem Finanzplan die Steuereinnahmen sinken könnten. Deshalb muss alles getan werden, um auch für die Zukunft die Weichen zu stellen. Da geht es vor allen Dingen um Investitionen.

Bei den Investitionen – das ist gestern schon in der Rede des Bundesfinanzministers angekommen – ist es im Augenblick nicht der Mangel an Geld. Wir haben Hunderttausende geplante Wohnungen, die gebaut werden könnten. Wir haben Straßen, wir haben digitale Infrastruktur geplant. Der Investitionshaushalt hat einen Höhepunkt erreicht. Aber wir haben nicht ausreichend Planungskapazität, wir haben nicht ausreichend Beschleunigung. Deshalb müssen wir da ansetzen, dass erst mal das Geld ausgegeben werden kann. Und obwohl wir schon Planungsbeschleunigungsgesetze gemacht haben, sollten wir als Koalition noch mal überlegen: Wo können wir weitergehen, wo können wir schneller werden? Und wir sollten weiter Bürokratie abbauen, die die Unternehmen so sehr hindert. Auch dafür haben wir Pläne.

- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt etwa ein Jahr nach dem Wohngipfel im vergangenen Jahr, und wir können sagen: Es ist viel passiert. Wir haben eine Baulandkommission gehabt. Das wird jetzt eingearbeitet. Dann werden die Investitionsbedingungen hoffentlich noch einmal verbessert. Wir haben den sozialen Wohnungsbau fortgesetzt. Wir als Bund werden da auch weiter Verantwortung übernehmen.

Wir haben glücklicherweise durch den Bundesrat die Sonderabschreibung für mehr Wohnungsbau bekommen. Das ist der Anreiz, den man braucht, um mehr Wohnungen zu bauen. Ich meine, wir haben Mietpreisbremsen und alles beschlossen, aber wenn zu wenige Wohnungen da sind, müssen neue entstehen. Das ist die ganz einfache Weisheit. Daran wird uns keine Mietpreisbremse vorbeiführen, sondern das muss geschafft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg.
Beatrix von Storch [AfD])

Wir haben eine Entwicklungsbremse hoffentlich gelöst; das muss jetzt noch umgesetzt werden. Das ist die Verabschiedung – das ist historisch, will ich mal sagen – eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes für Deutschland. Wir wissen, dass wir Fachkräftemangel haben.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) (Ulrich Freese [SPD]: Haben wir auch lange für gebraucht!)

Und wir wissen auch – ich fand das neulich bei dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer sehr interessant, dass er es für die neuen Länder gesagt hat –, dass wir gerade in den neuen Ländern wahrscheinlich Fachkräfte brauchen werden, weil wir dort eine ganz andere demografische Situation haben. Deshalb fühlt sich die Bundesregierung verpflichtet – wir haben da auch unsere Pläne entwickelt –, dass wir dieses Fachkräfteeinwanderungsgesetz nicht nur auf dem Papier haben, sondern dass es dann auch operabel wird, dass wir wirklich vorankommen, es schnell umsetzen und Menschen als entsprechende Fachkräfte nach Deutschland bringen.

Meine Damen und Herren, ein letztes Projekt möchte ich zum Abschluss erwähnen, das vielleicht das überwältigende Projekt für diese Koalition ist, was die Innenpolitik anbelangt.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Machterhalt!)

Das ist die Frage mit Blick auf die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Wir wissen, dass in Deutschland Menschen Sorgen haben, dass sich Menschen abgehängt fühlen, dass die Entwicklungen völlig unterschiedlich sind zwischen Stadt und Land. Die einen können die Wohnungen nicht bezahlen, die anderen wissen nicht, wie sie ihr Haus verkaufen sollen. Darauf müssen wir Antworten finden.

- (B) Der erste Punkt sind die Handlungsempfehlungen für die Erzeugung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die wir im Kabinett im Juli verabschiedet haben. Natürlich trägt alles, was ich vorher gesagt habe, zum Beispiel die Frage des Breitbandausbaus oder die Frage der Pflegeallianz – die Frage der ärztlichen Versorgung habe ich jetzt nicht erwähnt – zu gleichwertigen Lebensverhältnissen bei.

Ich will drei Dinge aus den Handlungsempfehlungen nennen, die mir besonders wichtig erscheinen, für ein Projekt, das weit über diese Legislaturperiode hinausgehen wird.

Das Erste ist die Umstellung der regionalen Wirtschaftsförderung unter Berücksichtigung des Demografiefaktors. Das ist ein Meilenstein, weil wir zum ersten Mal bei der regionalen Wirtschaftsförderung auch fragen: Wie sieht die Situation der Bevölkerung aus? Wenn wir wissen, dass in Städten wie Hoyerswerda zum Beispiel das Durchschnittsalter ungefähr acht Jahre über dem Bundesdurchschnitt liegt, dann ist das ein wichtiger Punkt.

Das Zweite betrifft die Gemeinschaftsaufgabe Agrar, nämlich die neuen Methoden der Förderung der ländlichen Räume über die einfache Agrar- und Küstenschutzförderung hinaus. Hier werden wir uns noch viele Gedanken machen müssen, wie wir das genau machen; es ist aber richtig.

Das Dritte ist vielleicht nur Pars pro Toto; aber es ist mir sehr wichtig: die Stärkung des Ehrenamts. Wir haben lange in der Koalition darum gerungen, in welcher Form wir das tun wollen. Wir haben uns zum Schluss für eine bestimmte Form der Ehrenamtsstiftung entschieden. Und das ist viel mehr als nur die Frage: Wie viele Millionen

geben wir da hinein? Und es ist auch mehr als die Frage: (C) Wie viele Millionen gehen in die Demokratieförderung? – Denn es sagt etwas sehr Grundsätzliches aus. Wenn wir hier debattieren, dann reden wir über das, was der Staat leisten muss. Und der Staat muss viel leisten. Aber der demokratische Rechtsstaat lebt von dem Willen, von der Haltung seiner Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir deutlich machen, dass wir diese Haltung, diesen Willen dahin gehend fördern wollen, dass Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sich zum Grundgesetz bekennen.

Unser Grundgesetz ist 70 Jahre alt geworden. Unser Grundgesetz hat sich bewährt, und es hat diesen wunderbaren Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das, was wir täglich erleben, Angriffe auf Juden, Angriffe auf Ausländer, Gewalt und auch verhasste Sprache, müssen wir bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Denn wir können noch so viel an Steuermitteln in verschiedene und wichtige Projekte verteilen: Wenn nicht klar ist, dass es in diesem Lande null Toleranz gegen Rassismus, Hass und Abneigung gegen andere Menschen gibt, dann wird das Zusammenleben nicht gelingen. Und deshalb fühlen wir uns dem genauso verpflichtet, und dafür steht auch diese Ehrenamtsstiftung Pars pro Toto für vieles andere, was wir tun. (D)

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt hat das Wort der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Christian Lindner.

(Beifall bei der FDP)

Christian Lindner (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, Sie haben mit der internationalen Lage Ihren Beitrag begonnen; das ist nachvollziehbar. Auf der internationalen Bühne wird es mutmaßlich keine Führungspersönlichkeit geben, die mehr als Sie bezeugen könnte, was sich in den vergangenen Jahren, im vergangenen Jahrzehnt verändert hat.

Sie waren in der Volksrepublik China mit einer großen Delegation und haben dort Gespräche geführt. Sie haben China hier auch zum Thema gemacht. Die Volksrepublik China ist ein wichtiger Handelspartner Deutschlands, und deshalb müssen wir auf unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit und auf faire Regeln für den Handel achten.

Die Volksrepublik China ist aber auch ein Wettbewerber – und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Grundfragen unseres Zusam-

Christian Lindner

- (A) menlebens, unserer liberalen Ordnung. Wir erleben, dass es dort ein Überwachungssystem gibt. Die chinesische Führung übt Druck aus auf private Unternehmen, deren Mitarbeiter von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Was heißt das eigentlich für die in Deutschland tätigen Unternehmen und die dort Beschäftigten? Hier droht uns also durch die Veränderungen in der Volksrepublik China unmittelbar auch eine Einschränkung von Freiheit und insbesondere der Meinungsfreiheit in Deutschland. Davon, Frau Bundeskanzlerin, dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Deshalb bedauere ich, dass Sie bisher die Chance versäumt haben, den aus Hongkong zu uns gekommenen Oppositionellen Joshua Wong zu empfangen und mit ihm zu sprechen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind allerdings alle gefordert. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern beispielsweise auch eine Aufgabe der deutschen Wirtschaft, klare Worte zu sprechen. Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Joe Kaeser, ist nie verlegen um ein scharfes Wort in Richtung der AfD, nie verlegen um Kritik beispielsweise an Donald Trump. Sehr habe ich mich aber gewundert, dass Herr Kaeser mit Blick auf die chinesische Regierung vor zu scharfer Kritik gewarnt hat. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gute Geschäfte in allen Ehren – für uns muss aber klar sein: Wirtschaftliche Freiheit und gesellschaftliche Freiheit dürfen nie voneinander getrennt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Die Welt ist im Wandel – Frau Merkel, Sie haben das angesprochen –; wer in der Welt unterwegs ist, erkennt das. Stichwort Brexit: Da muss das Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich auch bilateral auf eine neue Basis gestellt werden. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten brauchen wir nicht nur den Dialog mit den politischen Offiziellen, sondern auch in die Zivilgesellschaft hinein. Wir haben aufstrebende Länder wie die ASEAN-Staaten. Ich war in Malaysia und musste erfahren: Der letzte deutsche Bundesminister, der dort zu Gast war, hieß Michael Glos. Da vernachlässigen wir eine Wachstumsregion.

(Beifall bei der FDP)

Wie viele Referenten beschäftigen sich eigentlich im Ministerium von Heiko Maas mit der Volksrepublik China? Eine Handvoll. Eine ASEAN-Abteilung wurde gegründet; aber nur eine Stelle für einen Abteilungsleiter wurde geschaffen. Wie viele neue Goethe-Institute und Generalkonsulate bekommen wir eigentlich in der Welt, um unsere Präsenz zu verstärken?

(Beifall bei der FDP)

In der internationalen Politik – Frau Bundeskanzlerin, jenseits Ihrer Person – boxt Deutschland schon heute strukturell unter seiner Gewichtsklasse. Es ist nicht verstehbar, warum im kommenden Bundeshaushalt ausgerechnet beim Auswärtigen Amt sogar noch weiter gekürzt werden soll – in Zeiten, in denen wir nicht weniger Diplomatie, sondern mehr Diplomatie brauchen.

(Beifall bei der FDP)

(C)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gerade auf den gestrigen Abend und unseren gemeinsamen Besuch beim Bund der Steuerzahler hingewiesen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Was machen Sie denn da?)

Sie haben dort gesprochen. Das war auch aller Ehren wert. Dann sind Sie gegangen. Danach gab es eine Podiumsdiskussion. Bei der Podiumsdiskussion ging es um Staatsverschuldung, es ging um Steuergerechtigkeit, es ging um Steuerverschwendung, es ging um die Verfassungswidrigkeit Ihres Modells, den Soli abzuschmelzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb, Frau Bundeskanzlerin: Es war gut, dass Sie zum Bund der Steuerzahler gegangen sind und dass Sie dort gesprochen haben. Meine Begeisterung würde aber heute keine Grenzen kennen, wenn Sie auch geblieben wären und zugehört hätten, was dort gesagt worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben eine schwarze Null im Haushalt. Sie wird vielfach gerühmt. Diese schwarze Null, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für uns als Freie Demokraten zunächst einmal eine hohe Symbolkraft in Europa. Wer bei uns leichtfertig über die Rückkehr der Staatsverschuldung spricht, riskiert, dass das andere in Europa, zum Beispiel in Italien, als eine Einladung verstehen, wieder Politik auf Pump zu machen.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Wer in Deutschland über neue Schulden spricht, der riskiert eine Rückkehr der Staatsschuldenkrise in Europa.

Die traurige Wahrheit ist, dass wir in Deutschland ausschließlich auf dem Papier eine schwarze Null haben. Bundesfinanzminister Olaf Scholz gibt ja längst wieder mehr aus, als er Einnahmen erzielt. Der Haushaltsausgleich in Form der schwarzen Null wird ja nur erreicht, indem 9 Milliarden Euro der Rücklage entnommen werden. Irgendwann werden die Rücklagen aufgebraucht sein. Wir gehen wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegen – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es angesprochen –, da werden Sozialausgaben steigen und Steuereinnahmen weiter sinken. Sie haben den Boom nicht genutzt, um unser Land wettbewerbsfähig zu machen, um dafür zu sorgen, dass der Staat auch dauerhaft seine Leistungen finanzieren kann. Olaf Scholz hat aus der schwarzen Null in Wahrheit eine rote Null gemacht. Dieser Haushalt hält nur noch für die Restlaufzeit Ihrer Regierung, Frau Merkel.

(Beifall bei der FDP)

Wie ein Bumerang werden die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zurückkehren und diejenigen treffen, die in Zukunft Verantwortung tragen werden.

Manche wollen sogar noch mehr. Jetzt ist Rede von einer grünen Null. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen will über eine Aufweichung der Schuldenbremse diskutieren. Wir hören von der CSU-Landesgruppe, es müsse eine Klimaaanleihe geben. Der Bundeswirtschaftsminister

Sie sprechen immer von Zukunft durch Bildung – wunderbar. Schauen wir uns den Haushalt der Bundesbildungsministerin an, stellen wir fest: minus 70 Millionen Euro. Ausgerechnet bei der Zukunftsaufgabe Bildung kürzt diese Koalition. Sinnvoll wäre es, dort Mittel zu verstärken, etwa indem es zukünftig auch eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung gibt.

Christian Lindner

(A) (Beifall bei der FDP)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was wir brauchen, das sind nicht neue Schulden. Was wir brauchen, das ist neues Denken.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das hat bei Ihnen schon mal nicht stattgefunden! Was für ein Unsinn!)

Mein letzter Punkt: Wir brauchen Vertrauen in die Menschen und in private Investitionstätigkeit. Die Unionsfraktion fordert eine Unternehmensteuerreform, und sie hat recht damit; denn wir sind international nicht mehr wettbewerbsfähig.

(Beifall bei der FDP)

Die Forderung ist hehr und unterstützenswert. Aber wie ist die tatsächliche Politik? Sie unterstützen, dass aus dem Solidaritätszuschlag eine Strafsteuer für Führungskräfte, Leistungsträger und die deutsche Wirtschaft gemacht wird. Das unterstützen Sie,

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

und das, obwohl Sie ja selbst verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Modell, das Sie beschließen wollen, geltend gemacht haben. Peter Altmaier, der Bundeswirtschaftsminister – sogar ein Kabinettsmitglied –, erklärt öffentlich, die nicht vollständige, nur teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlages *könnte* verfassungswidrig sein. Damit sind große Haushaltsrisiken verbunden, und Sie nehmen das alles so hin.

(B)

Ich mache Ihnen ein Angebot. Wenn die Unionsfraktion einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages hier einbringt, können Sie sicher sein: Wir stimmen zu.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Frank Steffel [CDU/CSU])

Wenn Sie das seriöserweise aufgrund der Rücksichtnahme auf Ihren Koalitionspartner SPD nicht im Bundestag als Gesetz beschließen können, dann habe ich hier als Alternative ein milderes Mittel: Dann klagen Sie mit uns gegen das Gesetz in Karlsruhe, damit die Menschen Rechtssicherheit haben und eine verfassungswidrige Strafsteuer nicht auf Dauer im Bundesgesetzblatt bleibt!

(Beifall bei der FDP)

Das ist im Übrigen ein Instrument, das bei rechtlicher Unsicherheit in der Vergangenheit in den 1990er-Jahren – ich erinnere an gewisse Auslandseinsätze, AWACS-Einsätze – bereits angewandt worden ist, um Rechtssicherheit zu schaffen. Das wäre nichts Neues.

Ich muss aber bei der Gelegenheit noch einen Satz an den Bundesfinanzminister und seine Partei sagen: Ich habe natürlich Verständnis für Profilierungsnotwendigkeiten und dafür, dass man Dinge auch anders sehen kann – natürlich. Wir sind ja in einer lebendigen parlamentarischen Demokratie, in der auch Unterschiede deutlich gemacht werden. Ich verstehe, dass Sie Leistungsträger – auch schon den Teamleiter am Band bei Daimler – zusätzlich belasten wollen, dass Sie kein Ver-

ständnis dafür haben, dass der deutsche Mittelstand im internationalen Wettbewerb Entlastung braucht, dass daran Arbeitsplätze hängen, dass daran Tarifentwicklungen hängen, dass die Unternehmen erfolgreich sind. Dass Sie das alles nicht sehen wollen: einverstanden. Das ist Ihr gutes Recht, und jeder sucht sich seine Unterstützung in der Bevölkerung auf die Art, wie er will.

Aber: Bestimmte Dinge gehen wirklich über die Geschmacksgrenzen hinaus. Da gibt es bei der SPD also den Wunsch nach einem Strafsteuer-Soli, und das Ganze wird dann bebildert von der Sozialdemokratie, indem man Menschen in den Liegestuhl setzt, Longdrink schlürfend, während das Geld auf dem Fließband abgeliefert wird. Wenn das Ihr Bild von Leistungsträgern und von unserem Mittelstand ist, dann haben Sie sich vollständig von der Lebenswirklichkeit in unserem Land entkoppelt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Sie auch! Das merkt man!)

Im Übrigen – um auch das zu sagen –: Man kann verteilungspolitische Diskussionen führen. Einverstanden! Da hätte auch ich Dinge anzumerken, zum Beispiel, wie wir es den Menschen erleichtern, zu Vermögen zu kommen, nämlich indem wir sie nicht durch die neue Aktiensteuer bestrafen, wenn sie Wertpapiere kaufen.

(Beifall bei der FDP)

Wir können auch über die Grunderwerbsteuer sprechen. Wir können gerne über Verteilungsfragen sprechen. Ich habe viele Ideen, allerdings eine andere Perspektive als Sie. Aber eines muss man sagen: Diejenigen, die massiv von ihrem privat erwirtschafteten Einkommen an den Staat abgeben, verdienen am Ende auch ein klein wenig Respekt.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Da darf man auch sagen: Danke; denn von eurer Leistungsfähigkeit profitieren auch diejenigen, die gegenwärtig selbst nicht so viel Leistung erbringen können.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, den ich nach Frau Merkel ansprechen will, und das ist die Klimapolitik. Die CDU-Bundeschäftende hat einen Klimakonsens vorgeschlagen. Wir sind zur Mitwirkung daran bereit. Mir ist noch ein wenig rätselhaft, wie das Verfahren sein wird; denn die Union selbst wird ihre Position erst vier Tage, bevor das Klimakabinett Position bezieht, festlegen, und dann soll das Ganze auch noch Gegenstand überparteilicher Gespräche werden. Wir sind also gespannt, aber wir haben auch Erwartungen. Unsere Erwartung ist, dass es bitte nicht nur um Klein-Klein geht. Vielleicht sind wir nicht alle einer Meinung, aber ich wage zu sagen: Ein anderer Mehrwertsteuersatz auf Wurstwaren in Deutschland wird das Weltklima nicht retten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Eine Debatte über das Verbot von Inlandsflügen in Deutschland wird uns auch nicht sehr helfen; ich glaube ohnehin, dass das in Wahrheit die kreativste Form ist,

Christian Lindner

- (A) davon abzulenken, dass die Menschen vom Flughafen Berlin-Brandenburg sowieso nicht fliegen können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Das wollen wir nicht. Wir möchten die Klimapolitik auch nicht zu einem Schauplatz von Kulturkämpfen machen. Um es ganz klar zu sagen: Die einen sprechen über Messermänner – das ist inakzeptabel –, aber dass man auf der anderen Seite SUVs pauschal zu Mordinstrumenten macht angesichts eines tödlichen Unfalls in Berlin, ist an Pietätlosigkeit ebenfalls nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der AfD)

Wir wollen über wirksame Maßnahmen sprechen. Erstens. Wie wäre es beispielsweise, wenn alle öffentlichen Gebäude Mitte des nächsten Jahrzehnts klimaneutral werden

(Beifall des Abg. Grigorios Aggelidis [FDP])

und zugleich Möglichkeiten geschaffen werden, Zukunftsinfrastruktur im digitalen Bereich, also Antennen, zu installieren?

Zweiter Punkt. Die energetische Gebäudesanierung ist der schlafende Riese der Klimaschutzpolitik. Warum gibt es hierfür nicht längst eine steuerliche Förderung?

(Beifall bei der FDP)

- (B) Drittens: nicht nur Bestrafen und Bepreisen, wenn CO₂ ausgestoßen wird. Wie wäre es, wenn wir eine Möglichkeit schaffen, dass man eine Prämie bekommt, wenn man CO₂ speichert, zum Beispiel durch die Aufforstung von Wald?

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU])

Das ist übrigens das Gegenteil von dem, was die Regierung seit 2005 macht. Wie viele Hektar Wald aus öffentlichem Besitz sind den Naturschutzverbänden geschenkt worden, die diese jetzt renaturieren, also in Wahrheit sich selbst überlassen? Sie werden zu Rückzugsorten des Borkenkäfers, und

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wir können die natürlichen Möglichkeiten der CO₂-Speicherung durch Forstwirtschaft nicht nutzen. Ändern wir das doch!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nichts verstanden von Ökologie!)

– Ja, doch. Sprechen Sie mal mit den BImA-Mitarbeitern, Herr Kollege Hofreiter. Das sind die mit Praxiserfahrung. Das sind die, die nicht im Bundestag sitzen, sondern im Wald stehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

(C) Viertens. Kein Verbot von Ölheizungen. Mit einem Verbot bringt man die Leute doch auf die Palme. Die Leute denken doch, sie müssten jetzt Tausende von Euro in ihrem Haus investieren. Statt eines Verbots von Ölheizungen, nutzen wir doch die Möglichkeit, treibhausgasfreundlichere Brennstoffe zu entwickeln. Das gilt übrigens auch für die Autos. Frau Merkel, Ihre Regierung hat zu verantworten, dass das ganz normale Auto mit Verbrennungsmotor – deutsche Spitzentechnologie – in Deutschland ein Auslaufmodell ist, weil synthetische Kraftstoffe auf die Grenzwerte des CO₂-Flottenverbrauchs in Brüssel nicht angerechnet werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben eine deutsche Spitzentechnologie geopfert.

Frau Merkel, Sie haben gesagt, wir brauchen Marktwirtschaft in der Energie- und Klimapolitik. Das ist richtig. Aber dass Sie das Thema Marktwirtschaft ausgerechnet mit der Energie- und Klimapolitik verbunden haben, ist wirklich ein Treppenwitz der Geschichte; denn weil wir keine marktwirtschaftliche Energiepolitik haben, wird alles teurer, ohne dass wir CO₂ einsparen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Machen wir das also anders. Ich glaube, dass darin auch eine globale Verantwortung Deutschlands liegt.

Manche wollen Klimaschutz machen mit Askese, Verbot, Verzicht, ohne Wachstum. Sie sagen: Der Lebensstandard des Jahres 1995 war auch nicht so schlecht. – Das kann man alles wollen. Es gibt auch Unterstützung (D) dafür. Auf dem Weg werden wir möglicherweise Moralweltmeister; aber niemand in der Welt wird uns folgen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD und des Abg. Uwe Kamann [fraktionslos])

Die können nicht auf Wohlstand verzichten, weil sie nämlich keinen haben. Die wollen auch nicht verzichten, weil es nicht viel gibt, auf das sie verzichten können. Die wollen nicht einfach nur bescheiden sein, weil sie noch ganz grundsätzliche Fragen hinsichtlich ihrer Lebenschancen klären müssen. Man kann ja Moralweltmeister werden wollen – das ist aller Ehren wert –, unser Anspruch muss es aber sein, dass Deutschland durch Marktwirtschaft und Erfindergeist wieder Technologieweltmeister wird; denn nur als Technologieweltmeister sind wir ein Vorbild für die Welt.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie des Abg. Uwe Kamann [fraktionslos])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Dr. Rolf Mützenich.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt, in die meine Generation hineingeboren wurde, er-

Dr. Rolf Mützenich

- (A) fährt einen tiefgreifenden Wandel, im Innern wie im Äußeren. Wir spüren, etwas Grundsätzliches verändert sich. Das betrifft uns alle, generationenübergreifend. Wo die Wetterextreme zunehmen, verändert sich das Klima. Wo die Auseinandersetzungen rauer werden, reflektiert dies ökonomische, soziale und kulturelle Spaltungen. Niemand weiß das besser zu beurteilen als die deutsche Sozialdemokratie.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Seit unserer Gründung waren wir Zeugen und Reformer rasanter Umbrüche.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns niemals weggeduckt. Wir haben die soziale Demokratie gestaltet und, wo nötig, verbessert. Für meine Fraktion heißt das: Gerecht zu regieren, ist die Grundlage unseres Handelns. Und gerecht regiert zu werden, ist heute wieder ein Wert für sich.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich wächst der Glaube, dass demagogisches, ausgrenzendes und chauvinistisches Regieren die Antwort auf komplizierte Fragen sein könnte, selbst hier in Europa. Das ist der falsche Weg. Demagogen haben die Menschen verführt und betrogen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Sie haben Kontinente ins Verderben gestürzt. Wir werden uns ihnen mit aller Kraft entgegenstellen, und der beste Ort dafür ist dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Hoffnung auf gerechtes Regieren im europäischen Kulturraum ist ein jahrhundertealtes Motiv. Eindrucksvoll begegnet uns das auf den Fresken im alten Rathaus von Siena. Sie zeigen, wie die Stadtgesellschaft unter einer guten Regierung auflebt und unter einer schlechten verdorrt.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Halten Sie sich mal daran!)

Einerseits geht es dort um das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft, andererseits um die Frage, ob die liberale Staatsform in einem konfliktreichen und chaotischen Umfeld überleben kann. Die gleiche Frage stellt sich heute, lokal, national und international. Ich bin überzeugt: Demokratisches, an Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und Frieden ausgerichtetes Regieren ist in seiner Substanz allen anderen Formen weit überlegen.

(Beifall bei der SPD)

Hierin, meine Damen und Herren, besteht der Zusammenhalt aller überzeugten und gewissenhaften Demokraten. Diesen Zusammenhalt dürfen wir niemals infrage stellen. Er ist das Bollwerk gegen das Totale.

(Beifall bei der SPD)

(C) Wenn uns das eint, bleibt dennoch die Frage, für wen wir regieren. Hierin unterscheiden wir uns. Es gibt diejenigen, die lediglich für eine fiktive Volksgemeinschaft eintreten und dabei übersehen, dass Ausgrenzen immer das Gegenteil von gutem Regieren bedeutet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt die, die Regieren mit einem Selbstvertretungsanspruch verwechseln, und es gibt die, die es sich leisten wollen, auf das Regieren ganz zu verzichten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil andere Kräfte in der Gesellschaft genügend Mittel besitzen, um Interessen außerhalb der politischen und rechtsstaatlichen Institutionen durchzusetzen. Sie lassen all diejenigen im Stich, die über diese Mittel nicht verfügen. Außerdem gibt es die, die sich auf urbane Eliten stützen und darauf vertrauen, dass Selbsthilfe und individuelle Förderung zur Selbstbehauptung und Verwirklichung des Einzelnen genügen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht das Verständnis von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wollen konkrete Hilfe anbieten und zugleich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, solidarisches und besseres Leben schaffen. Die Arbeiterbewegung hat mit aller Stärke und Konsequenz dafür gekämpft. Wir bleiben diesem Erbe verbunden. Dies ist unsere Antwort auf die Umbrüche unserer Zeit.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Mehr denn je können Beschäftigte und ihre Familien, junge und alte Menschen nicht auf gerechtes Regieren verzichten. Die einen brauchen Transferleistungen oder Leistungen in unverschuldeten Lebenssituationen, die anderen erwarten eine gerechte Arbeitswelt und gute soziale Strukturen, in denen auch ihre Kinder eine Zukunft haben. Es gibt viele Menschen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft wollen und wissen, dass ohne inneren und äußeren Frieden alles andere nichts ist. Für diese Menschen wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Politik machen.

Meine Damen und Herren, ein solider Haushalt ist die Voraussetzung für gerechtes Regieren. Er muss zugleich Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Ein guter Haushalt baut Wege in die Zukunft und ist nicht die Summe einzelner Projekte.

Der vorliegende Haushalt markiert die richtige Richtung, und wir haben in diesen Tagen genügend Zeit, die Einzelpläne zu besprechen. Zugleich ist dieser Haushalt der Anfang eines längeren Weges, auf dem wir die Veränderungen unserer Zeit gestalten wollen. Insofern reicht Regieren alleine eben nicht aus.

Gerechtes Regieren kann nur dann Kraft vermitteln, wenn wir gleichzeitig sagen, was wir in Zukunft über die Jahrespläne des Haushaltes hinaus erreichen wollen. Dieses Verständnis möchte ich an drei Zukunftsthemen skizzieren, die zusammen gedacht und zusammen gelöst

Dr. Rolf Mützenich

- (A) werden müssen: Mir geht es darum, wie gerechte Politik die Digitalisierung der Arbeitswelt, die Zukunft unserer Lebenswelt und den Frieden durch gemeinsame Sicherheit gestalten kann.

Die digitale Arbeitswelt bietet Chancen und natürlich auch Risiken. Ich gehöre nicht zu denen, die nur pessimistisch auf die kommenden Jahre blicken. Horrorszenarien blockieren kreatives Denken. Die Mehrheit der Beschäftigten steht den Veränderungen positiv und aufgeschlossen gegenüber. Gleichzeitig ahnen sie aber, dass vieles nicht so bleiben wird, wie es ist.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben recht: Wertschöpfung und Arbeit werden sich grundlegender und schneller wandeln als in allen wirtschaftlichen Revolutionszyklen zuvor. Deswegen und zugleich müssen wir beachten: Es droht ein Wirtschaftsabschwung, und der vorangegangene Strukturwandel ist noch längst nicht abgearbeitet. Umso größer werden die Herausforderungen in der digitalen Arbeitswelt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine kluge, dem Gemeinwohl verpflichtete Politik betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen versuchen, die Spaltungen, die unsere Wirtschaftsordnung hervorbringt, so klein wie möglich zu halten. Für uns stehen dabei die arbeitenden Menschen im Fokus. Wir wollen verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger auf die freie Ware Arbeitskraft und den bloßen Marktteilnehmer reduziert werden.

- (B) Es ist offensichtlich, dass im alltäglichen Wirtschaften und Arbeiten die Tarifpartner viele Fragen regulieren müssen. Die Gewerkschaften versuchen mit großen Anstrengungen, diese Jahrhundertaufgabe anzugehen. Es gibt Dutzende, wenn nicht Hunderte von Betriebsvereinbarungen für mobiles Arbeiten. Dafür verdienen die Tarifpartner unsere Anerkennung und uneingeschränkte Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig brauchen wir konzertierte Aktionen, die das beste Mittel für gemeinsame Anstrengungen sind. Hier wollen wir uns einbringen, etwa mit Schutzvorschriften in prekären Arbeitsverhältnissen und für die Gesundheit der Beschäftigten. Arbeitszeitverkürzungen und moderne Arbeitszeitmodelle müssen gesetzlich abgesichert werden. Dabei ist klar: Geregelte Arbeitszeit ist Arbeitsschutz. Wir wollen eine menschliche Arbeitswelt, in der nicht das Digitale den Takt vorgibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es stellen sich neue Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung und bei der Kurzarbeit. Während wir das Recht auf Aus- und Weiterbildung weiter ausgestalten wollen, brauchen wir ein Qualifizierungsgeld. Das und mehr wollen wir in Zukunft erreichen. Es geht um mehr. Ebenfalls müssen wir erkennen, dass die Sozialversicherungssysteme in der digitalisierten Arbeitswelt weiter unterhöhlt werden. Ohne eine korrekte und angepasste Be-

- steuerung kann das Solidarprinzip keine Zukunft haben. (C) Weil die Mitbestimmung bei alledem gebraucht wird, müssen wir die Koalitions- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind nur einige Angebote, die wir in einer Arbeitsgesellschaft im digitalen Zeitalter machen wollen. So wie die Gewerkschaften und die SPD im Strukturwandel unverzichtbar waren, so sind wir heute unverzichtbar für die, die gute Arbeit brauchen und um die Zukunft ihrer Kinder bangen.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufgaben und Herausforderungen werden Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Aber wir müssen und wollen heute daran mitwirken.

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht erst seit heute, dass wir unsere Umwelt und unser Klima schützen müssen. Es war Willy Brandt, der im Bundestagswahlkampf 1961 die Schattenseiten des Wirtschaftswunders klar erkannt und für den „blauen Himmel über dem Ruhrgebiet“ geworben hat. Es gelang ihm über dem Zutun vieler, vor allem aber der Ruhrgebietsstädte, diese Vision zu verwirklichen.

- (D) Auch heute werden die sozialen und ökologischen Ziele ohne kommunale Anstrengungen nicht erreicht werden können. Dafür brauchen wir alle Städte. Wir brauchen alle Gemeinden. Und alle diese Städte und Gemeinden brauchen den gleichen Spielraum; denn vor Ort entscheidet sich sozial-ökologisches Umsteuern, etwa im Verkehr, in der Energieversorgung oder im Gebäudebestand. Daher ist eine Altschuldenregelung auch eine Investition in lokales, ökologisches Regieren. Wir werden versuchen, alle zu überzeugen, hier im Deutschen Bundestag für diese Altschuldenregelung einzutreten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzen. Der Weg dorthin ist die weitgehende Neutralität bei Treibhausgasen. Kurz gesagt: Das schädliche CO₂ muss weg. Auch hierbei geht es nicht ohne das Zusammenwirken aller Gruppen. Der Kohlekompromiss, der sich im vorliegenden Haushalt und im Strukturstärkungsgesetz widerspiegelt, ist ein Beispiel, wie Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit im Veränderungsprozess unserer Zeit zusammengedacht und verwirklicht werden können.

Diese Integration in der Transformation hatte nur die SPD im Sinn. Das haben wir durchgesetzt und dabei alle mitgenommen: Gewerkschaften, Umweltverbände, Regionen, Länder und den Bund. Das war eine unverzichtbare und anstrengende Leistung. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Rolf Mützenich

- (A) Gleichzeitig war das für eine Demokratie lebensnotwendig, die immer wieder versuchen muss, aus dem Willen vieler am Ende den Willen des ganzen Volkes zu formen. Mitnahme, Beteiligung, Legitimation: Das ist unser Verständnis von Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass wir zum Schutz unseres Klimas die Verstromung der klimaschädlichen Kohle beenden müssen. Dazu müssen wir gleichzeitig in den Revieren neue und gleichwertige Wirtschaftsstrukturen entwickeln, damit die Menschen auch dort eine Zukunft haben. Unser Ziel sind Investitionen in Bereiche, die uns bei der Verbesserung des Klimas helfen und gleichzeitig neue Arbeitsplätze schaffen. Nur wenn sich Wirtschaft und Staat zu großen Anstrengungen bekennen, kann die Transformation für Innovation und Beschäftigung auch gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Klimakabinett muss am 20. September die Weichen stellen, damit wir die Klimaziele 2030 erreichen. Bis zur dritten Lesung erwartet die SPD-Bundestagsfraktion daher noch wichtige fiskalische Entscheidungen.

- (B) Alles das geht nur im Zusammenwirken mit den europäischen Ländern und der Europäischen Union. Deswegen nehmen wir die neue Kommissionspräsidentin beim Wort, und wir wollen helfen, das Modewort Green New Deal auch richtig auszubuchstabieren. Das ist unsere Aufgabe, aber es ist auch die Aufgabe der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Europa kann und muss dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht nur um seiner selbst willen, sondern auch deshalb, weil europäisches Handeln in der Welt wahrgenommen wird – im Guten wie im Schlechten. Deswegen, meine Damen und Herren, werden wir in den nächsten Tagen alle Anstrengungen unternehmen, um diese Ziele zu verwirklichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für all das braucht es nach Auffassung der SPD-Fraktion einen gestaltungswilligen und handlungsfähigen Staat. Das derzeit noch gängige Leitbild „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ ist nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: In Deutschland? Reden Sie von Deutschland?)

Spätestens seit Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise vor mehr als zehn Jahren und der Entwicklung der Wohnfrage zur neuen sozialen Frage ist es offensichtlich, dass dieses Motto grundlegend überdacht werden muss.

(Beifall bei der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Sie reden von Berlin als Hort des Neoliberalismus! Sie sind so weit von der Wirklich-

keit weg! Herr Mützenich, das glauben Sie doch nicht ernsthaft!) (C)

Das alte Leitbild ist einfach zu gutgläubig, was die Effizienz der Märkte, und zu defensiv, was die Rolle des Staates in einer modernen Volkswirtschaft betrifft. Wenn der Staat aber unverzichtbar ist, um die revolutionären Umbrüche in den nächsten Jahrzehnten mitzugestalten und abzufedern,

(Otto Fricke [FDP]: Der Bürger ist es aber auch!)

dann brauchen wir einen effizienten und durchsetzungsfähigen Staat mit einer gut ausgestalteten und attraktiven Verwaltung und einem größeren finanziellen Fundament. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diese Mittel in öffentliche Gemeingüter umlenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Ja, holt euch die Kohle von den Bürgern! Die Botschaft haben wir verstanden! Das war eine Drohung! Das haben wir schon verstanden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht werden spätere Historikerinnen und Historiker wenige Tage im August 2019 als den historischen Wendepunkt heranziehen, an dem das bipolare Gleichgewicht des Schreckens endgültig aufgehoben wurde. Mit dem Rückzug der USA endete am 2. August der INF-Vertrag über nukleare Abrüstung. Obwohl der Vertrag eine ganze Kategorie von Waffen verbot, atmte er noch den Geist des Kalten Krieges. Es bleibt richtig, für seine weltweite Gültigkeit einzutreten, wie es die Bundesregierung tut. Dennoch werden auch die USA das Ablegen der Vertragsfesseln nutzen und Mittelstreckenraketen in Asien aufstellen. Der Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. (D)

Damit erhält eine neue weltpolitische Konstellation, die sich im Gegenüber der USA und der Volksrepublik China ausbildet, mehr und mehr eine nukleare Kontur. Was genau daraus wird, werden wir heute mit Sicherheit nicht sagen können. Dass wir aber nicht nur Zeugen der Digitalisierung und der umweltschonenden Transformation, sondern auch Zeugen einer neuen weltpolitischen Entwicklung sind, ist dagegen offenkundig.

Die Debatte, wie die europäischen Gesellschaften auf diesen Zeitenwandel reagieren sollten, findet längst statt. Sie ist fundamental, und es gibt immer häufiger Stimmen, die eine starke militärische Antwort geben wollen. Meine Damen und Herren, ich kann davor nur warnen. Der Frieden in Europa war nicht dann gesichert, wenn dem Kontinent ein Übermaß an Militär und Rüstung zur Verfügung stand, sondern nur dann, wenn kluge, gemeinsame politische Entscheidungen in einem von Regeln und Normen geprägten Umfeld getroffen wurden.

(Beifall bei der SPD)

Das war nach dem Wiener Kongress der Fall, und es war das Ergebnis einer Entspannungspolitik, die sich durch Rüstungskontrolle, Dialog und das Hineindenken in den anderen auszeichnete.

Dr. Rolf Mützenich

- (A) Die Voraussetzungen sind heute andere, aber die Instrumente sind aktueller und notwendiger denn je. Der Automatismus militärischer Drohungen und Gegendrohungen muss durchbrochen werden, und ich sehe dafür keinen besseren Platz als in einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung, am besten unter Einschluss Russlands.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die herausziehende nukleare Konfrontation zwischen den USA und der Volksrepublik China findet im Schatten der 74. Wiederkehr des Atombombenabwurfs auf Hiroshima statt. Offensichtlich, meine Damen und Herren, sind große Mächte nach wie vor nicht bereit, aus der Vergangenheit zu lernen. Deswegen ist es richtig, dass sich Deutschland mit ganzer Kraft für den Erhalt des Atomwaffensperrvertrages einsetzt.

(Beifall des Abg. Ulli Nissen [SPD])

- (B) Dieser Vertrag, meine Damen und Herren, ist die beste Rückversicherung gegen die Ausbreitung der Atomwaffen. Gleichwohl habe ich eine Bitte an die Bundesregierung: Bisher lehnt Deutschland einen Beitritt zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot ab, immerhin auch eine Initiative der Zivilgesellschaft, die im Jahr 2017 dafür den Friedensnobelpreis erhielt. Die Bundesregierung befürchtet eine Schwächung des Atomwaffensperrvertrages, und in der Tat hat der Verbotsvertrag Mängel. Dennoch sei daran erinnert: In Zeiten der Entspannungspolitik waren Unzulänglichkeiten immer der Antriebsmotor, um neue und alte Ideen zusammenzuführen. Ziel beider Verträge ist die atomwaffenfreie Welt. Wenn zunehmend Bündnispartner nicht mehr politische Verbündete bei der Denuklearisierung sind, dann kenne ich keinen besseren Partner als engagierte Bürgerinnen und Bürger. Diese Kraft, meine Damen und Herren, müssen wir auch heute wieder nutzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die SPD-Fraktion ist klar: Die drei genannten großen Herausforderungen bewältigen weder der Markt noch die Nation, weder neue Technologien noch diffuse Befindlichkeiten allein. Die Politik muss die Antwort geben, wenn sie ihrem Auftrag für gerechtes Regieren nachkommen will. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das. Wir werden uns an dieser Aufgabe aus tiefer Überzeugung beteiligen, mit jener Überzeugung, die in unserer Geschichte immer Selbstverständlichkeit und Verpflichtung zugleich war.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Dr. Dietmar Bartsch.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute von allen Rednerinnen und Rednern gehört: Die Weltlage ist vielfach beunruhigend: der Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China, das Brexit-Chaos, die Atomkrise mit dem Iran, weltweit über 80 Millionen Flüchtlinge, die schreiende soziale Ungerechtigkeit und, und, und. Eines aber kann man beim Blick in die Welt auch feststellen: Wenn Rechtspopulisten an die Macht kommen, dann brennen sie erst mal alles nieder:

(Lachen des Abg. Jürgen Braun [AfD])

Bolsonaro den Regenwald, Boris Johnson die Demokratie und Donald Trump die internationale Diplomatie. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Leni Breymaier [SPD] – Jürgen Braun [AfD]: Nie wieder Sozialismus, Herr Bartsch!)

Auch die Wirtschaftslage in unserem Land ist problematisch. Wir haben Ansätze einer Rezession. So schlechte Quartalszahlen wie zuletzt hatten wir 2012 das letzte Mal. Auch dazu ist viel gesagt worden. Angesichts dieser Situation einen Haushalt, der im Kern durch Ideenlosigkeit geprägt ist, vorzulegen, das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Frau Merkel, Sie sagen: Es ist eine neue Dimension des Haushaltes. – Ich frage mich: Wo ist denn die neue Dimension?

Lieber Rolf Mützenich, deine Rede von eben stimmt ja zuversichtlich; nur, sie korrespondiert auch nicht mit dem, was in diesem Haushalt vorgelegt wird.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig! Genau!)

Dieser Haushalt ist so wenig visionär. Helmut Schmidt würde den nicht mal zum Arzt schicken.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben Ihren Koalitionsvertrag überschrieben:

Ein neuer Aufbruch für Europa
Eine neue Dynamik für Deutschland
Ein neuer Zusammenhalt für unser Land

Voll einverstanden! Sie verabschieden jetzt wohlklingende Gesetze: Gute-KiTa-Gesetz, Starke-Familien-Gesetz, Faire-Kassenwahl-Gesetz – alles super. Wenn Sie in Ihrem konkreten Handeln nur halb so stark wären wie in den Formulierungen, dann würde es dem Land wirklich besser gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Dietmar Bartsch

- (A) Sie sind in der Substanz eine Ankündigungscoalition. Wenn man sich dann noch den Zustand anguckt: Kein Mensch weiß, ob Sie im Januar überhaupt noch zusammen sind. Das ist ein irrer Zustand. Sie müssen sich mal vorstellen, wie man das vom Ausland aus sieht. Niemand weiß, ob diese Regierung im Januar oder Februar noch im Amt ist.

Ich will anhand von drei konkreten Beispielen zeigen, dass Ihr Haushalt mit den Überschriften wirklich nichts zu tun hat.

Beginnen will ich natürlich mit dem Thema „Schuldenbremse/schwarze Null versus Investitionen“. Ich habe schon gesagt: Deutschland steht an der Schwelle zu einer Rezession. Was haben Sie eigentlich in der letzten Krise, damals, 2008, gemacht? Ich erinnere mich ja daran: Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie, Konjunkturpakete, und zwar Investitionen, die dann in den Kommunen angekommen sind. Das war doch zweifelsfrei richtig. Frau Merkel, Sie haben unlängst in Stralsund gesagt: 50 Prozent in der Wirtschaft sind Psychologie. – Das mag ja sein; aber die anderen 50 Prozent dürfen doch nicht Stillstand sein, sondern es muss entschlossenes Handeln geben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Es ist ja sogar das DIW, das heute fordert, endlich ein milliardenstarkes zusätzliches Investitionsprogramm aufzulegen. Das wäre dringend notwendig. Dabei darf man nicht nur in Schulen, Straßen, Autobahnen investieren. Wir müssen damit eben auch die Binnennachfrage stärken, um die Abhängigkeit vom Export etwas zu dämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel, Sie sagen, Sie tun das, was notwendig ist. Dieser Haushalt gibt die Antworten. Nein, wir dürfen nicht warten, bis sich die Rezession wirklich verfestigt. Deswegen ist ein anderes Maß an Investitionstätigkeit notwendig, und notwendig ist nicht, stolz darauf zu sein, dass wir mit 11,1 Prozent die höchste Quote haben. Das ist viel zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nehmen Sie doch nur mal das Beispiel „digitale Infrastruktur“. Deutschland ist weiterhin ein digitales Entwicklungsland. In über 4 600 Gemeinden in Deutschland gibt es keine flächendeckende Versorgung mit LTE. Sie reden über 5G und Ähnliches. In nahezu keiner ostdeutschen Kommune gibt es flächendeckend schnelles Internet. Na, wo leben wir denn? Die CSU macht neuerdings Werbevideos: Rezo für Anfänger. Mensch, das können die jungen Leute in bestimmten Regionen nur wacklig sehen. Schon aus Ihrem Interesse sollten Sie da endlich mal was tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt im Übrigen, die Menschen haben in vielen ländlichen Regionen und inzwischen übrigens auch in Städten keinen Bus,

- (C) keinen Bäcker, keine Gaststätten, keine Post und jetzt auch kein Internet. Das ist doch eine Zumutung. Ja, an jeder Milchkanne müssen wir Internet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie war das noch, Herr Dobrindt, als Sie Minister wurden? Sie haben gesagt: Wir wollen spitze sein. – Und wie ist heute die Netzabdeckung? Es gilt immer noch: Deutschland einig Funklochland. Das ist die Realität nach all den Jahren, wo Sie regiert haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten im ersten Halbjahr 43,5 Milliarden Euro Überschuss in Bund, Ländern und Kommunen. Warum nehmen Sie denn da nicht Geld in die Hand? Das wäre doch wirklich absolut angesagt in dieser Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Und dann sagen Sie immer: Na ja, Sie müssen noch mal sagen, wo wir verzichten wollen. – Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt, beim Militärhaushalt. Da wird immer vom 2-Prozent-Ziel der NATO-Partner geredet, und 2 Prozent, das klingt ja irgendwie wenig. Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses „2 Prozent“ ist Sand in die Augen der Menschen streuen; das ist eine systematische Irreführung. Schon heute entsprechen die Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien 14 Prozent des Haushalts; das ist die Realität. Wir haben heute nach NATO-Kriterien über 50 Milliarden Euro Ausgaben für Militär. Was dann damit gemacht wird, das ist noch eine ganz andere Frage. Das geht dann an irgendwelche Berater, geht in ein Desaster nach dem anderen. Es ist eben falsch, dass „Mehr, mehr, mehr“ eine Strategie ist. Das ist es mit Sicherheit nicht. Gucken Sie sich doch nur mal Ihre komische Flugbereitschaft an. Das ist doch international peinlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Da muss man doch vielleicht bei dieser Frage mal irgendetwas tun.

Aber das Entscheidende ist, wenn Sie bei diesen Summen mal den Vergleich zum sozialen Wohnungsbau nehmen: 1,5 Milliarden Euro! Olaf Scholz hat gestern gesagt: Wir haben es geschafft, dass der soziale Wohnungsbau nicht endet. – Na, Donnerwetter! Ich denke, das ist die wichtigste soziale Frage. Dann muss man da doch mehr tun. Was für ein Offenbarungseid angesichts der Mietensituation in unserem Land,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

eine völlige Schieflage auf diesem Feld.

Womit ich beim dritten Punkt bin: Thema Altersarmut. Es gibt einen Posten, der jedes Jahr verlässlich steigt. Er hat den unauffälligen Namen „Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Die Ausgaben in diesem Posten steigen jährlich um circa 7,6 Prozent.

Dr. Dietmar Bartsch

- (A) Was bedeutet das eigentlich? Das bedeutet, dass immer mehr Menschen Grundsicherung im Alter beantragen müssen, weil ihre Rente nicht reicht.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]:
Bislang, glaube ich, 3 Prozent, oder?)

Wenn es denn so bleibt, dass der Mindestlohn, auf den Sie stolz sind, unter 10 Euro ist, wird diese Zahl dramatisch – dramatisch! – in den nächsten Jahren steigen. Die Zahlen werden explodieren. Deswegen ist das mit dem Mindestlohn nicht so eine Sache, auf die man stolz sein kann. Dass es ihn gibt, ja, aber er muss eben deutlich erhöht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt will ich mal zu dem Punkt kommen: Sie haben vor der Europawahl gesagt: Wir wollen eine Grundrente einführen. – Wir als Linke haben gesagt: Grundsätzlich richtig; man kann über viele Details reden. – Aber bis heute ist real nichts passiert. Sie versprechen, Sie reden, aber Sie handeln nicht. Das ist doch unzumutbar, und gerade für diese Menschen muss mehr getan werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Haushalt, auch in der Perspektivplanung gibt es da überhaupt keinen Punkt. Dass wir eine generelle Rentenreform wollen, das will ich hier gar nicht noch mal wiederholen. Ja, wir brauchen eine solidarische Mindestrente. Wir wollen, dass alle einzahlen usw. und dass am Ende eine lebensstandardsichernde Rente rauskommt.

- (B) Zusammengefasst hat Ihr Haushalt folgende Prioritätensetzung: strenge Schuldenbremse statt notwendiger Investitionen, Militär- statt Sozialausgaben erhöhen und massenhafte Kinder- und Altersarmut zulassen. Das ist die Priorität in Ihrem Haushalt, meine Damen und Herren.

Das ist doch symptomatisch für die Politik der letzten 15 Jahre. Das ist eine Politik, die das Land spaltet, die Europa spaltet und die den Rechtspopulisten den Weg ebnet. Das ist die Realität.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich noch mal zu dem Thema Schuldenbremse kommen, weil Sie ja immer sagen: Die Linke will uns irgendwie in den Schuldenstaat treiben. – Was für ein horrender Blödsinn!

(Otto Fricke [FDP]: Klar!)

Entscheidend ist doch: Mit dieser Debatte lenken Sie davon ab, dass wir ein zutiefst ungerechtes Steuersystem haben. Wir haben das Steuersystem des vergangenen Jahrhunderts. Wir haben explodierende Vermögen auf der einen Seite,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: 10 Prozent der Vermögenden zahlen 50 Prozent der Steuern!)

und wir müssen dort endlich etwas tun. Es ist doch völlig inakzeptabel,

(Beifall bei der LINKEN)

dass wir einen Spitzensteuersatz haben, der immer noch so früh einsetzt. Wir brauchen endlich wirklich eine Reform bei der Erbschaftsteuer. Das mit der Finanztransaktionssteuer höre ich seit drei Legislaturperioden. Das stand schon bei Herrn Schäuble und anderen immer im Koalitionsvertrag. In der Realität bis heute: Nichts! Das ist die Wahrheit! Da muss endlich wirklich etwas getan werden. Denn was ist denn das Ergebnis dieser Politik? Die 500 reichsten Familien in unserem Land haben ein Vermögen von 700 Milliarden Euro. Das sind circa zwei Bundeshaushalte. Die haben in den letzten Jahren jedes Jahr zweistellige Zuwachsraten gehabt, meine Damen und Herren. Auf der anderen Seite stehen 4,4 Millionen Kinder, die arm sind oder von Armut bedroht sind. Das ist doch nicht hinnehmbar in unserem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

4,4 Millionen Kinder, das ist das Berliner Olympiastadion 58-mal vollgestellt mit Kindern in Armut und mit Kindern, die von Armut bedroht sind. In keinem anderen Land, meine Damen und Herren, gibt es so eine riesige Spaltung, und das müssen wir alle ganz dringlich verändern.

Es geht um einen grundsätzlichen Perspektivwechsel, nicht nur in der Sozial- und in der Wirtschaftspolitik. Seit 40 Jahren sind die grundlegenden Fakten über den Klimawandel bekannt. Der Plastikmüll in den Ozeanen kommt bekanntermaßen nicht von den Delfinen,

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Aber nicht aus Deutschland, aus China!)

und der Regenwald am Amazonas wird auch nicht von den Affen angezündet. Dass wir etwas tun müssen, ist zumindest in seriösen Kreisen klar. Aber wie, das ist natürlich die interessante Frage.

Da höre ich jetzt: Irgendwann wird das Klimakabinett tagen. –

(Sonja Amalie Steffen [SPD]: Nicht „irgendwann“!)

Donnerwetter! Im Haushalt null abgebildet! Mich würde mal interessieren, wenn es denn diesen breiten Konsens geben soll, was da real gemacht werden soll. Da müssen wir doch wirklich dringend ran. Sie setzen offensichtlich darauf, dass darüber nicht in Ernsthaftigkeit geredet wird.

(Sonja Amalie Steffen [SPD]: Quatsch!)

Frau Merkel, Sie haben heute ein wunderbares Beispiel angeführt: das Thema Elektromobilität. Ich will nur mal feststellen: Sie waren es, die gesagt hat – nachlesbar –: Im Jahr 2020 werden wir 1 Million Elektroautos haben. – Das hat nicht Die Linke gesagt. Was ist die Realität?

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Planwirtschaft hat noch nie funktioniert! Das kennen Sie doch!)

Zum 1. Januar 2019 waren weniger als 90 000 zugelassen. Ja, was ist denn das? Was ist denn das für eine Glaubwürdigkeit? Elektromobilität kann sehr sinnvoll sein, aber wenn, dann müssen es doch Elektroautos sein, die bezahlbar sind. Das heißt, sie müssen unter 20 000 Euro kosten. Es muss ausreichend Ladestationen auch im länd-

Dr. Dietmar Bartsch

- (A) lichen Raum geben; sonst sind die Menschen dort wieder mal abgehängt. Es muss natürlich technologische Lösungen geben, in der Kobalt-, in der Lithium-, in der Entsorgungsfrage usw. Ja, Christian Lindner, es ist in Ordnung, Technologieweltmeister zu sein. Nur, wenn Sie das gegen Moral stellen, dann ist das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen in der Moral spitze sein und in der Technologie. Das ist die Aufgabe, die vor Deutschland steht.

Aber so, wie die Regierung das bisher angedeutet hat, würden beim Klimaschutz wieder mal vor allen Dingen die unteren und mittleren Einkommen belastet werden. Fakt ist doch, dass die reichsten 10 Prozent in Deutschland fast 50 Prozent des CO₂-Ausstoßes zu verantworten haben; das ist eine schlichte Wahrheit. Und jetzt sollen es wieder die Pendler und die Geringverdiener und die ländlichen Räume bezahlen?

Wenn Sie wirklich einmal etwas gegen den Klimawandel tun wollen, dann stärken Sie doch die Bahn! Aber Sie haben seit 1990 6 467 Kilometer Bahnstrecke stillgelegt. Das ist doch der Wahnsinn! Ausbau von Strecken wäre notwendig und nicht Stilllegung von Strecken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Deshalb sind viele Menschen skeptisch bei Ihren Ankündigungen, und das ist auch logisch: Die Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass so etwas immer auf ihre Kosten geht, während die Reichen reich bleiben und sich alle Annehmlichkeiten weiter leisten können. „Wieso sollen nur die Mittelschicht und die Armen etwas für den Klimaschutz tun?“, das ist ein berechtigter Einwand, den viele haben. Das ist auch eine berechnete Sorge; denn in den letzten 20 Jahren ist es immer so gelaufen, dass sie diese Lasten zu tragen hatten.

Deswegen sollten wir doch mal über Dinge nachdenken, die allen bekannt sind: Streichung der Energiesteuerbefreiung für Kerosin – würde 7 Milliarden Euro bringen,

(Beifall bei der LINKEN)

Streichung der Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge – 4,7 Milliarden Euro, pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen – 3 Milliarden Euro usw., usw.

Am Ende müssen wir dahin kommen, meine Damen und Herren, dass die Bahn unschlagbar günstig wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber um 50 Prozent sind die Bahntickets in den letzten 20 Jahren teurer geworden! Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Da muss man doch etwas tun! Die Bahn ist im Eigentum des Bundes. Wenn sie unschlagbar günstig werden soll, dann muss hier etwas getan werden.

Es muss am Ende darum gehen, dass die mittleren und unteren Einkommensgruppen und die kleinen und mittleren Unternehmen entlastet werden. Es muss darum gehen, Infrastruktur zu schaffen, die wirklich ein soziales

- und ein ökologisches Miteinander ermöglicht. Wenn dann (C) die Einnahmen nicht reichen, dann muss man entweder die Ausgaben senken, oder man muss darüber nachdenken, wo und wie man Einnahmen erhöhen kann.

Bei diesen Riesenvermögen gibt es da, jedenfalls von uns, gute Vorschläge.

(Beifall bei der LINKEN)

Steuern heißen „Steuern“, weil man ein Land damit steuert, meine Damen und Herren. Wenn es so ist, dass allein 630 000 Menschen in Deutschland ausschließlich von ihrem angehäuften Vermögen leben – die nichts mehr machen, die nur davon leben –, dann nenne ich das im Übrigen mal soziale Hängematte. Das ist die Realität, und da, finde ich, kann und muss man auch etwas abholen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das ist im Übrigen nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage. Es kann doch nicht sein, dass in unserem reichen Land alte Menschen Flaschen sammeln müssen, um die Rente aufzubessern, dass die Zahl der Obdachlosen – heute ist Tag der Wohnungslosen – steigt, während auf der anderen Seite Leute in Saus und Braus leben! Diese Ungerechtigkeiten, meine Damen und Herren, die schlagen auch auf das zwischenmenschliche Klima durch. Das kann man doch nicht wirklich wollen! Wer vor dieser Realität die Augen verschließt, der hat in der Politik wirklich nichts zu suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Frau Merkel, das ist Ihre letzte Legislaturperiode; Sie (D) haben angekündigt, Sie wollen nicht wiedergewählt werden. Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, noch einmal sehr mutig zu sein und wirklich Deutschland auf einen Weg zu bringen, dass wir zukunftsfit werden, dass wir gestalten und dass wir nicht verwalten. Zukunfts- und zielorientierte Investitionen sind das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

Ich habe Sorge, ob das alles mit der Union möglich ist. Ich habe nach der Rede von Rolf Mützenich die Hoffnung, dass es vielleicht irgendwann einen Mitte-links-Aufbruch gibt.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Aha! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Mitte-links und Aufbruch schließen sich aus! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ganzlinks! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Also, Rot-Rot-Grün und Aufbruch – das passt ja nicht!)

Das wäre gut für unser Land, für Europa und für die Welt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle reden vom Klima, gestern, heute, stundenlang.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Sie auch!)

Ja, ich auch, ganz bestimmt; darauf können Sie sich verlassen.

Was der Politik fehlt, was dem Haushalt fehlt, ist nicht Erkenntnis, ist nicht Bekenntnis, ist auch, Frau Merkel, nicht Einordnung, sondern es ist: endlich Ergebnisse, endlich handeln; das ist, was fehlt. Hören Sie auf, immer nur zu reden – tun Sie endlich was!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Zwischenruf von Jürgen Trittin – ich will es hier noch einmal sagen – war: Wer hat denn 14 Jahre lang nichts gemacht? – Das ist das eine.

Er hat nämlich recht: 14 Jahre lang Stillstand, insbesondere beim Klimaschutz.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Wir hätten die Klimaschutzziele erreicht, hat uns die Bundeskanzlerin doch gesagt!)

Das andere ist aber: Sie haben hier gestanden und eine sehr dringliche Rede gehalten. Wenn ich Ihre Prognose, wenn ich Ihre Dringlichkeit, wenn ich Ihre Vorschläge sehe, aber gleichzeitig auch sehe, dass vielleicht nur fünf Leute in der Union geklatscht haben, dann mache ich mir wirklich Sorgen ums Klima, und dann mache ich mir auch sehr viele Sorgen um Ihr Klimakabinett, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht zur Erinnerung. Das Jahr 2018 war schon ein 2-Grad-Jahr, genau so, wie wir es 2100 nicht überschreiten wollen. Es gab eine große Dürre, wir hatten Waldbrände hier, da schmolzen der Permafrostboden und die Arktis. Dieses Jahr ist die Grundlage für das, was wir als Best Case erreichen wollen. Das, was Sie gerade machen – besser: das, was Sie gerade nicht machen –, ist das Zusteuern auf den Worst Case. Das ist die große Bedrohung, die wir haben, und sie geht eben leider auch direkt von hier aus, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder und jede weiß: Das Zeitfenster, in dem wir noch etwas tun können, wird immer kleiner. Ihr Kabinett erleben wir gerade so: Der Energieminister „plädiert“, der Verkehrsminister „fordert“, die Umweltministerin „dringt“, die Landwirtschaftsministerin „klagt“ sogar „an“.

(Stephan Brandner [AfD]: Die Grüne labert!)

Ich will sehen, dass Sie „machen“. Dieser Haushalt, das, was Sie hier vorgelegt haben und was dann irgendwie noch beraten werden soll, ist eine doppelte Null, nämlich kein Plan und kein Geld. Das kann sich das Klima nicht leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Deswegen: Jetzt anfangen! Sie müssen einen Plan zum Kohleausstieg vorlegen und ihn an die Strukturhilfen koppeln. Es geht doch nicht, dass man das eine macht und das andere lässt. Worauf alle warten, ist doch: Die dreckige Luft muss beseitigt werden.

(Stephan Brandner [AfD]: Wo ist denn die dreckige Luft, außer bei Ihnen am Rednerpult?)

Ihre Aufgabe, Herr Altmaier, ist es, für sauberen Strom zu sorgen und nicht nur einen Windgipfel abzuhalten, bei dem zwar Wind, aber keine Regelungen rauskommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen endlich: den Deckel weg bei den erneuerbaren Energien! Wir brauchen nämlich jedes Watt, wir brauchen jedes Grad Einsparung, und wir brauchen jeden Monat; deswegen ist es so dringlich, dass Sie endlich anfangen.

Über den Verkehrsminister habe ich noch nicht geredet. Wir hätten gerne mal einen, der will und kann oder kann und will, je nachdem.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Was?)

Ein Fünftel der CO₂-Verschmutzung kommt aus dem Verkehrsbereich. Was wir da haben, ist Dieselskandal, ist Mautskandal, ist aber kein Handeln. Wo ist denn die Initiative für die Bahn? Wo ist denn die Initiative für den öffentlichen Nahverkehr?

(Daniela Ludwig [CDU/CSU]: Alles da!)

(D) Wo sind die versprochenen Elektroautos? Alles das haben wir nicht.

(Daniela Ludwig [CDU/CSU]: Haben wir natürlich!)

Und ein Verkehrsminister, der sich verstrickt hat, kriegt noch nicht mal hin, für die Sicherheit in Deutschland einen Abbiegeassistenten für Lkws festzulegen.

(Daniela Ludwig [CDU/CSU]: Das ist nicht wahr, und Sie wissen das!)

Das ist doch ein Armutszeugnis sondergleichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Daniela Ludwig [CDU/CSU]: Sie wissen, dass es nicht wahr ist!)

Frau Klöckner, Sie könnten auch mal so richtig was machen, so richtig was für den gesunden Wald. Man könnte dort tatsächlich Millionen Tonnen CO₂ binden. Dazu gehört eine Kleinigkeit: Sie sollten den Wald nicht nur als eine Ansammlung noch nicht gesägter Bretter betrachten; das wäre das eine.

Was Sie zum anderen nicht machen sollten, Frau Klöckner: Sie sollten nicht auf Herrn Lindner hören. Herr Lindner hat heute hier über den Borkenkäfer gesprochen. Der Borkenkäfer, Herr Lindner – vielleicht unterhalten Sie sich mal mit denen, die ein bisschen Ahnung haben –, ist ein Resultat auf der einen Seite von Holzplantagen und auf der anderen Seite von Dürre. Bei Ihrer Art von Waldpolitik und Ihrer Kenntnis: Da fürchten sich ja Rotkäpp-

Katrin Göring-Eckardt

- (A) chen und der Wolf gleichzeitig; das ist doch furchtbar, was Sie hier geliefert haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Da lade ich Sie zu einem öffentlichen Duell darüber ein, wer mehr Ahnung hat!)

Ja, das können wir gerne machen, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Gern!
Einverstanden!)

Wir können gern über die Frage ins Duell gehen, was eigentlich für den Wald notwendig ist.

(Christian Lindner [FDP]: Jawohl! Sehr gut! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Frau Kollegin, machen Sie den Jagdschein! Dann können Sie mit ihm mithalten!)

Aber ich bleibe noch mal bei Frau Klöckner, weil Frau Klöckner sich ja immer so gut gefällt als die erste Repräsentantin der Agrarlobby und weil Sie, Frau Klöckner, sich immer hinstellen und sagen: Gerade die Klimaschützer würden spalten. – Das Gegenteil ist der Fall. Was Sie machen, ist Spalterei. Fakt ist: Ihre Politik des „Immer mehr“ und „immer billiger“ zwingt die Bauern und Bäuerinnen doch dazu,

(Stephan Brandner [AfD]: Die Bäuerchen nicht vergessen!)

- (B) die Landschaft zu zerstören, Arten zu vernichten, das Wasser zu verseuchen oder sogar den Hof, wenn er nicht groß genug ist, aufzugeben. Sorgen Sie endlich dafür, dass Landwirtschaft gemacht werden kann. Sorgen Sie endlich dafür, dass Ökologie und Landwirtschaft mit einer Zunge sprechen, und bringen Sie nicht immer alle gegeneinander auf.

Nein, es geht nicht um Stadt und Land gegeneinander, es geht darum, dass man eine gemeinsame Zukunft baut mit anständiger Landwirtschaft, mit weniger Gift, ohne Nitrat im Grundwasser – das ist doch unsere Aufgabe; das müsste Ihre Aufgabe sein, Frau Klöckner, für die Menschen und fürs Klima.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Woche reden wir ja vor allen Dingen über Geld. Wir sind aber tief, wir sind verdammt tief im Dispo der Natur. Und die Zukunft, Herr Scholz, die gibt es nicht zum Nulltarif. Hören Sie auf, diese Monstranz vor sich herzutragen! Das ist vollkommen sinnlos. Wir brauchen doch endlich Klimabeschlüsse, die auch Investitionen beinhalten, und diese Investitionen verheiraten die Ökonomie und die Ökologie. Wir wissen alle: Wir sind gerade in einer Situation, wo vielleicht noch keine Rezession bevorsteht, aber zumindest eine Eindunkelung der Wirtschaft. – Wie klug wäre es da, zu sagen: „In genau diesem Augenblick brauchen wir große Investitionen, brauchen wir viele Investitionen“! Dann machen Sie es doch einfach, und tragen Sie nicht die schwarze Null vor sich her, so wie dem Esel die Möhre vorgehalten wird.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Frau Göring-Eckardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hocker, FDP?

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Aber sehr gerne. Bitte schön.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, Frau Göring-Eckardt, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. – Sie haben eben ausgeführt, dass Landwirtschaft – so Ihre Aussage – die Landschaft in Deutschland zerstört. Ich möchte Sie fragen, ob Sie wirklich bei dieser Aussage bleiben wollen;

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Unglaublich!)

denn ich bin der festen Überzeugung, dass es in Deutschland keine besseren Landschaftsschützer gibt als unsere Landwirte. Möchten Sie tatsächlich bei dieser unerträglichen Haltung bleiben?

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der AfD)

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Was wir erleben – genau darum ging es mir –, ist, dass Landwirtinnen und Landwirte genau das wollen, dass sie sich für Artenschutz einsetzen, dass sie Blühstreifen anlegen. Das erleben wir in Deutschland.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das haben Sie vergessen zu erwähnen!)

Und das sind nicht nur die Ökobauern, sondern gerade auch die konventionellen Bauern.

Was ich gesagt habe, ist: Wenn wir bei der alten Art der Förderung von Landwirtschaft bleiben,

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das haben Sie nicht gesagt!)

wenn wir eine Landwirtschaftsministerin haben, die gerade nicht umsteuert, die nicht dafür sorgt, dass weniger Ackergift auf die Felder kommt,

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Das haben Sie nicht gesagt!)

die nichts dagegen tut, dass wir immer mehr Nitrat haben,

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sie haben alle Landwirte beschuldigt! Das war doch Ihre Aussage!)

dann passiert genau das Gegenteil, und zwar nicht, weil die Bäuerinnen und Bauern es so wollen, sondern weil es die falsche Politik ist. Darum geht es. Deswegen brauchen wir eine andere Landwirtschaft mit den Bäuerinnen und Bauern; das ist doch klar.

Katrin Göring-Eckardt

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bernhard Loos [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung! Keine Ahnung! Man sollte über nichts reden, wovon man keine Ahnung hat!)

Meine Damen und Herren, die Investitionen sind in der Tat dringend notwendig, wir müssen Spielräume nutzen. Wir haben Ihnen einen Vorschlag dazu gemacht, wie man es schaffen kann, die Schuldenbremse – nicht aufzugeben, aber sie zu reformieren und tatsächlich zu investieren. Um was es geht, ist hier oft gesagt worden: raus aus dem Korsett; in die Schiene, in Erneuerbare, Gebäudesanierung, Forschung, Glasfaser investieren, übrigens auch in so etwas Kleines wie mehr Stadtgrün, Bäume, Trinkbrunnen. Ganz Deutschland gießt gerade Stadtbäume. Was machen Sie? Sie kürzen sogar beim Stadtgrün-Programm. Ich frage mich, wer an diesem Haushalt eigentlich gesessen hat und versucht hat, etwas Vernünftiges hinzukriegen.

Die CDU-Parteivorsitzende möchte jetzt gerne eine Abwrackprämie für Ölheizungen. Gleichzeitig kriegt man immer noch 3 000 Euro Steuergeld pro Heizung. Das ist doch vollkommen gaga! Sie müssen sich mal entscheiden, was Sie wollen, und Sie müssen die Sache auch mal durchdringen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Deswegen: Dieses Investieren, Herr Lindner, ist Ausdruck der Generationengerechtigkeit, über die wir heute reden müssen. Weil es zu einer Win-win-Situation führt, weil die Schulden, die wir heute machen, das ist, was wir in Zukunft an Schulden und noch höheren Kosten nicht verursachen müssen. Das sagt Ihnen jeder Rückversicherer. Vielleicht sollten Sie mal mit denen darüber sprechen, was es heute eigentlich bedeutet, zu investieren. Alle Wirtschaftsverbände sagen das ganz klar, und alle warten darauf. Und worauf warten die noch? Sie warten nicht auf ein Klimakabinett, das irgendwelche Vorschläge macht; sie warten darauf, dass es endlich klare Rahmenbedingungen gibt, dass es Verlässlichkeit gibt, dass es kein Hin und Her mehr gibt, damit alle wissen: Wir strengen uns bei den Investitionen in den Klimaschutz jetzt alle an. – Das ist doch die Perspektive.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, man muss schon sagen: Sie haben die Zeit in den letzten guten Jahren nicht genutzt, auch nicht für eine Kindergrundsicherung, die wirklich gegen Armut hilft. Wir haben immer noch Alleinerziehende in diesem Land, die nicht wissen, wie sie das Ende des Monats überstehen sollen oder wie die Klassenfahrt eigentlich zu bezahlen ist. Das hat mit Würde nichts zu tun. Es hat auch nichts mit Würde zu tun, dass Sie wie in einem Pingpongspiel ständig über die Grundrente reden. Machen Sie doch endlich mal eine Garantierente!

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Sorgen Sie dafür, dass Menschen keine Angst mehr vor Armut im Alter haben!

Oder zum sozialen Wohnungsbau. Wir haben einen Heimatminister, der zulässt, dass Familien sich ihre Heimat nicht mehr leisten können, weil er als Bauminister

nicht baut. Gestern haben Sie sich hier gebrüstet, Sie würden doch etwas machen. Ja, aber doch nicht mit dem Nachdruck, nicht mit der Vehemenz, die tatsächlich notwendig ist. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, wenn ich mir Ihr Sonntagsinterview anschau, frage ich mich wirklich: Was hat Sie eigentlich geritten? Bei der Frage, was Sie gegen die soziale Spaltung tun wollen, war Ihre Antwort, man möge sich doch um Wohneigentum bemühen, nach dem Motto „Kümmert euch doch selber, und esst Kuchen“. Ich glaube, dass die meisten Menschen in Deutschland, besonders diejenigen, die in Armut leben, das eher zynisch finden denn als Angebot von Ihrer Seite.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Sie haben hier sehr ausführlich über die gleichwertigen Lebensverhältnisse gesprochen. Ja, das steht im Grundgesetz; aber es ist nicht so. Es gibt diese Orte, wo es keine Ärztinnen und Ärzte, keinen Bus und keinen Balken auf dem Handy gibt. Sie fühlen sich aber nicht abgehängt; sie sind ganz real abgehängt. Das wäre die erste Erkenntnis, die man braucht. Ich finde es sehr gut, sich um die Ehrenamtlichen, das bürgerschaftliche Engagement zu kümmern. Aber was diese Menschen brauchen, ist eine Garantie, eine Garantie für Gesundheitsversorgung, eine Garantie dafür, dass schnelles Internet da ist, und eine Garantie für Mobilität, damit klar und eindeutig ist: Jede und jeder, die bzw. der auf dem Land lebt, weiß, dass der Bus kommt, dass die Ärztin kommt und dass das schnelle Internet im Übrigen noch dafür (D) sorgt, dass man auch dort einen Job machen kann und nicht in die Stadt pendeln muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich aber noch mehr umtreibt – ich hoffe sehr, dass auch Sie das aufgeweckt hat –, ist, dass in Regionen, die besonders abgehängt sind, die demokratiefeindlichen Einstellungen zugenommen haben, wie man bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen sehen konnte. Wenn Menschen das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verlieren, ist das eine große Gefahr für unser Land. Aber es ist keine Entschuldigung, rechtsradikal zu wählen, nur weil der Bus nicht fährt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Weidel, Sie haben hier heute Morgen wieder mit Ihren Attacken auf die freien Medien, mit Ihrem Verdrehen der Tatsachen, mit Ihrer Hetze, mit Ihrer Verachtung für unser Land angefangen.

(Jürgen Braun [AfD]: Für freie Medien, Frau Göring!)

All das ist das genaue Gegenteil dessen, wofür wir in Ostdeutschland vor 30 Jahren auf die Straße gegangen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Es ist das genaue Gegenteil dessen, was ein westdeutscher Geschichtslehrer behauptet. Damals ging es um Freiheit und Demokratie. Ihnen geht es heute um nichts anderes als Unterwandern und Zerstören. Die Mehrheit in diesem Land will und wählt Ihre Zwietracht nicht. Das sollten Sie wissen; das sollten Sie ganz genau wissen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Jürgen Braun [AfD]: Über 90 Prozent in Sachsen wählt Sie nicht!)

Dabei muss eines an alle Demokratinnen und Demokraten gesagt werden: Wachsam sein im Alltag! Die Wahl eines NPD-Manns zum Ortsvorsteher zeigt mir jedenfalls, wie dünn unsere demokratische Decke mancherorts ist.

Wenn die AfD gemeinsame Sache mit der Union macht, inzwischen in mindestens 18 Orten der Republik, dann ist das hochgefährlich.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das waren die anderen! Das machten die CDU, die SPD und die FDP! Das ist jetzt wirklich flach! – Weitere Zurufe von der AfD)

Diese Biedermänner vor Ort sind die Brandstifter unserer Demokratie. Ja, besonders Sie am rechten Rand hier sind die Brandstifter. Deswegen werden wir auch alles dafür tun, dass das nicht gelingt. Nein, Sie werden nicht die Demokratie unterwandern können. Nein, Sie werden dieses Land nicht zerstören können. Dafür sorgen wir Demokratinnen und Demokraten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jürgen Braun [AfD]: Schlimmer geht's nimmer!)

Meine Damen und Herren, ein Blick über den Teller Rand zeigt: Nicht nur wir sehen den Rückzug ins Nationale bis zum Leugnen der Klimakrise. Die Gefahr kommt genau von dort, von den Nationalen, von den Spaltern.

(Stephan Brandner [AfD]: Frau Göring, Sie erzählen nur Unsinn! Wissen Sie das? Wann ist denn Ihre Redezeit endlich um?)

Trump sperrt mexikanische Kinder ein. Bolsonaro zündelt an der Lunge der Erde. Orban baut kompromisslos an seiner illiberalen Demokratie. Unsere europäischen Nachbarn machen es inzwischen alleine, sowohl was die Klimaziele angeht als auch was den Iran oder das Mercosur-Abkommen angeht.

(Jürgen Braun [AfD]: In Wirklichkeit mag die Grünen niemand! Wissen Sie das?)

Es kann doch nicht sein, dass wir auch noch ein Handelsabkommen unterzeichnen, das dafür sorgt, dass Bolsonaro, der den Regenwald anzündet, auch noch Unterstützung bekommt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE] – Beatrix von Storch [AfD]: Wo ist denn der Hofreiter? – Jürgen Braun [AfD]: Haben

- Sie die Rede mit Özdemir abgestimmt? Was sagt Cem Özdemir zu Ihrer Rede?) (C)

Ich will Ihnen am Schluss ein Angebot machen. Wenn Sie am 20. September hier etwas vorlegen, was wirklich ambitioniert ist, wenn Sie hier etwas vorlegen, was wirklich hilft, die Klimaziele einzuhalten, und wenn Sie sofort damit anfangen, dann sind wir bereit, mit Ihnen darüber zu verhandeln.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Oh, wie großzügig!)

Wir sind bereit, mit Ihnen nach guten Lösungen zu suchen; wir haben dafür sehr viele Vorschläge. Und Sie wissen: Wir verhandeln verdammt hart.

(Stephan Brandner [AfD]: Mit Ihnen will keiner verhandeln! Mit Ihnen will keiner regieren!)

Wenn Sie möchten, dann reden wir hier im Parlament darüber, genau hier, nicht in anderen Runden, auch nicht in irgendwelchen Konsensrunden. Genau hier könnten wir eine Mehrheit für den Klimaschutz, für die Bewältigung der Klimakrise in diesem Land schaffen.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie können gar nichts!)

Es ist an der Zeit: Handeln, jetzt! Das ist die Aufgabe, vor der wir alle stehen.

Vielen Dank.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Göring-Eckardt. – Als Nächster erhält das Wort der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, der Kollege Ralph Brinkhaus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor rund 70 Jahren hat der Deutsche Bundestag das erste Mal getan;

(Stephan Brandner [AfD]: Sie erinnern sich noch, oder?)

darüber haben wir wenig geredet in den letzten Tagen. Wenn man die Zeit Revue passieren lässt und sich überlegt, vor welcher Herausforderung die Kolleginnen und Kollegen damals gestanden haben – ein Land, das in physischen und moralischen Trümmern gelegen hat, eine große Unsicherheit –, dann kann man wirklich sagen: Ja, jede Generation hat ihre große Herausforderung. – Damals sind mutige Entscheidungen getroffen worden: Westbindung, auch die Wiederbewaffnung, Herr Mützenich, der Weg zum gemeinsamen Europa, die soziale Marktwirtschaft. Unsere Vorgänger haben sich damals enorm darum gestritten, teilweise auch sehr, sehr hart. Aber am Ende des Tages ist eines dabei herausgekommen, zumindest nach einigen Jahren: Das, was damals vereinbart worden ist, war gesamtgesellschaftlicher Konsens.

Ralph Brinkhaus

- (A) Blicken wir auf die letzten 70 Jahre. Ende der 60er-Jahre gab es eine Aufbruchbewegung, damals unter Willy Brandt: Aufbruch in der Bildung, Aufbruch in der Ostpolitik. Auch darum ist hart gerungen und hart gekämpft worden. Meine Fraktion war damals nicht der Meinung der SPD. Und trotzdem war das, was nach dieser Auseinandersetzung beschlossen worden ist, allgemeiner Konsens. 1990 hatten wir die Wiedervereinigung. Auch da ist hart gerungen worden, und es waren sich nicht alle einig über den richtigen Weg. Und auch da hatten wir nach hartem Ringen in diesem Deutschen Bundestag, in diesem Parlament einen gesamtgesellschaftlichen Konsens.

Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, dass alle großen Auseinandersetzungen, die wir geführt haben, wenn wir sie so geführt haben, dass wir darauf aus waren, wirklich das Beste für das Land zu wollen, obwohl wir unterschiedlicher Meinung waren, dazu geführt haben, dass das Land nicht gespalten war, sondern dass das Land einen Schritt weitergekommen ist, dass unsere Gesellschaft ein Stück weitergekommen ist, dass wir besser geworden sind. Meine Damen und Herren, es ist jetzt die große Chance im Hinblick auf die Herausforderungen unserer Generation, wie zum Beispiel den Klimawandel, dass wir, wenn wir es richtig machen, wenn wir hart ringen, besser herauskommen, als wir hineingegangen sind, mit einer besseren Gesellschaft, mit einer besseren Wirtschaft, und dass wir viel erreichen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie regieren seit 14 Jahren!)

- (B) Das sollte doch der Anspruch sein bei allen Widersprüchen, die wir hier haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt: Jede Generation hat ihre Herausforderungen. Wir haben auch unsere Herausforderungen. Ich warne aber davor, diese jetzt nur, obwohl es unglaublich wichtig ist, auf das Thema „Umwelt und Klima“ zu reduzieren. Wir müssen auch über andere Dinge sprechen. Wir haben die Tendenz zum seriellen Alarmismus: Es gibt immer ein Thema, das ganz besonders wichtig ist. Da stürzt sich dann alles drauf, und dann vergessen wir vielleicht das eine oder andere Thema. – Vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass wir die Klimaziele nicht so im Auge gehabt haben, wie wir sie hätten haben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte heute über drei Herausforderungen sprechen, die wir vor der Brust haben und die in der Rede der Bundeskanzlerin, aber auch verteilt über die Fraktionen in der einen oder anderen Rede angeklungen sind.

Die erste betrifft natürlich das Thema Nachhaltigkeit. Ich sage ganz bewusst „Nachhaltigkeit“; denn Nachhaltigkeit ist mehr als Umwelt und mehr als Klima. Zur Nachhaltigkeit gehören auch finanzielle Solidität, Infrastruktur und viele andere Sachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltpolitik; Umweltpolitik ist im Übrigen auch mehr als Klimapolitik. Es geht

auch um Artenschutz, es geht um Kreislaufwirtschaft. Es geht um ganz viele Dinge, bei denen wir im Übrigen gar nicht so schlecht waren oder zumindest einiges auf den Weg gebracht haben. Aber es geht natürlich auch um das Thema Klima; das ist doch klar. (C)

Während der Rede der Kanzlerin ist hier im Plenum die Frage nach der Urheberschaft aufgekommen, die Frage, wer sich denn zuerst darum gekümmert hat. Ich könnte auch in diesen Chor einstimmen und fragen: Wer hat denn das Pariser Klimaschutzabkommen gemacht? Wer hat die entsprechenden Vereinbarungen auf europäischer Ebene getroffen? Wer hat das im Bundestag zur Ratifizierung gebracht? – Das waren unionsgeführte Bundesregierungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber Schwamm drüber! Nützt ja nichts.

Wir haben im Übrigen viel erreicht. Wir sind im Bereich der regenerativen Energien gar nicht so schlecht. Wir haben auch in anderen Bereichen große Fortschritte erzielt. Aber da beißt die Maus keinen Faden ab: Wir werden ein Ziel nicht erreichen, nämlich die vereinbarte Reduktion der klimaschädlichen Gase bis 2020. Und seien wir ehrlich: Wenn wir so weitermachen, werden wir dieses Ziel auch bis 2030, 2040 und 2050 nicht erreichen. Deswegen ist es auch absolut richtig, wenn junge Menschen, aber auch andere auf die Straße gehen und sagen: Ihr habt das damals versprochen. Haltet es auch! – Es ist auch mein Verständnis von konservativer Politik, das, was man verspricht, auch zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Spiering [SPD]) (D)

Insofern ist es richtig, dass wir uns momentan so intensiv mit diesem Thema beschäftigen, viel intensiver, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Es sind viele Lösungsvorschläge gemacht worden. Ich teile die Auffassung, dass am Ende des Tages eine marktgerechte Bepreisung von CO₂ der Königsmechanismus ist, um diese Sache zu wuppen. Aber wir dürfen eines nicht vergessen: Am Anfang steht immer die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen, etwas für den Klimaschutz zu machen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Absolut!)

Deswegen müssen wir die Menschen für dieses Projekt gewinnen. Wir werden die Menschen für dieses Projekt aber nicht gewinnen, wenn wir uns in unserer Diskussion nur auf die Bepreisung von CO₂ stürzen. Vielmehr müssen wir den Menschen, so wie es die Bundeskanzlerin gesagt hat, die Möglichkeit geben, ein klimaneutrales Leben zu führen. Da sind wir als Staat gefordert. Dafür müssen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Dafür müssen wir Möglichkeiten für Elektromobilität schaffen.

(Stephan Brandner [AfD]: Was ist denn ein klimaneutrales Leben, Herr Brinkhaus?)

Dafür müssen wir, auch wenn das immer kleingeredet wird, die Möglichkeit schaffen, dass die Menschen ihre Ölheizungen ersetzen, und zwar auch auf dem Land.

Ralph Brinkhaus

- (A) (Stephan Brandner [AfD]: Um Gottes willen!
Was für ein Blödsinn!)

Das ist auch eine Frage von Stadt-Land-Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kollege Lindner hat gesagt – ich gehe einmal davon aus, dass er es nicht so gemeint hat –: Na ja, wenn das international nicht gemacht wird, dann habt ihr mit eurer Moral zwar recht, aber ihr habt nichts erreicht. – Der Kollege Bartsch hat das auch angesprochen. Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle mal einen Satz sagen:

(Stephan Brandner [AfD]: Aber nur einen!)

Es gibt Situationen in der Politik, in denen es ganz egal ist, was die anderen machen, in denen man einfach das Richtige machen muss. Und im Klimabereich müssen wir jetzt das Richtige machen. Ich glaube auch, dass dann genau das passieren wird, was der Kollege Lindner angesprochen hat.

(Stephan Brandner [AfD]: Wann hört der Satz denn auf?)

Wenn wir das Richtige machen und insbesondere auf Innovation und Technologie setzen, dann können wir hier in Deutschland Lösungen anbieten, die auch der ganzen Welt weiterhelfen können.

- (B) Damit bin ich gleich beim zweiten Thema, das eine genauso große Herausforderung ist: Innovationen und Technologien, die der Welt weiterhelfen können, Technologien und Innovationen, die unsere Wirtschaft in die nächsten Jahrzehnte tragen können; denn auch darum geht es. Es wird momentan gesagt – je nachdem, mit wem man spricht –, dass wir vor einer konjunkturellen Rezession bzw. einer technischen Delle stehen. Wir haben in der Wirtschaft aber keine konjunkturelle Herausforderung zu bestehen, sondern eine strukturelle Herausforderung.

(Christian Lindner [FDP]: Endlich sagt es mal einer!)

Die Wirtschaftsstrukturen, so wie wir sie kennen, werden in 10 oder 20 Jahren nicht mehr die gleichen sein. Das hat nichts damit zu tun, dass wir in der Automobilindustrie andere Antriebsstränge entwickeln. Das hat etwas mit verändertem Verbraucherverhalten, mit autonomem Fahren und vielem anderen zu tun. Der Einzelhandel wird sich durch die Plattformökonomie verändern.

(Jürgen Braun [AfD]: Das hat was mit Ihrer kaputten Politik zu tun!)

Auch die Industrie und die Verwaltung werden sich verändern. Wir als Staat müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um genau das zu ermöglichen. Die Wirtschaft muss die Veränderungen am Ende des Tages selbst vollziehen, aber wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Dabei ist mir eines wichtig: Wir müssen die Fesseln, die wir der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten angelegt haben, wieder lockern. Wir brauchen ein Entfesselungsgesetz. Ich bin im Sommer wie alle anderen Kolleginnen

- (C) und Kollegen viel unterwegs gewesen. Wenn ich mir angucke, welche Absurditäten wir mittlerweile bei den Planungsverfahren in Deutschland haben, muss ich sagen: So kommen wir nicht weiter, meine Damen und Herren.

Ich sage noch einen Satz, der ganz wichtig ist: Individuelles Wohl und Gemeinwohl müssen immer in der Balance sein; das ist überhaupt keine Frage. Aber ich habe momentan das Gefühl, dass das Gemeinwohl an Balance verliert. Wenn wir mit den Planungsverfahren bzw. bei unserer Vorhabenplanung so weitermachen, dann werden wir in diesem Land nicht weiterkommen. Niemand will den Bürgern Beteiligungsrechte nehmen, niemand will den Bürgern Klagerechte nehmen, aber es kann nicht sein, dass große Projekte, die für dieses Land wichtig sind, kaputtgeklagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn wir über die Entfesselung der Wirtschaft sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, dass wir – das sage ich ganz offen – mittlerweile ein absurdes Vergabe- und Ausschreibungsrecht haben. Wenn mir eine Bürgermeisterin, die eine europaweite Ausschreibung machen muss, weil sie dazu gezwungen ist, erzählt, dass sie 50 000 Euro für Rechtsanwaltskosten aufwenden muss, dann muss ich sagen: Es läuft irgendetwas falsch in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

- (D) Und wenn es so ist, dass in Ausschreibungsverfahren die Interessen derjenigen, die an den Ausschreibungen teilnehmen, wichtiger sind als die Tatsache, dass Projekte zu einem Ende gebracht werden, dann läuft auch hier etwas falsch in diesem Land.

Lassen Sie uns das Ganze weiterspinnen. Wir könnten viele andere Sachen nehmen, zum Beispiel den Datenschutz. Auch da haben wir entsprechenden Nachholbedarf.

Wir können die Wirtschaft entfesseln. Ja, Herr Lindner, ein Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass wir ein modernes Unternehmenssteuerrecht bekommen, aber nicht, wie Sie es vielleicht meinen, indem wir Steuerdumping machen, sondern indem wir wettbewerbsgerecht sind und ein Steuerrecht haben, das im europäischen und weltweiten Vergleich so gestaltet ist, dass unsere Unternehmen gerne bei uns arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Lindner [FDP]: Was soll denn so ein doofer Tiefschlag? Das ist doch unter Niveau, uns Dumping zu unterstellen! Wir haben das bei Apple in Irland unterbunden! Frau Vestager!)

Es geht nicht nur um das Thema Wirtschaft, sondern auch um das Thema Außen- und Sicherheitspolitik. Ich bin sehr froh, dass die Bundeskanzlerin und der Fraktionsvorsitzende der SPD sich diesem Thema so ausführlich gewidmet haben. Ich glaube, wir wissen gar nicht, wie es momentan in dieser Welt aussieht. Wir sind hier in unserer bundesdeutschen Echokammer und diskutieren

Ralph Brinkhaus

- (A) viele Dinge, die wichtig sind, teilweise auch Dinge, die nicht so wichtig sind. Aber die Welt um uns herum hat sich verändert. Ob das nun China ist, ob das die Vereinigten Staaten sind; es gibt noch viel mehr Konflikte. Aber eines ist richtig, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn wir als Europäer – ich sage ganz bewusst „Europäer“, weil wir als Europäer zusammenarbeiten müssen – nicht aufpassen, dann werden wir zwischen den Blöcken China und Vereinigte Staaten eingeklemmt. Deswegen tun wir gut daran, wenn wir mehr in unsere Außenpolitik – und zur Außenpolitik gehört die Sicherheitspolitik – investieren. Ich bin nachhaltig der Meinung, dass es eine Frage unserer internationalen Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit ist, dass es eine Frage des Schutzes unserer Soldatinnen und Soldaten ist und dass es eine Frage der Vertretung unserer eigenen Interessen ist, eine starke Bundeswehr zu haben, die gut ausgestattet ist, und dafür auch das Geld aufzuwenden, das wir versprochen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn ich diese drei großen Herausforderungen zusammennehme – Umwelt, Klima, Nachhaltigkeit auf der einen Seite, die Zukunft der Wirtschaft und vor allen Dingen Technologie und Innovation auf der anderen Seite –, und wenn wir als deutscher Staat wollen, dass wir in der Welt und in Europa einen Platz haben, dass man auf uns schaut –, dann kann ich nur sagen: Wir haben sehr viel vor uns.

- (B) Jetzt komme ich wieder zurück zu 1949, 1969 und 1990. Ich denke, wir haben jetzt eine große Chance. Insofern, Frau Göring-Eckardt, nehme ich Ihr Angebot und das der anderen Parteien gerne an, weil wir ja zumindest fast alle eine gewisse Übereinstimmung hinsichtlich des Ziels haben, wie wir mit genau diesen Herausforderungen umgehen wollen. Ich glaube, das ist unglaublich wichtig. Denn wenn wir das nicht in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens machen, wenn wir über diese Herausforderungen diese Gesellschaft spalten, wenn wir Gewinner und Verlierer haben, wenn wir Leute haben, die sagen: „Ich kann mit dieser Sache nichts mehr anfangen“, und andere, die sagen: „Es geht mir nicht schnell genug“, dann werden wir nicht vorankommen. Wir können angesichts dieser Herausforderungen nur vorankommen, wenn wir alle Menschen mitnehmen, wenn wir das nicht gegen die Menschen machen, sondern mit den Menschen.

Sie alle vertreten unterschiedliche Facetten dieses Landes. Dementsprechend kann ich Sie nur aufrufen: Lassen Sie uns beim Klima anfangen und bei Wirtschaft und Außenpolitik weitermachen. Lassen Sie uns versuchen, diese Herausforderungen gemeinsam zu lösen, so wie das in den vergangenen 70 Jahren war. Das hat uns von vielen anderen Ländern dieser Welt unterschieden, das hat diese Bundesrepublik Deutschland stark gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass wir das auch in Zukunft sein werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(C) Vielen Dank, Herr Kollege Brinkhaus. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Dr. Alexander Gauland, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alexander Gauland (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir glauben, der gestrigen Haushaltsrede von Herrn Minister Scholz entnehmen zu dürfen, dass ein Paradigmenwechsel in der Regierung stattgefunden hat. Der Bundesfinanzminister hat erklärt, warum es richtig ist, dass Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigt und mittelfristig dem Verbrennungsmotor Ade sagt, obwohl anderswo massenweise das exakte Gegenteil passiert. „Weil wir es können“, hat Herr Scholz gesagt. Das ist jetzt wahrscheinlich die neue offizielle Parole, nicht mehr „Wir schaffen das“, sondern „Wir können das“.

(Beifall bei der AfD)

Warum ist Napoleon nach Moskau marschiert? Weil er es konnte. Warum hat Walter Ulbricht die Mauer gebaut? Weil er es konnte. Wir verstehen, lieber Herr Scholz.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Deutsch sein heißt bekanntlich: Eine Sache um ihrer selbst willen tun. Herr Scholz hat das einmal mehr bestätigt. Denn was bedeutet seine Aussage anderes als: „Wir würden auch dann aussteigen, wenn es nichts bringt“? Aber was soll es eigentlich bringen? Für das Weltklima ist Deutschland keine besonders relevante Größe. Es geht hier offenbar um Symbolik. 1945 waren wir der Teufel der Welt. Heute wollen wir die Engel des Planeten sein, das leuchtende Vorbild.

(Beifall bei der AfD)

Der Chef der Deutschen Energie-Agentur, dena, Stephan Kohler, erklärte einmal chinesischen Managern das Fördersystem für die erneuerbaren Energien. Unter anderem führte er aus, dass deutsche Windstromerzeuger sogar Geld für Strom bekommen, der nie produziert wurde. Einer der Chinesen, so Kohler, sei in der Pause zu ihm gekommen und habe gesagt: Interessant, aber kein Vorbild. – Sie kennen alle den Spruch: Das interessiert mich ungefähr so viel, als ob in China ein Sack Reis umfällt. – Im Reich der Mitte könnte sich der komplementäre Spruch einbürgern: Das interessiert mich ungefähr so viel, als ob in Deutschland ein Kohlekraftwerk vom Netz geht.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, die erste Hälfte dieser Legislaturperiode liegt hinter uns. An solchen Zeitschwellen ist es üblich, Zwischenbilanz zu ziehen. Ich frage: Wo ist Deutschland spitze und wo nicht? Unangefochten europäische Spitze ist Deutschland beim Strompreis, und bei der Höhe der Steuern sind wir immerhin Zweiter. Ganz weit vorn ist Deutschland bei der Aufnahme von Migranten und absolute Weltspitze bei deren Alimentierung.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Alexander Gauland

- (A) Allein das Land Hessen zahlt für jeden unbegleiteten jugendlichen Flüchtling 8 469 Euro monatlich. Aufs Jahr gerechnet waren das zuletzt 138 Millionen Euro. – Wir können das.

Einen Spitzenplatz belegt Deutschland bei den Zugverspätungen, bei den Studienabbrechern, und wir liegen auch beim CO₂-Ausstoß pro Kopf deutlich vor Ländern wie Schweden und Frankreich, weil die mehr Atomstrom produzieren.

(Beifall bei der AfD)

Spitze ist Deutschland bei den Steuereinnahmen. Überall durften wir zuletzt lesen, der Staat habe Überschüsse erwirtschaftet. Meine Damen und Herren, hier muss ich Einspruch erheben. Der Staat erwirtschaftet gar nichts.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Geld stammt von den ungefähr 15 Millionen meist schon länger hier lebenden tatsächlichen Steuerzahlern. Die können das. Hat die Regierung die Überschüsse zum Anlass genommen, den Bürgern mehr Netto vom Brutto zu lassen und die Steuern zu senken? Die Koalition konnte sich nicht einmal auf die komplette Abschaffung des Soli einigen, obwohl die Rechtsgrundlage dafür entfallen ist. Das ist nämlich der eigentliche Punkt, weshalb der Soli ganz abgeschafft werden muss.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Dafür hat sie im ersten Halbjahr wieder mehr Schulden gemacht. Die Verschuldung stieg nach Angabe des Finanzministeriums innerhalb von sechs Monaten um mehr als 11 Milliarden Euro. Wofür? Für Infrastruktur, für Bildung, für die Bundeswehr? Die Steigerung kommt unter anderem durch eine im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise gebildete Rücklage zustande, meldete n-tv am 6. August. Die Migration kostet Bund und Länder zweistellige Milliardenbeträge. – Wir können das.

Bleibt die Feststellung, wo wir nicht Spitze sind. In der Mobilfunkabdeckung – das ist heute schon gesagt worden – liegt Deutschland weltweit auf Rang 70, hinter Albanien.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Beim internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftstest TIMSS sind wir binnen weniger Jahre von Platz 12 auf Rang 24 abgerutscht, was bedenklich ist mit einer Physikerin an der Spitze der Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz halten China, die USA und Japan 75 Prozent aller Patente. Auf Deutschland entfallen nicht einmal 3 Prozent. Das heißt, unsere Anteile an der künstlichen Intelligenz und am CO₂-Ausstoß gleichen sich allmählich an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, unser Land ist krank, und es ist tief gespalten: zwischen Ost und West, zwischen frommer Regierungslinie und böser Opposition. Den Riss, der sich durch unsere Gesellschaft zieht, haben ja nun angeblich wir verursacht; Frau Göring-Eckardt hat das ja noch

- einmal ganz deutlich gesagt. Nur, Frau Göring-Eckardt: (C) Wir haben diesen Riss nicht verursacht, sondern bilden ihn ab. Er ist gesellschaftlich da.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie mich kurz auf die Wahlen im Osten eingehen. Wenn man die Zweitstimmen von Sachsen und Brandenburg addiert, stellt man fest, dass die AfD mit hauchdünnem Vorsprung stärkste Partei vor der CDU ist.

(Beifall bei der AfD)

Das heißt, das Gros der Wähler hat bürgerlich-konservativ gewählt, aber sie werden künftig linker regiert als vorher, liebe CDU.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Sie sind nicht bürgerlich!)

Der Wahlkampf war ein Spaltungswahlkampf: alle gegen die AfD. 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist die staatsfeindliche Hetze zurückgekehrt und Oppositionskritik die erste Medienpflicht, wobei sich die Feinderklärungen keineswegs nur an unsere Adresse richten. Frau Kramp-Karrenbauers Versuch, Herrn Maaßen aus der CDU zu drängeln, muss hier als Beispiel genügen.

(Beifall bei der AfD)

Auf der anderen Seite gibt es wie damals Ergebnissadressen der Kulturschaffenden an die Regierung. Schon vor den Wahlen 2019 sind Haushaltsposten – wie der Einzelplan 04, der Etat der Bundeskanzlerin – in allerletzter Minute aufgebläht worden. Zum Beispiel vervierfachte sich der Etat des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste e. V. auf wundersame Weise. Die Führung dieses Verbandes ist maßgeblich an der „Erklärung der Vielen“ beteiligt, (D)

(Zuruf der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE] – Gegenruf von der AfD: Halt doch mal die Klappe!)

einer bundesweiten Initiative vor allem staatlich geförderter Bühnen und Institutionen, die sich primär gegen die AfD richtet; dieses Beispiel hier nur als Pars pro Toto. Die Bundesregierung finanziert die Spaltung der Gesellschaft

(Simone Barrientos [DIE LINKE]: Sie lügen!)

entlang ihrer willkürlich eingezogenen Linien.

(Beifall bei der AfD)

Die interessante Frage lautet: Darf sie das überhaupt? Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages gibt eine klare Antwort: Dem Staat bleibe es zwar unbenommen, freiheitlich-demokratische Wertvorstellungen zu verbreiten, derartige Aktionen dürften sich aber nicht gezielt gegen bestimmte Parteien richten. Dies wäre ein Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht. – Wir werden darauf zurückkommen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Sie alle kennen sicherlich den Begriff „Reptilienfonds“, also aus dem Haushalt ab-

Dr. Alexander Gauland

- (A) gezwungene Mittel, die zur politischen Einflussnahme verwendet werden.

(Zuruf von der LINKEN: Nur bei der AfD!)

Er stammt von Otto von Bismarck, der 1869 in einer Rede die im Dienst des entthronten hessischen Kurfürsten arbeitenden Agenten „böartige Reptilien“ nannte und deren Bekämpfung aus einer solchen Kasse finanzierte. Frau Bundeskanzlerin – nun ist sie nicht mehr da –, wir begrüßen es immer, wenn Sie von Bismarck lernen wollen. Aber muss es ausgerechnet dieser Punkt sein?

(Beifall bei der AfD)

Wie Deutschland im Kleinen, so ist Europa im Großen gespalten, entlang derselben Bruchlinien zwischen Ost und West, zwischen Globalisten und Partikularisten. Zumindest für die europäische Politik ist die Migrationsfrage nach wie vor das entscheidende Thema. Es wird immer deutlicher, dass die Verfestigung der supranationalen EU-Strukturen und die Förderung der Migration nach Europa zusammengehören. Es ist die Zange, in welche die Nationen und Nationalstaaten so lange genommen werden sollen, bis von den europäischen Demokratien nur noch Potemkinsche Dörfer übrig sind.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen wird jeder Migrationskritiker verteufelt, deswegen werden Schlepperhelfer zu Helden stilisiert, und deswegen wird der Öffentlichkeit suggeriert, man könnte die Migrationsrouten nicht schließen.

- (B) (Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]:
Humanität und Menschlichkeit!)

Über die Verteilung der Migranten innerhalb der EU sollte sich nach dem Willen der Bundeskanzlerin jedes europäische Land der Massenzuwanderung öffnen. Ist erst einmal die relative Homogenität der europäischen Völker aufgelöst, löst sich allmählich auch der nationale Zusammenhalt auf und der Nationalstaat kann durch eine neue internationale, übernationale Struktur ersetzt werden. Das wird ohne eine Umerziehung der nach wie vor in ihren nationalen Klausuren lebenden, denkenden und fühlenden Völker nicht funktionieren. Diese Umerziehung erleben wir täglich. Sie beginnt in den Schulen, sie ergießt sich über die Werbung und endet abends in den „Tagesthemen“. – Wir können das.

(Beifall bei der AfD)

Freilich, die Briten spielen nicht länger mit, weil sie kein Interesse daran haben, dass idealistische Deutsche über ihre Grenzen bzw. ihre Einwanderungspolitik entscheiden. Die Polen und Ungarn wissen aus ihrer jüngsten Geschichte, dass es kein Vergnügen ist, von fernen Zentralen Diktate zu empfangen. Die Südosteuropäer haben historische Erfahrungen mit dem Islam, die sie einwanderungsskeptisch machen. Österreicher und Italiener haben keine Lust mehr, den Transit zu organisieren. Deshalb wird der Brexit mit allen Mitteln boykottiert. Deshalb werden die Osteuropäer vor die Wahl zwischen Zuckerbrot und Peitsche – Bestechung oder Isolation – gestellt. Und deshalb werden die Falschwähler in Ostdeutschland mit Gift und Galle überkühlt.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Meine Damen und Herren, ich kann nur wiederholen: Sie werden akzeptieren müssen, dass wir den Riss nicht erzeugt haben; wir bilden ihn nur ab.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Achim Post, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Achim Post (Minden) (SPD):

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Ich hoffe, es ist erlaubt, in dieser Debatte mal über das Land zu reden, in dem ich lebe, und über den Haushalt, den der Bundesfinanzminister vorgelegt hat. All das, was ich gerade gehört habe, dass sich Deutschland auflöst, dass Deutschland überall Letzter ist und dass wir kurz vor dem Untergang stehen, hat nichts, aber auch gar nichts mit der Realität zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich fange mal bei dem an, was Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, gerade gesagt hat: Vor 70 Jahren haben sich Abgeordnete, Männer und Frauen, getroffen, vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, vier Jahre nach Ende der Nazidiktatur, vier Jahre nach Ende der Nazibarbarei. Die haben Probleme gehabt. Sie wussten häufig nicht ein noch aus. Sie mussten gucken, dass Millionen von Menschen wieder in Lohn und Brot kommen. Sie mussten gucken, dass die deutsche Wirtschaft wieder nach oben kommt. Die standen vor der berechtigten Frage, ob die Mehrheit der Deutschen überhaupt eine parlamentarische Demokratie will. Und sie mussten sich fragen und fragen lassen, ob es jemals wieder einen Platz für Deutschland in der Völkergemeinschaft gibt.

Gemessen daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, reden wir heute über ganz andere Dinge. Wir reden auch über Herausforderungen, über neue Herausforderungen, über neue Fragen. Diese können wir aber lösen, und wir werden sie lösen, liebe Kolleginnen und Kollegen;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn wir leben in einer stabilen Demokratie, in einem Land im Herzen Europas, als geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft, in einer erfolgreichen Volkswirtschaft, in einem Land, das nicht perfekt ist, wahrlich nicht, in einem Land, in dem es eine Menge Probleme gibt. Diese Probleme gehen wir aber gemeinsam an.

Ich weiß – jeder von uns weiß das –, dass wir in einer Zeit mit einem geradezu paradoxen Trend leben: Auf der einen Seite stehen wir vor Herausforderungen, vor Generationenherausforderungen, vor Menschheitsherausforderungen – Klimawandel, Digitalisierung, Globalisierung, Aufrüstung, Kriege –, und auf der anderen Seite

(D)

Achim Post (Minden)

- (A) haben wir Präsidenten, Regierungschefs, Parteien, die auf Ausgrenzung setzen, auf Nationalismus, die leugnen, dass Menschen diesen Klimawandel gemacht haben, und die leugnen, dass man was dagegen tun muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht meine Herangehensweise. Das ist nicht die Herangehensweise der SPD-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat der Bundesfinanzminister einen Haushalt vorgelegt, für den es sich lohnt zu streiten, und wir streiten darüber. Dieser Haushalt zeigt, dass diese Koalition ein Deutschland der Investitionen und der Innovationen will. In diesem Haushalt verzeichnen wir Rekordinvestitionen.

(Christian Lindner [FDP]: Die Prozentquote geht doch zurück!)

Das wird auch bei den Haushalten der nächsten Jahre so sein. Wir kämpfen, diese Koalition kämpft für ein soziales Deutschland und ein Deutschland des Zusammenhalts.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Christian Lindner [FDP])

- (B) Genau, klatschen Sie ruhig. – Wir haben ein Rentensystem, das nicht perfekt ist, aber wir stabilisieren es, und wir werden es weiter stabilisieren, und zwar mit der Grundrente für 3 Millionen Menschen. Darüber werden wir in den nächsten Wochen und Monaten debattieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kämpfen für ein Deutschland, das gegen den Klimawandel und für einen Strukturwandel ist. Wenn wir das richtig machen, wenn wir das richtig anpacken, wenn wir das gemeinsam anpacken, dann können Klimaschutz und Strukturwandel Wachstumsmotoren für Innovationen und Investitionen der 20er-Jahre werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ralph Brinkhaus [CDU/CSU])

Nicht zuletzt kämpft diese Koalition – die Frau Bundeskanzlerin hat es angesprochen – für ein europäisches Deutschland, das im nächsten Jahr die europäische Ratspräsidentschaft innehat. Für diese Ratspräsidentschaft haben wir uns schon viel vorgenommen und müssen wir uns noch viel vornehmen: Wir wollen einen europäischen Zukunftshaushalt, der auf Wachstum und Beschäftigung setzt. Wir wollen eine Sozialagenda, die nicht nur auf dem Gipfel in Schweden beschlossen wurde, sondern Schritt für Schritt auch umgesetzt wird. Wir wollen einen ambitionierten Klimaschutz, gerade auch auf der europäischen Ebene.

Zusammengefasst: Dieser Haushalt setzt auf Stetigkeit und Verlässlichkeit. Dieser Haushalt setzt auf Innovationen und auf Investitionen. Dieser Haushalt, den der Bundesfinanzminister vorgelegt hat, kann sich sehen lassen. Wir unterstützen diesen Haushalt. Machen Sie das auch!

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(C) Als nächste Rednerin erhält das Wort die Kollegin Anke Domscheit-Berg, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wunsch und Wirklichkeit klaffen bei der Digitalisierung in Deutschland weit auseinander, auch weil bei vielen blumigen Versprechen der Bundesregierung die notwendige Unterfütterung mit Ressourcen schlicht fehlt. So sprach Kanzlerin Merkel Anfang des Monats in ihrem Podcast über Open Government – ich zitiere –:

... deshalb erwarten Menschen zurecht, dass sie verstehen, wie Regierungen arbeiten, dass sie sich frühzeitig an den Gesetzentwürfen ... beteiligen können und dass sie einen Überblick darüber bekommen, wie unsere Steuergelder verwendet werden.

Anlass für diese löblichen Worte war die Verabschiedung des Zweiten Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der internationalen Open Government Partnership in Deutschland. Mir liegt das Thema „Open Government“ sehr am Herzen. Seit vielen Jahren kämpfe ich für eine transparente Politik und auch für den Beitritt Deutschlands zur globalen Open Government Partnership. Deshalb habe ich mich gefreut, als das vor drei Jahren endlich passierte.

Nun soll das Budget dafür aber von 1,1 Millionen Euro auf 0 Euro gekürzt werden. Aus schönen Worten werden leere Hülsen, weil ihnen die finanzielle Basis fehlt.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Dass es neben der Höhe eines Budgets aber auch auf seinen Einsatz ankommt, sieht man an den 96 Prozent nicht abgeflossener Mittel für den Breitbandausbau, aber auch bei der Verwaltungsdigitalisierung.

Der Koalitionsvertrag versprach noch eine E-Government-Agentur, die für alle föderalen Ebenen Standards und Pilotlösungen entwickeln und einen Inkubator für innovative E-Government-Lösungen beinhalten sollte. Eine solche Agentur haben wir mit dem Digitalausschuss im letzten Sommer in Dänemark besucht. Sie ist sehr erfolgreich und hat fast 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Nationalen Aktionsplan der Open Government Partnership wurde aus dieser E-Government-Agentur aber ein Digital Innovation Team, in dem fünf Beraterinnen und Berater für Innovationsprozesse arbeiten. Das ist ja wohl nicht die notwendige strukturelle Unterstützung für eine Verwaltungsdigitalisierung, die es Ottilie Normalbürgerin auch im Havelland ermöglichen würde, ihre Behördengänge von zu Hause aus zu erledigen, und um endlich unseren dramatischen Rückstand aufzuholen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus digitalpolitischer Sicht ist dieser visionslose Haushaltsentwurf eine herbe Enttäuschung. Dass er zwar eine Rüstungsquote von über 14 Prozent enthält, aber keinen Posten für Sozialinnovationen, ist geradezu ein Skandal.

Anke Domscheit-Berg

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Als Linksfraktion werden wir daher einen Antrag auf Einrichtung eines Social Innovation Fonds in Höhe von 50 Millionen Euro einbringen; denn viele Innovationen, die dem Gemeinwohl dienen, sind nun mal für private Investoren uninteressant. Also muss der Staat Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass sie trotzdem entstehen können und die Vorteile der Digitalisierung für alle spürbar werden.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen nichts im Strafgesetzbuch verloren haben. § 219a gehört abgeschafft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Dieter Janecek, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Bundeskanzlerin ist in ihrer Rede sehr ausführlich auf die Megatrends Digitalisierung und Klimaschutz eingegangen. Aber sie hat eines nicht gemacht: diese beiden Megatrends zusammenzudenken. Nur wenn wir die Digitalisierung nachhaltig gestalten,

(B) (Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das hat sie sogar erklärt!)

ihr einen klaren CO₂-Preis geben, dann leistet sie einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nicht Ihre Vorsitzende korrigieren!)

Wenn wir das nicht tun und alles so weiterlaufen lassen wie bisher, dann wird sie ein Brandbeschleuniger der Klimakrise. Das müssen wir uns endlich vergegenwärtigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben nämlich derzeit ein drastisches Wachstum des Energieverbrauchs digitaler Anwendungen. Laut einer französischen Studie zur künstlichen Intelligenz könnte sich der Energieverbrauch durch die Digitalisierung bis 2030 verzehnfachen. Wir erleben eine Digitalisierung, die mit ihrem Ressourcenhunger für viele Menschen im globalen Süden zu einem wachsenden Problem wird. Wir erleben eine immer größere Marktmacht weniger Akteure, denen die Digitalisierung gigantische Gewinne beschert.

Die Chancen der Digitalisierung für Klimaschutz und Innovation lassen sich aber nur realisieren, wenn wir faire Märkte haben und wenn wir einen CO₂-Preis haben, der für Innovationen die Richtung vorgibt. Wir dürfen die Digitalisierung nicht als Selbstzweck begreifen. Wir müssen ihr eine Richtung geben: ökologisch und sozial.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Denn erst wenn zum Beispiel – das ist ja die Entscheidung, die Sie im Klimakabinett zu treffen haben – CO₂ einen fairen Preis bekommt und dieser langfristig steigt, wird Digitalisierung innovativ wirken können. Dann wird sie Ressourcen einsparen. Dann werden wir die Mobilität besser steuern und die Landwirtschaft besser machen können. Dann werden wir Daten erheben können, um das Monitoring für die Klimakrise aufzuheben. Wir haben viele, viele Möglichkeiten. Wir können sie aber nur ausschöpfen, wenn wir der Digitalisierung eine Richtung vorgeben.

Ganz entscheidend wird sein, dass wir uns der Monopole annehmen. Es kann nicht sein, dass ein Konzern wie Amazon in Deutschland die Märkte vertikal und horizontal beherrscht und der Einzelhandel keine Chance mehr hat. Wir müssen faire Märkte schaffen. Wo bleibt hier Ihr Mut zur Gestaltung? Wo bleibt Ihre Strategie für künstliche Intelligenz in Richtung Klimaschutz, in Richtung mehr Nachdenklichkeit?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Hier müssen wir eine Innovationsinitiative schaffen.

Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Janecek. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Alexander Dobrindt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Ja, es ist in der Tat so: Die doppelte Herausforderung dieser Zeit heißt: Klimawandel bekämpfen und Konjunktur und Wirtschaft stützen. Das ist das, was wir zusammendenken. Da meinen manche ja, das sei ein unauflösbarer Gegensatz. – Nein, wir glauben, es ist sogar eine doppelte Chance, wenn wir Klima und Konjunktur zu einem Zukunftspaket für Deutschland mit dem klaren Ziel zusammenführen: mehr wirtschaftliches Wachstum bei weniger CO₂. Dann haben wir die Herausforderung im Griff, um die es sich in den nächsten Monaten dreht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es hat hier ja einige Beiträge gegeben, in denen eine sehr einfache Lösung dafür präsentiert wurde, wenn man auf der einen Seite sehr viel in den Klimaschutz investieren und auf der anderen Seite Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft ergreifen wolle. Diese ganz einfache Lösung hieß Staatsverschuldung. Die einfache Antwort auf die Probleme unserer Zeit: Staatsverschuldung!

Der Chefökonom von Verdi hat beispielsweise diese Woche verkündet, dass die 100-Euro-Scheine auf der Straße lägen und man sie nur aufheben müsse. – Meine Damen und Herren, wer die Staatsverschuldung hochtreibt, der sammelt kein Geld von der Straße, sondern der klaut es den nächsten Generationen. Das ist die Wahrheit.

Alexander Dobrindt

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Johannes Kahrs [SPD])

Übrigens sei an dieser Stelle der Hinweis erlaubt: Das sind genau die Rezepte der Vergangenheit. Das sind die Rezepte, die uns in eine europäische Schuldenkrise hineingeführt haben.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Genau!)

Damals waren die Zinsen niedrig und die Ausgabenwünsche der Politik riesengroß. Das Ergebnis ist doch bekannt. Das lief nach dem Motto „heute billige Schulden machen, morgen teuer zurückzahlen“. – Das ist weder ökonomisch klug noch politisch verantwortungsvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Schlimme dabei ist, dass manche aus der Euro-Schuldenkrise offensichtlich überhaupt nichts gelernt haben. Das zeigt ein Blick auf die Wortmeldungen dieser Woche: Der Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, hat gesagt, er will pro Jahr 35 Milliarden Euro neue Schulden in Deutschland machen und dafür sogar das Grundgesetz ändern. Liebe Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Sie haben das dann vorhin „Schuldenbremse reformieren“ genannt. Das Grundgesetz zu ändern, nennen Sie „Schuldenbremse reformieren“.

- (B) (Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, hat sie nicht! Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich sage Ihnen, was Sie eigentlich wollen: Sie wollen unter dem Deckmantel der grünen Politik den Haushalt in rote Zahlen treiben. Das ist Ihr eigentliches Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Christian Lindner [FDP] – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht verstanden!)

Das werden wir übrigens nicht tun, weil wir genau für Politiker wie Sie mit solchen Ideen die Schuldenbremse ins Grundgesetz hineingeschrieben haben. Deswegen ändern wir sie an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Dobrindt, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Nein, ich erlaube keine.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das trauen Sie sich nicht! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verstehe ich nicht! Keine Zwischenfragen?)

(C) Ich will in dem Zusammenhang auf das eingehen, was Sie vorhin angesprochen haben, Frau Göring-Eckardt. Sie haben sinngemäß gesagt: Landwirtschaft zerstört die Landschaft.

(Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Also, die Landwirtschaft, die seit Jahrhunderten die Kulturlandschaft in Deutschland erst ermöglicht und gepflegt hat, zerstört Ihrer Meinung nach die Landschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Lindner [FDP]: Die Windräder!)

Die Frau Bundeskanzlerin hat vorhin von der Arroganz gegenüber den ländlichen Räumen gesprochen. Sie haben diese Arroganz hier im Deutschen Bundestag eindrucksvoll zur Schau gestellt mit Ihrer Verunglimpfung eines ganzen Berufsstands.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Entlastungen der Bürger, Investitionen in die Wirtschaft, die schwarze Null: Das alles ist kein Widerspruch;

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Doch!)

es ist eine Frage der politischen Schwerpunkte. Wir halten die schwarze Null.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die schwarze Null ist ökonomischer Unsinn!)

Wir entlasten die Menschen mit über 13 Milliarden Euro. Wir investieren in Infrastruktur und vieles andere mehr. Das ist alles im Sinne von Generationengerechtigkeit: Sicherheit, Klimaschutz, Infrastrukturinvestitionen, die übrigens gerade von unseren Ministerien der CSU maßgeblich mit besetzt werden. (D)

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: „Investitionshochlauf“ müssen Sie jetzt noch sagen, Ihr Standardwort!)

Die Verkehrsinvestitionen von Andi Scheuer sind auf Rekordniveau. Die innere Sicherheit wurde deutlich gestärkt mit über 1 000 Stellen, auch bei der Bundespolizei. Der Entwicklungshilfeeinsatz von Minister Müller wurde erstmals über die 10-Milliarden-Euro-Grenze gebracht.

Ja, wir wollen auch mehr in die Verteidigung investieren. Dietmar Bartsch hat hier noch mal darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung viel zu viel für Verteidigung ausbe.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Recht hat er! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist richtig. Wir sind in einem Bündnis eine Verpflichtung eingegangen, haben Zusagen über die 2 Prozent gemacht und wollen ein Zwischenziel von 1,5 Prozent erreichen. Das werden wir in den Haushaltsberatungen auch weiterverfolgen, damit dies möglich ist.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle, meine Damen und Herren von den Linken: Ja, wir wollen Verantwortung in der Welt übernehmen. Wer Verantwortung in der Welt übernehmen will, der muss erst einmal sagen, dass er seine Soldaten unterstützen will. Dazu gehört, dass sie die best-

Alexander Dobrindt

- (A) mögliche Ausstattung von uns bekommen und hier nicht einfach so dargestellt werden, als würden sie Geld verschwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Ich habe die zwei großen Herausforderungen, die parallel existieren, mit „Klimawandel bekämpfen“ und „Konjunktur und Wirtschaft stützen“ beschrieben. Es gibt den einen oder anderen, der jetzt ruft: „Kümmert euch erst mal nur ums Klima und nicht so sehr um die Wirtschaft!“, und es gibt andere, die sagen: „Kümmert euch doch einfach mal um die Wirtschaft und die Konjunktur und vergesst den Klimaschutz! Der ist ja ein Wirtschaftskiller.“

Liebe Frau Weidel, Sie haben gesagt, es handele sich um „Klimaschutzwahn“ in unseren Debatten und Beiträgen hier.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Genau!)

Ich glaube, dass Sie damit sehr deutlich belegt haben, dass Sie sich mit bürgerlich-konservativer Politik mehr als nur schwertun und damit in Wahrheit nichts anfangen können. Die Bewahrung der Schöpfung ist gerade der Nukleus der bürgerlich-konservativen Politik und kein Wahn. Deswegen schützen wir das Klima, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Wenn wir es schaffen, jetzt auch in den Verhandlungen bis zum Klimakabinett am 20. September dafür zu sorgen, dass wir eine vernünftige Kombination von Konjunkturmaßnahmen, Maßnahmen für Wirtschaftsförderung und Klimaschutz zusammenbringen, dann haben wir mit diesem Zukunftspaket auch eine echte Chance auf ein ökologisches Wirtschaftswunder in unserem Land.

Wir waren in der Vergangenheit auch immer die Marktführer, wenn es um Green Technology ging. Wir waren auch immer die Marktführer, wenn es um neue Technologien im Bereich der Energie ging. Wir haben die Energiewende bewusst gestaltet. Wir sind heute so weit, dass wir bei den erneuerbaren Energien unsere Ziele für 2020 eindeutig erfüllen, sogar übererfüllen. Das haben wir nicht geschafft, indem wir ein Verbot für konventionellen Strom ausgesprochen haben, sondern indem wir auf erneuerbare Energien und Innovationen gesetzt haben und sie gefördert haben. Wir sorgen für Innovation. Das ist der Fortschrittmotor. Verbote sind nur Stillstand. Deswegen wählen wir den Fortschritt.

Da wollen wir die Menschen mitnehmen. Das geht nicht einfach mit einer CO₂-Steuer, die alles nur verteuert. Wir wollen keine Entscheidungen treffen, die nur dazu führen, dass der Spritpreis an der Zapfsäule steigt. Wir wollen, dass die Menschen dabei sind, wenn es um Klimaschutz geht. Deswegen darf Klimaschutz nicht die neue soziale Frage werden, sondern Klimaschutz muss die Innovationsfrage sein in diesem Land, bei der alle Menschen mitgenommen werden, meine Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Dobrindt. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muss ich bedauerlicherweise eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Sie haben gesehen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer, die offensichtlich zwischenzeitlich aufgewacht waren, festgestellt haben,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich war die ganze Zeit wach!)

dass die Rednerliste nicht den ursprünglichen Überlegungen entsprochen hat.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Die Liste machen nicht wir!)

Das hat zeitweise zu Verwirrung bei uns und dem Sitzungsdienst des Bundestages beigetragen. Ich habe entschieden, dass jetzt alles bleibt, wie es ist, weil die Liste vom Bundestagspräsidenten bereits genehmigt ist.

Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Marc Jongen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Also nur zur Ergänzung: Wir finden das toll so!)

Dr. Marc Jongen (AfD):

Herr Präsident! Frau Staatsministerin Grütters! Werte Abgeordnete! Der Bundeshaushalt für Kultur und Medien 2020 umfasst rund 1,8 Milliarden Euro. Ein nicht geringer Teil davon wird leider dazu missbraucht, die Menschen in Deutschland ideologisch zu gängeln und zu Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit, den globalistischen Kardinaltugenden, zu erziehen. Lauter schön klingende Begriffe, nur wehe, man hat eine alternative Meinung dazu, weil man ihren ideologischen Gehalt durchschaut oder weil man andere Vorstellungen von Kultur hat. Dann ist es ganz schnell aus mit der Meinungsvielfalt, dann herrscht auch keine Toleranz mehr. Dann wird von gut dotierten Staatsposten herab gegen die Kritiker gehetzt, sehr schnell auch die diffamierende Nazikeule geschwungen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beispiel: Der Präsident der zu nahezu einhundert Prozent staatsfinanzierten Kulturpolitischen Gesellschaft, Dr. Tobias Knoblich, schreibt in seinem hauseigenen Blatt:

Das Kulturprogramm der AfD ... inszeniert ebensolche Echokammern,

– wie die „Politik der Nazis“ nämlich

die einen reinen Kollektivkörper imaginieren und die Beziehung zur Welt kappen, belastbare Handlungsansätze schuldig bleiben: Nation als kulturelle Einheit ..., Bewahrung kultureller Identität ..., kulturelles Erbe ... oder deutsche Leitkultur ...

(D)

Dr. Marc Jongen

- (A) Das sind für Herrn Knoblich sämtlich gefährliche, ja nazihaft Konzepte und deshalb, meint er, sei die Strategie der aktiven Ausgrenzung gegen die AfD „hilfreich“. Auf keinen Fall dürften die Funktionäre der AfD „salonfähig“ gemacht werden, dafür aber gerne dem Psychoterror ausgesetzt, wie Björn Höcke, der von einer selbsternannten Künstlergruppe bis in seinen privaten Wohnbereich hinein verfolgt und drangsaliert worden ist. Meine Damen und Herren, so spricht kein Demokrat, so spricht ein Ideologe im Staatssold, der offenbar weiß, was er abzuliefern hat.

(Beifall bei der AfD)

Die Kulturpolitische Gesellschaft wird im aktuellen Haushaltplan mit 955 000 Euro gefördert, 2013 waren es noch 490 000 Euro, das ist eine Verdoppelung innerhalb von sieben Jahren. Linientreue macht sich bezahlt in Merkel-Deutschland.

Ein anderes Beispiel, Alexander Gauland hat es angesprochen: Die Mittel für den Bundesverband Freie Darstellende Künste sind im vergangenen Haushaltsjahr in letzter Minute vervierfacht worden. Die Adresse des Bundesverbands ist identisch mit der Kontaktadresse des Vereins Die Vielen e. V., dessen einziger Daseinszweck die Propaganda und Hetze gegen die AfD ist.

(Fabian Jacobi [AfD]: Pfui!)

- (B) Man fragt sich angesichts solcher Finanzmanöver, mit welchen Mitteln die großen Anti-AfD-Demos der Vielen tatsächlich bezahlt wurden und noch bezahlt werden sollen. Wir werden jedenfalls ein genaues Auge darauf haben.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das fragen wir uns bei den AfD-Demos auch, wer das bezahlt!)

Der Etat für Ihre Öffentlichkeitsarbeit, Frau Staatsministerin Grütters, ist von 45 000 Euro in 2019 auf 280 000 Euro in 2020 gestiegen, sage und schreibe eine Versechsfachung. Wer so viel Dubioses fördert, muss das mit hohem PR-Aufwand verschleiern und schönreden. Eigentlich ist der Zusammenhang klar.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion lehnt diesen Kulturhaushalt ab und vor allen Dingen diese Kulturpolitik, die gegen Deutschland gerichtet ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jongen. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Johannes Kahrs, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne auf das eingehen, was eben von meinem Vorredner gesagt worden ist. Hier wurde

über Linientreue gesprochen, über Künstler, die im Staatssold stehen. Ehrlicherweise muss man sagen: Das ist der Jargon, den man aus den 1930er-Jahren kennt. Das ist so, als ob Sie von Systempresse und Altparteien redeten.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sind sie auch!)

Wenn man sich das ankuckt, dann weiß man, aus welcher Ecke Sie kommen. Ihr Vokabular in der letzten Rede hat gezeigt, dass Sie nicht verstehen, was eine offene und eine plurale Gesellschaft ist.

(Fabian Jacobi [AfD]: Und Sie sind der, der das erklären kann?)

Sie haben nicht verstanden, dass Kulturschaffende frei von politischem Druck arbeiten und darbieten können sollen. In Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz ist die Kunstfreiheit verankert. Das sollten Sie sich mal hinter die Löffel schreiben;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jürgen Braun [AfD])

dann könnten Sie was lernen. In dieser Republik ist es so, dass die Künstler nicht im Staatssold stehen und linientreu sein müssen, sondern wir haben die Freiheit der Kunst, und das sollte man auch als rechtsradikale Fraktion zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Widerspruch bei der AfD)

(D) Wenn man sich das nämlich in der Realität ankuckt und wenn man sich ankuckt, was Sie so treiben, dann sieht man, dass Sie mit dem Grundgesetz regelrecht auf Kriegsfuß stehen. Mit Strafanzeigen, mit Störaktionen, mit Protesten, mit parlamentarischen Anfragen wird von Ihnen doch seit Jahren Druck auf die Freiheit der Kunst gemacht. Im Juni 2017 hat sich der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Herr Tillschneider, in einer Landtagsrede über die Bühnen in Halle ausgelassen. Er forderte, den Operndirektor zu entlassen und die „Willkommenspropaganda“ aus dem Spielplan zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das kennen wir alles aus den 1930er-Jahren. So was brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Als der Intendant des Friedrichstadtpalastes, Berndt Schmidt, sich gegen rassistische Parolen der AfD aussprach, hat er Morddrohungen, Hassmails, Briefe und eine Bombendrohung gegen eine ausverkaufte Vorstellung erhalten. Ja, woher ist uns das denn bekannt?

Die Wortmeldung, die Sie hier vorher gebracht haben, zeigt doch, wes Geistes Kind Sie sind und wo das, was Sie hier – ich muss es ganz freundlich formulieren – schüren, Ergebnisse hat, und das kann doch nicht angehen. Das Gleiche ist im Juni 2018 geschehen, als eine „Gala Glo-

Johannes Kahrs

- (A) bal“ am Deutschen Theater in Berlin stattfand. Da hat die Identitäre Bewegung randaliert, Flugblätter verteilt. Die Vorstellung musste abgebrochen werden. Das sind doch diejenigen, mit denen Sie zusammenarbeiten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Braun [AfD])

Deswegen hat die SPD gesagt: Wir müssen die Kulturpolitik stärken. Wir müssen dafür sorgen, dass die Demokraten in diesem Hause von links bis zur FDP, von CDU/CSU bis zu den Grünen dafür sorgen, dass die Kultur unabhängig bleiben kann,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

dass dem Grundgesetz Genüge getan wird, dass wir hier alle gemeinsam zusammenstehen gegen diese finstere Barbarei, die wir schon mal hatten, die wir nicht wieder brauchen.

Kulturpolitik muss vielfältig und bunt sein; sie muss mir nicht in jedem Fall gefallen. Ich persönlich gehe auch lieber ins Ohnsorg-Theater als woandershin. Das muss auch nicht jedermann gefallen. Aber es ist eben meine Entscheidung, wo ich hingehe. Deswegen gehört es eben dazu, dass wir als SPD dafür sorgen, dass Kultur für alle zugänglich gemacht wird – nicht nur in der Großstadt, sondern auch im ländlichen Raum –, dass wir Teilhabe propagieren und durchsetzen, dass das kulturelle Erbe erhalten wird, dass die kulturelle Infrastruktur ausgebaut wird und dass jedermann ein besserer Zugang ermöglicht wird.

(B)

(Jürgen Braun [AfD]: Sie reden wie die SED früher, Herr Kahrs!)

Ich danke insbesondere Frau Staatsministerin Grütters, die für diesen Bereich zuständig ist.

Es geht mir darum, der kulturellen Barbarei meines Vorredners etwas entgegenzusetzen. Daher ist es eben auch wichtig, dass man zum Beispiel so etwas wie die Gründung einer Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten stärkt, dass man Geld für Investitionen zur Verfügung stellt, sodass möglichst viele Einrichtungen einbezogen werden, damit ausgebaut wird, damit man vor Ort und im ländlichen Raum einen Gegenpol schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig ist es richtig, dass wir den Etat stärken, auch im Kulturbereich. Dazu sind wir immer bereit; das wollen wir gerne machen. Es gibt gute Initiativen. Zum Beispiel gibt es Auswanderermuseen. Wir wollen ein Einwanderungsmuseum danebenstellen. Man kann schon sehen, wie es war, als Menschen aus diesem Land ausgewandert sind, irgendwann in den 1900er-Jahren und davor, als Wirtschaftsflüchtlinge oder politisch Verfolgte in die USA oder nach Kanada gegangen sind. Diese Geschichte können wir sehen. Wir wollen uns aber auch die Geschichte der Menschen ansehen, die in dieses Land gekommen sind, der Einwanderer. Wir wollen also ein Einwanderungsmuseum danebenstellen.

Benjamin Franklin hat einmal gesagt: „Die Deutschen sind Integrationsverweigerer“, weil sie sich in den 1740er-Jahren in den USA nicht integrieren wollten.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Damals gab es die USA noch gar nicht!)

Das ist immer so, wenn Menschen irgendwo hinkommen. Daran muss man arbeiten, gemeinsam. Da darf man nicht spalten, hetzen, eine Gesellschaft auseinanderreiben und die Kultur dafür missbrauchen. Das ist unanständig. So ist das, wenn man rechtsradikal oder rechtsextremistisch ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen gehören Sie auch verboten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Sie wissen nicht mal, wann die USA gegründet wurden! – Fabian Jacobi [AfD]: Dem ist nichts peinlich! Nichts!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Simone Barrientos.

(Beifall bei der LINKEN)

Simone Barrientos (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der vergangenen Woche das Bundesforum für Freie Darstellende Künste besucht. Da sagte die Schauspielerinnen und Regisseurin Monika Gintersdorfer – ich zitiere –: Wir freien Gruppen verpuffen, weil wir es müssen. – Genau da liegt das Problem. Mit jeder Bitte um Finanzierung müssen sich freie Künstlerinnen und Künstler neu erfinden. Die Kulturförderung für die freie Szene ist in der Regel Projektförderung. Nicht Stabilität und Kontinuität werden belohnt; man handelt sich von Projekt zu Projekt. Die Kunst folgt also den Förderrichtlinien. Die Kunst allerdings fördert das nicht; es engt sie ein.

Festzustellen ist: Viele bestehende Förderinstrumente, auch solche des Bundes, unterstützen kein nachhaltiges, kein langfristiges Schaffen. Als Linke setzen wir aber auch auf Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik,

(Beifall bei der LINKEN)

und das heißt: Zuerst sind es die Künstlerinnen und Künstler, die gestärkt werden müssen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass bei der Vergabe von öffentlichen Geldern im Rahmen von Projektförderungen die Selbstausbeutung von Künstlerinnen und Künstlern einkalkuliert ist. Wir fordern, dass die Verwendung öffentlicher Gelder an soziale Mindeststandards gekoppelt ist. Projekte müssen sozialverträglich kalkuliert werden können. Wir brauchen angemessene Vergütungen und Honorare.

(Beifall bei der LINKEN)

Nachhaltig denken heißt vor allem, Strukturen so zu stärken, dass sie langfristig und unabhängig bestehen können – also: mehr Hilfe zur Selbsthilfe –, und das

(D)

Simone Barrientos

- (A) erreichen wir am besten mit der Stärkung der Interessenverbände in der Kultur.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen natürlich, dass die Beauftragte für Kultur und Medien den Titel zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft um die Förderung von Nachhaltigkeit in Kultur und Medien ergänzt hat; allerdings ergänzt nur in der Textlänge, nicht in der Ausgabenhöhe. Während der Text länger wurde, wurde der Ansatz bei dem Titel um mehr als die Hälfte gekürzt. Wie begründet man das? Das ist doch vollkommen absurd.

Es gibt nicht *die* und nicht *eine* deutsche Kultur. Von ein paar Leuchtturmprojekten in Metropolen profitieren nur wenige. Kultur ist kein elitäres Projekt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer es ernst meint mit der Freiheit der Kunst, der muss auch ernsthaft für die Freiheit der Künstlerinnen und Künstler sorgen, und dazu gehört auch die Befreiung von Armut.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist die verdammt Aufgabe von Politik, die Freiheit der Kulturschaffenden zu schützen, damit sie unabhängig und nachhaltig arbeiten können.

(Beifall bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Welchen Angriffen von rechts sie ausgesetzt sind, das haben wir gerade wieder erlebt. Wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, diese Branche wirklich zu stärken und zu schützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Erhard Grundl, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vom „Kampffeld Kultur“ schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ im August und führte auf zwei Seiten traurige Chronik darüber, wie Kultureinrichtungen in Deutschland von Rechtsaußen unter Druck gesetzt werden. Die Palette reicht von Boykottaufrufen bis hin zu Morddrohungen. Immer wieder maßt sich die ahnungslose, aber eingriffswillige Kulturpolitik der Rechtsextremen in den bundesdeutschen Parlamenten an,

(Zuruf von der AfD: Niemand ist hier rechtsextrem!)

hier Urteile zu fällen; wir haben es gerade wieder erlebt.

In einer freiheitlichen, offenen Gesellschaft heißt Kulturpolitik in erster Linie, sich als die Hand zu verstehen, die Kultur fördert ohne Gegenleistung, möglich macht ohne Gängelung, die Hand, die im Zweifelsfall auch ge-

bissen wird. Der Kulturhaushalt muss hier in seinen Bot-schaften und in seiner Zielsetzung klar sein. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so-wie der Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE])

Zunächst einmal sinkt der Etat. Das mag stellenweise durch auslaufende Kulturprojektförderung begründet sein. Aber dass gerade die Zuschüsse in den Bereichen Musik, Literatur, Tanz und Theater um 14,6 Millionen Euro gekürzt werden, also gerade die Kulturförderung, die in die Fläche geht, das ist der falsche Ansatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dagegen sind bei einem umstrittenen Projekt wie dem Neubau der Garnisonkirche vorerst 12 Millionen Euro Bundesmittel für den Turmbau vorgesehen; diese Mittel sollen jetzt um weitere 6 Millionen Euro erhöht werden, und das, obwohl die Stadt Potsdam derzeit keine einheitliche Haltung zum Neubau der Garnisonkirche hat. Wir lehnen den Einsatz von Bundesmitteln, um historisierende Kulissen zu produzieren, ab – noch dazu, wenn es sich um nationalistische Identifikationsobjekte handelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich fordere ein Moratorium für die vorgesehenen 12 Millionen Euro, und ich fordere Sie auf, die zusätzlichen 6 Millionen Euro zu stoppen.

Aus Erinnerung und Aufarbeitung, aus dem Wissen, wo wir geschichtlich herkommen, entsteht eine Erzählung über unser Land. Kultur entsteht nicht abgeschottet innerhalb von nationalen Grenzen, wie es Herr Brinkhaus in einem Interview kürzlich verlauten ließ. Wer von Leitkultur spricht, meint nicht Kultur in ihrer Vielfalt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer von Leitkultur spricht, der meint das Futter für die Angsthasen, der meint Gängelung und Einfalt. Zu dieser Art von Kultur werden wir nie die Hand reichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir stehen für Kultur für alle, Kultur in der Fläche, in den Regionen.

Der Kulturhaushalt verschließt die Augen vor knapp 600 sanierungsbedürftigen soziokulturellen Zentren in ganz Deutschland. Sie streichen Mittel für wichtige, innovative Festivals wie Pop-Kultur in Berlin, c/o pop Köln oder jazzahead! in Bremen. Das hat nichts mit Zukunft zu tun, das ist eine Bankrotterklärung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, seit sechs Jahren verhandelt der Bund mit den Hohenzollern über Ausgleichszahlungen, unter anderem auf Grundlage des Ausgleichleistungsgesetzes. Ziel der Verhandlungen ist nach Auskunft von Frau Grüters eine dauerhafte Gesamtlösung. Dieses Gesetz schließt eine Leistungsberechtigung dann aus, wenn der grundsätzlich Berechtigte dem nationalsozialis-

Erhard Grundl

- (A) tischen System erheblich Vorschub geleistet hat. Dass das im Fall der Hohenzollern so war, ist vielfach belegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zahlreiche Historikerinnen und Historiker beklagen sich zudem, dass das Hausarchiv der Hohenzollern der Geschichtsforschung nicht frei zugänglich ist. Der Vorwurf, dass auf diese Weise Einfluss darauf genommen werden soll, wie deutsche Geschichte umgeschrieben werden wird, ist nicht von der Hand zu weisen.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist aus meiner Sicht höchste Zeit, dass der Bundestag und die Parlamente in Berlin und Brandenburg offiziell über den Stand der jahrelang im Geheimen geführten Verhandlungen informiert werden; das ist eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat der fraktionslose Abgeordnete Marco Bülow das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) **Marco Bülow (fraktionslos):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich rede hier noch zur Generaldebatte und zum Haushalt. Der Haushalt ist das eigentliche Königsrecht des Parlaments. Ich habe das Gefühl, dass er immer mehr beherrscht wird von dem, was die Regierung vorgibt – und einige Lobbyisten. Das kann man an den Schwerpunktsetzungen sehen. Heute gab es viele Reden, viele Phrasen, viele Titel. Aber am Ende zählen die Zahlen und die Fakten. Schauen wir uns doch zwei Haushaltsposten einmal genauer an: Der Haushalt für Umwelt liegt bei 2,6 Milliarden Euro. Da ist Klimaschutz mit drin, da ist aber zum Teil auch das drin, was wir bei Atom noch abwickeln müssen. Es gab in den letzten zwei Jahren eine Erhöhung von 0,6 Milliarden Euro, immerhin. Vergleichen wir diesen Haushalt einmal mit dem Verteidigungsetat: 44,9 Milliarden Euro, eine Erhöhung in zwei Jahren um 6,4 Milliarden Euro. Dann setzen wir das einmal in Beziehung: eine Erhöhung von 0,6 Milliarden Euro bei Umwelt und Klima bei der Herausforderung und auf der anderen Seite eine Erhöhung um 6,4 Milliarden Euro. Da ist doch klar, worauf der Schwerpunkt gelegt wird. Er wird eben nicht auf die Herausforderungen Klima und Umwelt gelegt, sondern er wird auf Verteidigung gelegt. Deswegen hätte man sich viele Reden heute auch sparen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie rechtfertigen wir das denn? Wie rechtfertigen wir das vor allen Dingen gegenüber den nächsten Generationen? Ich möchte die volle Anstrengung auf das 1,5-Grad-Ziel, und nicht auf das 2-Prozent-Ziel der NATO und von

- Trump, wenn es um Verteidigung geht. Das muss unsere Zielmarke sein, und das müssen wir vergleichen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Klima und Umwelt haben eben keine mächtige Lobby, immer noch nicht. Deswegen glaube ich, dass ihr, liebe Fridays, weiter auf die Straße gehen müsst; wir brauchen den Streik. So richtig begriffen hat es hier immer noch keiner, zumindest keiner von der Regierung; daran müssen wir arbeiten.

So zieht es sich durch den ganzen Haushalt. Wir haben 40 bis 60 Milliarden Euro – darüber redet keiner gerne – an gesundheits- und umweltschädlichen Subventionen, die wir jedes Jahr ausgeben. Da könnten wir herangehen; dort könnten wir Geld freischaufeln. Wir müssen, weil wir die Klimaziele 2020 nicht einhalten, wahrscheinlich Straf gelder in Höhe von 30 bis 60 Milliarden Euro bezahlen. Deswegen soll keiner erzählen, dass wir kein Geld für umwelt- und klimapolitische Maßnahmen hätten. Wir hätten noch Geld für Bildung; das ist ja auch gekürzt worden – nur als Nebenbemerkung. Wir hätten Geld für Infrastruktur. Wir hätten Geld für soziale Maßnahmen.

Vielleicht denken wir einmal ein bisschen revolutionär, versuchen, Dinge zusammenzubringen. Heute Morgen gab es die Meldung, dass der öffentliche Nahverkehr wieder teurer wird. Auf den öffentlichen Nahverkehr sind viele Menschen in diesem Land angewiesen, gerade die, die vielleicht nicht so viel Geld haben. Dort könnten wir investieren, dort könnte der Bund die Kommunen darin unterstützen, dass der ÖPNV günstiger, vielleicht sogar kostenlos wird. Hier würden wir Soziales und Klima zusammenbringen; das Geld dafür wäre auf jeden Fall da. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn wir uns den Lobbybereich anschauen, ist es auch kein Wunder – auch das war eine Meldung der letzten Woche –, dass sich diese Bundesregierung weiterhin gegen ein Lobbyregister, weiterhin gegen Transparenz und weiterhin dagegen sträubt, Lobbyisteninteressen einzugrenzen. Es ist, finde ich, ein ziemlicher Skandal, dass auf der Bundespressekonferenz auf die Frage nach dem Lobbyregister – Tilo Jung hat dankenswerterweise die Frage gestellt – als Antwort kommt: Misstrauen ist unberechtigt. – Na ja, wenn wir so weit sind, dann müssen wir alle Gesetze abschaffen, weil Misstrauen gegen Menschen auch erst einmal unberechtigt ist. Wir brauchen das Lobbyregister. Wir brauchen Regeln. Wir brauchen den legislativen Fußabdruck im Parlament. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen, und ich hoffe, das wird auch die Bundesregierung endlich tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss: Ich glaube, es ist altes Denken, was die Schuldenbremse und die schwarze Null angeht. Interessanterweise haben einige von der SPD, die damals die Schuldbremse mit beschlossen hatte, in der Diskussion begriffen, dass man sich vielleicht davon lösen sollte. Ich glaube, wir müssen endlich zu den Investitionen kommen. Interessanterweise spielte, obwohl wir über den Haushalt reden, die Meldung, dass wir Konjunkturschwierigkeiten haben, heute keine Rolle. Dafür muss man kein Experte sein: Bei Konjunkturschwierigkeiten

Marco Bülow

- (A) investiert man. – Wir brauchen Investitionen, und zwar große Investitionen – meines Erachtens am ehesten in den ökologischen und sozialen Umbau. Man kann das auch Green New Deal oder sonst wie nennen, aber genau darin müssen wir investieren. Dann bringen wir den Haushalt auf eine gute Schiene, und dann wäre es auch wieder das Königsrecht des Parlamentes. Dahin müssen wir wieder kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Paul Ziemiak, CDU/CSU-Fraktion.

Paul Ziemiak (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gerade noch einmal gehört, aber nicht nur heute in dieser Debatte, sondern auch in den Wochen davor: immer wieder die Forderung nach mehr Geld und vor allem nach neuen Schulden. Bei dieser Forderung wird immer wieder vergessen: Was war eigentlich die Frage? Die Frage ist, wie wir wettbewerbsfähig bleiben und wie wir unseren Wohlstand in Deutschland erhalten. Wenn Sie sich das anschauen: Wir sprechen jetzt über 360 Milliarden Euro. Das sind 100 Milliarden Euro mehr als noch im Haushalt 2010. Und die Antwort soll sein „mehr Geld und mehr Schulden“? Meine Damen und Herren, das ist ein Ausdruck von Ideenlosigkeit und Gedankenfaulheit bei der Frage, wie wir unser Land zukunftsfähig aufstellen.

(B)

(Otto Fricke [FDP]: Der Wirtschaftsminister toppt das noch!)

Wir haben die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und damit die schwarze Null, weil wir generationengerechte Politik über Jahre hinweg gestalten wollen, übrigens – auch mit Blick nach links – aus Sorge vor Politikerinnen und Politikern wie Ihnen,

(Lachen bei der LINKEN)

die sich zwar immer wieder versuchen zu schmücken mit Wörtern wie „Nachhaltigkeit“ und „solide Finanzen“, aber bei der ersten intellektuellen Anstrengung, über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nachzudenken, nur eine Antwort haben: mehr Schulden und Abschaffung der Schuldenbremse.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt bleiben Sie mal auf dem Teppich!)

Diese ist aber zu Recht in unserer Verfassung verankert.

Aber wofür wollen Sie das Geld denn ausgeben? Sie sprechen von Investitionen. Das hört sich am Anfang ja gut an, aber wenn man genauer hinschaut, dann weiß man, woran man bei Ihnen ist. Ich schaue zum Beispiel zu den Grünen. Ihr Vorsitzender Habeck fordert den Umbau des Hartz-IV-Systems, er fordert Sozialleistungen, die jedem gewährt werden sollen, ohne jegliche Sanktionen. Er sagt selbst, dass das 30 Milliarden Euro kosten

wird. Das ist das, was Sie unter zukunftsfähiger Politik (C) versprechen.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht ja nicht nur um das nächste Jahr, sondern es geht darum, wie wir die nächsten 20, 30, 40 Jahre in diesem Land gestalten. Dazu gehören natürlich Investitionen in Sicherheit und Verteidigung. Wir haben eine Parlamentsarmee. Wir schicken die Soldatinnen und Soldaten nicht nur in den Einsatz, sondern wir sind auch dafür verantwortlich, dass sie gut ausgestattet sind. Es geht darum, dass wir eine Unternehmensteuerreform auf den Weg bringen, die unsere Unternehmen wettbewerbsfähig macht. Es geht um Klimaschutz und darum, Emissionen zu senken und richtige Anreize zu geben, um Innovationen zu fördern; denn wir haben nicht nur als Vorbild eine Verantwortung in der Welt, sondern wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass andere es uns nachmachen. Zudem brauchen wir schnellere Planungsverfahren und ein radikales Umdenken, so wie Ralph Brinkhaus es in seiner Rede gesagt hat.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich die Situation in Berlin und die linke, grüne Politik und zum Teil leider auch Politik der SPD dort an. Ich habe mir einmal die „Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Förderung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ angeschaut.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da können Sie noch was lernen!)

(D)

Damit verfolgt man zwar ein hehres Ziel, aber drei Viertel der Bauunternehmen in Berlin sagen, sie bewerben sich nicht mehr für öffentliche Aufträge, weil sie, wenn sie sich beteiligen und bewerben wollen,

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie mal nach Sachsen-Anhalt und gucken sich das da an!)

unter anderem die „Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplans“ und „verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils an den Beschäftigten in allen Funktionsebenen“ im Bau anstreben müssen.

Meine Damen und Herren, das ist ja ein hehres Ziel,

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Völlig bekloppt, das Ziel!)

aber erklären Sie in Berlin bitte einmal einer jungen Familie, die Beruf und Familie zusammenbringen will und einen Kitaplatz braucht, dass die Kita nicht gebaut wird, weil der Bautrupp den Frauenförderplan noch nicht vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel ist ja richtig. Aber wenn wir den Menschen hier versprechen, dass wir Projekte und Investitionen auf den Weg bringen, dann dürfen wir uns nicht zu Tode planen.

Paul Ziemiak

- (A) Es geht um die Zukunft Deutschlands, und die wollen wir redlich gestalten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ihren Beitrag dazu leisten. Im Gegensatz zu manchen anderen kann man sich bei uns darauf verlassen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Sonja Amalie Steffen, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Sonja Amalie Steffen (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Der Bundeshaushalt 2020 ist in der Tat erneut ein Rekordetat. Vor uns liegt in den nächsten Wochen eine Menge Arbeit; denn nicht weniger als 360 Milliarden Euro sind verantwortungsvoll zu verteilen. Das sind genau 3,4 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Noch nie gab es einen höheren Bundesetat. Eines ist jetzt schon sicher: Der dritte Bundeshaushalt, der mit einem sozialdemokratischen Finanzminister erlassen wird, kann sich sehen lassen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass sehr viele Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, mit dem Haushalt 2020 finanziert sind und zum Teil sogar schon umgesetzt wurden, und das, meine Damen und Herren, ohne neue Schulden.

- (B) (Beifall des Abg. Michael Groß [SPD])

Es geht um Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau, im Gute-Kita-Gesetz, in der Konzierten Aktion Pflege, beim Baukindergeld, bei der Parität in der Krankenversicherung, dem Digitalpakt. Übrigens sind die Themen, die ich gerade genannt habe, fast alle sozialdemokratische Themen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Maßnahmen schaffen wir nicht nur mehr soziale Gerechtigkeit, sondern wir werden aller Voraussicht nach auch das Bruttosozialprodukt um bis zu 0,8 Prozent erhöhen.

Und ja, es ist richtig, dass der Haushaltsentwurf 2020 eine Besonderheit aufweist: Er ist in der Tat gegenwärtig unvollendet – so wird er von der einen oder anderen Stelle bezeichnet –; denn es fehlt noch die Einpreisung des Klimagesetzes. Es ist aber nicht so, dass dafür das Geld fehlt; denn das erforderliche Geld für den Klimaschutz kommt aus dem Sondervermögen des EKF, des Energie- und Klimafonds. Der ist gegenwärtig schon mit immerhin 6,1 Milliarden Euro gefüllt.

Wir alle wissen, dass im Laufe der Haushaltsberatungen, nämlich schon in den nächsten Tagen, am 20. September dieses Jahres, das Klimakabinett zusammentreten wird. Wir sind alle sehr gespannt, wie sich die einzelnen Häuser bezüglich der Vorhaben und der zu setzenden Prioritäten einigen werden. Wir haben heute schon eine Menge dieser Vorhaben gehört. Man braucht natürlich große Projekte, aber man braucht auch Projekte, die an

der einen oder anderen Stelle im Kleinen recht wirksam sein können. Ich hoffe, dass beispielsweise – das ist ein großes Projekt – unser Projekt „350-Euro-Jahrestickets für den öffentlichen Personennahverkehr“ dazugehört. (C)

(Otto Fricke [FDP]: Ich dachte, das wäre 365 und nicht 350!)

Ich jedenfalls bin in Anbetracht der Fachkompetenz der einzelnen Häuser und der Ministerinnen und der Minister, aber auch in Anbetracht der Bedeutung, die das Thema Klimaschutz – und zwar internationaler und nationaler Klimaschutz – für uns alle hat, sehr zuversichtlich, dass wir rechtzeitig vor dem Abschluss des parlamentarischen Haushaltsverfahrens zu guten Ergebnissen kommen werden, die dann selbstverständlich auch im Haushalt 2020 Eingang finden werden.

Unser Wunsch in der SPD-Fraktion ist natürlich, dass auch die Grundrente noch Eingang in den Haushalt 2020 finden wird. Da hoffen wir, dass die Kollegen und Kolleginnen der Koalition, also aus der Union, sich hier endlich auf uns zubewegen werden.

Und ja, wir nutzen zum Ausgleich des Haushalts einen Teil der vorhandenen Rücklage. Aber dies ist auch richtig so; denn wozu hat man denn die Rücklage?

(Karsten Klein [FDP]: Für schlechte Zeiten!)

Und ja, wir profitieren von geringeren Zinsausgaben, um diese Vorhaben zu verwirklichen. Aber auch hier ist festzustellen, dass dies ein völlig zulässiges Mittel für die Haushaltsplanung ist.

Nicht richtig ist übrigens, dass der Haushalt 2020 keine oder wenige Investitionen beinhaltet. Wir haben es schon mehrmals gehört: 40 Milliarden Euro unseres Haushalts – das sind mehr als 10 Prozent – nutzen wir für Investitionen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Weitere Investitionen wären natürlich wünschenswert. Aber die sind nur dann zu verwirklichen, wenn das Geld wirklich umgesetzt werden kann. Es fehlt in der Tat an Fachkräften. Wir sind übrigens sehr froh, dass das Fachkräftezuwanderungsgesetz bereits beschlossen wurde. Hier müssen wir einfach nur schauen, dass es jetzt wirklich in die Gänge kommt. Es mag auch Nachholbedarf in Bezug auf die Planungsbeschleunigung geben. Das ist alles richtig, aber: Investitionen können nur dann erfolgen, wenn sie wirklich umgesetzt werden können.

Allein aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir von der SPD-Fraktion große Bedenken gegen eine Erhöhung des Verteidigungsetats. Denn gerade im Bereich der Verteidigungspolitik müssen wir feststellen, dass jede Menge Geld auf Halde liegt, weil es schlichtweg in der Vergangenheit nicht ausgegeben werden konnte oder in fragwürdigen Beraterverträgen landete.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich ist es unsere Verantwortung, mit dem vielen Geld, das uns der Steuerzahler und die Steuerzahlerin zur Verfügung gestellt haben, verantwortungsvoll umzu-

Sonja Amalie Steffen

- (A) gehen. Ich sagte es bereits: 360 Milliarden Euro wollen verteilt werden.

In den nächsten Wochen liegt viel Arbeit vor uns. Ich freue mich darauf. In diesem Sinne wünsche ich uns gute und erfolgreiche Haushaltsverhandlungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Steffen. – Nun spricht zu uns die dafür zuständige Staatsministerin, Frau Professor Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zurück zur Kultur. Herr Jongen, zwei Zahlen zum Einstieg. Erstens. Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland haben laut aktuellem Deutschlandtrend Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft. Zweitens. Seit meinem Amtsantritt ist der Kulturetat um mehr als 50 Prozent gestiegen, und er wächst weiter. 2020 wollen wir in der Tat 1,82 Milliarden Euro für Kultur und Medien ausgeben; so sieht es der Regierungsentwurf vor – auch, Herr Jongen, und gerade als Antwort auf die von zu vielen Menschen in Deutschland befürchtete Spaltung unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(B)

Denn die Herausforderungen, die diese Angst nähren, sind jedenfalls allein mit den Mitteln der Sozialpolitik und der Innenpolitik nicht zu bewältigen. Das Erstarken von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus, die diffamierende Abwertung anderer Sicht- und Lebensweisen als der eigenen, die Verrohung des öffentlichen Diskurses und, ja, auch die schwindende Bereitschaft, den anderen in seinem Anderssein zu ertragen, sind besorgniserregende und schlimme Entwicklungen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das sagen gerade Sie! Ihr Umgang mit der AfD!)

Sie bedrohen den Kern unserer Demokratie, und das ist der konstruktive Streit, die Suche nach Kompromissen.

Kultur und Medien können dagegen Kräfte entfalten – das hat Johannes Kahrs gerade auch ausgeführt –, und sie gängeln, Herr Jongen, niemanden zu Toleranz und Weltoffenheit. Das ist schon eine verwegene Deutung. Sie lassen vielmehr gedeihen, was unserer Gesellschaft offensichtlich abhandenzukommen droht:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verstehen, Verständnis, Verständigung über die Grenzen zwischen sehr unterschiedlichen Lebenswelten hinweg.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Eben!)

Deshalb wollen wir die Ausgaben dafür weiter erhöhen. Ich danke dem Bundesfinanzminister, dass wir uns zu-

mindest hier im Hause einig sind, einmal mehr in dieser Klarheit zur herausragenden Bedeutung von Kultur und Medien beizutragen. (C)

Verständigung miteinander setzt nämlich zuerst einmal einander verstehen voraus: den Ausblick über den eigenen Tellerrand, den Überblick über die Grautöne zwischen Schwarz und Weiß, auch den Einblick in andere Lebenswelten als die eigene. Über das Engagement in der Filmförderung – die das leisten kann, und deshalb fördern wir Filme ausdrücklich – hinaus erhöhen wir diesmal zum Beispiel den Etat der Deutschen Welle als Botschafterin und Vermittlerin unserer demokratischen Werte im Ausland. Außerdem verdoppeln wir unsere Ausgaben zur Stärkung der Medienkompetenz. Hier geht es auch um den Schutz und die strukturelle Stärkung journalistischer Arbeit und die Unabhängigkeit der Medien. Wir akzeptieren nicht, dass mit Diffamierung und ideologischen Kampfbegriffen Misstrauen geschürt wird gegen unabhängige Berichterstattung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Benjamin Strasser [FDP])

Die Bereitschaft zur Verständigung erwächst auch aus den Lehren aus unserer Geschichte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Erinnerung an Leid und Schrecken des 20. Jahrhunderts enthält viele Lektionen des Widerstands gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und totalitäre Ideen. Unser neues Förderprogramm „Jugend erinnert“ beispielsweise unterstützt NS-Gedenkstätten dabei, innovative Bildungsformate zu entwickeln. Die Mittel dafür werden im kommenden Jahr auf 5 Millionen Euro aufgestockt. Außerdem wollen wir zum ersten Mal gezielt etwas für die Orte der Demokratiegeschichte tun und damit auch die Wertschätzung für demokratische Errungenschaften explizit in den Mittelpunkt stellen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, setzt Verständigung Raum für Begegnung und Austausch voraus. Kultur holt Menschen nämlich aus ihren Echokammern heraus. Kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Theater, Bibliotheken sind deshalb genauso wichtig wie Schulen und Einkaufsmöglichkeiten; das gilt natürlich für das ganze Land. Selbst wenn manchmal die Hauptstadtberichterstattung mit Humboldt Forum und Einheitsdenkmal die Medien beherrscht: Wir tun sehr viel für die Bundeskulturförderung im ländlichen Raum; Herr Grundl, wir haben da gar nichts gekürzt. 10 Millionen Euro stehen auch 2020 im Rahmen des Programms „Kultur in ländlichen Räumen“ zur Verfügung. Hinzu kommen 15 Millionen Euro aus meinem Etat für das „Zukunftsprogramm Kino“, das ausdrücklich für den ländlichen Raum gedacht ist.

Mit all diesen Maßnahmen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, stärken wir die Kräfte der Kultur und Medien, fördern wir Verstehen, Verständnis, Verständigung und damit natürlich den Zusammenhalt, nicht die Spaltung unserer Gesellschaft, die Einladung, nicht die Gängelung zu Weltoffenheit und Toleranz. Zuversicht halte ich je-

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Monika Grütters

- (A) denfalls für angebracht, und zwar nicht trotz, sondern wegen der Konflikte; es gibt sie ja überall.

So argumentiert – das muss ich zum Schluss noch sagen – der deutsche Soziologe Aladin El-Mafaalani, Sohn syrischer Einwanderer, in einem wirklich extrem lesenswerten Buch mit dem Titel: „Das Integrationsparadox“ folgendermaßen: Da, wo umso mehr Menschen zuziehen, gibt es natürlich mehr Konflikte, mehr Streit. Aber er sagt: Streitkultur ist die beste Leitkultur.

Investieren wir also in unsere Streitkultur, verehrte Kolleginnen und Kollegen, indem wir Kultur und Medien stärken. In diesem Sinne bitte ich sehr darum, den Haushaltsentwurf für Kultur im Jahr 2020 zu unterstützen, auch in den parlamentarischen Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Als nächste Rednerin spricht zu uns die Kollegin Katrin Budde, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Katrin Budde (SPD):

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unbestritten: Der Kulturretat wächst, und es ist auf den ersten Blick auch ein wirklich solider Entwurf – mit Aufwuchs eben. Das ist gut so. Geht man dann ins Detail, werden wir ihn wahrscheinlich unterschiedlich beurteilen.

Neben vielen guten Verstärkungen – Sie haben sie selber aufgeführt –, neben der Umsetzung von Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag wie dem Förderprogramm „Jugend erinnert“, neben der vereinbarten Ausweitung von Geldern in West und Ost, der gesamten Republik, einem Aufwuchs von 20 Millionen Euro, den Verbesserungen für die Deutsche Welle und dem „Zukunftsprogramm Kino“ fällt aber eben auch etwas anderes ins Auge, und das halte ich für sehr problematisch.

Ich will daran erinnern, dass am Montag dieser Woche vor 30 Jahren die Menschen in Leipzig zum ersten Mal aus der Kirche heraus und auf die Straße gegangen sind. Es hat dann vier Wochen gedauert, bis die friedliche Revolution am 9. Oktober im Grunde überall in der DDR Fahrt aufgenommen hat. Ich muss sagen, es ist sehr unverständlich für mich, dass ich in dem Haushaltsentwurf lesen muss, dass die Mittel für die Bundesstiftung Aufarbeitung, eine Bundesstiftung, um 1 Million Euro gekürzt werden sollen. Wir hatten in den letzten Haushaltsberatungen etwas anderes vereinbart. Wir hatten vereinbart, zumindest für die beiden Jubiläumsjahre jeweils 1 Million Euro draufzulegen und darüber zu reden, wie die Bundesstiftung fortentwickelt werden kann. Nun fehlt das Geld hier im Etat.

(Otto Fricke [FDP]: Das wollte doch Ihr Finanzminister nicht!)

- (C) Ob ich da an ein Versehen glaube, weiß ich nicht. Auf jeden Fall gehört das verändert. Ich finde, das ist echt eine Sauerei – um das deutlich zu sagen.

(Otto Fricke [FDP]: Das war doch Ihr Finanzminister!)

Erst einmal ist das ein Haushalt der BKM, und wie das in der Regierung abgeklärt worden ist, ist etwas anderes.

(Otto Fricke [FDP]: Ja, da sollten Sie dafür sorgen, dass das abgeklärt wird!)

Schöne Worte sind jedenfalls nicht ausreichend. Vielmehr ist es wichtig, dass auch entsprechende Mittel im Haushalt vorgesehen sind.

Der Bereich Kultur und Medien hat ja zu Recht seinen Platz in der Generaldebatte; denn man muss sagen: Kunst und Kultur, das Wissen, woher wir kommen, wo wir heute sind, wie wir unsere Umgebung gestalten, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit der Gegenwart und mit der Zukunft und auch das Lernen daraus, das Verständnis und die Vielfalt der Menschen finden in unseren Regionen statt und prägen Menschen und Gesellschaft. Kunst und Kultur sind wesentliche Lebenselixiere für uns Menschen und die gesamte Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Hartmut Ebbing [FDP])

- (D) Wenn wir uns dessen bewusst sind, folgt daraus eigentlich die nächste Frage: Für wen machen wir denn Kunst und Kultur? Für die Menschen, die in den Zentren leben, für die Touristen, die herkommen, weil sie von den kulturellen Zentren angezogen werden? Ja klar, das ist cool, das ist toll. Es braucht diese Leuchttürme der Kultur und eine Vielfalt der Stadtkultur – aber eben nicht nur. Vielmehr braucht es jetzt und in der Zukunft eben auch in der Kultur ein Selbstverständnis wie im Sport, bei dem wir selbstverständlich sagen, dass es den Spitzen- und den Breitensport geben muss. Wir brauchen Kunst und Kultur auch in der Fläche.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Ich will die Frage ganz offen stellen, die ja unter der Hand von vielen diskutiert wird: Brauchen wir ein zusätzliches neues Museum der Moderne? Es wäre cool, es wäre toll, wenn wir es hätten. Aber wenn das zulasten von allen anderen Projekten geht, dann möchte ich die Regierung wirklich bitten, zu überlegen, ob man da nicht Begrenzungen der Ausgaben einführt,

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU] und Hartmut Ebbing [FDP])

und dann darüber nachzudenken, wie das in die Fläche gegeben werden kann; denn wir sind ein Land, das seit Jahrhunderten und Jahrtausenden Kunst und Kultur, große und bedeutsame nationale Orte und Bewegungen in der Fläche pflegt. Das Geld dafür reicht schon lange nicht mehr.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Katrin Budde

- (A) Kulturpolitik ist Länderpolitik. Ja, aber das gilt eigentlich schon lange nicht mehr. Wir haben kulturelle Schätze in gros. Es sind ganz viele; das ist das Tolle. Aber unfreundlich formuliert: Es wächst den Regionen, den Dörfern, den Städten, den Kommunen und den Ländern über den Kopf. Das heißt, wir müssen das in der Bundeskulturpolitik mit abbilden.

Wir haben schon viel getan. Ich nenne als Beispiele den Fonds für Soziokultur, den Deutschen Literaturfonds und den Deutschen Übersetzerfonds. Sie sind gut, gehören aber weiter gestärkt; denn sie arbeiten in der Fläche. Auch TRAFO ist ein tolles Modell, um kulturelle Bewegungen aufzunehmen, Regionen zu verändern, die Menschen mitzunehmen und ihnen nichts überzustülpen, aber eigentlich brauchen wir dafür auch mehr Geld. Es gibt mehr Anträge, als wir überhaupt bewilligen können.

Es gibt also ganz viel, was wir unterstützen können, um die Kultur zu stärken und die Gesellschaft zu entwickeln. Ich finde, es ist auch eine Gerechtigkeitsfrage, dass der Zugang zu Kunst und Kultur immer vorhanden ist. Deshalb: Lassen Sie uns diese Gerechtigkeitsfrage im Haushalt der BKM stärken. Das würde der Staatsministerin gefallen und uns auch, glaube ich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

- (B) Vielen Dank, Frau Kollegin Budde. – Als Nächstes spricht zu uns die Kollegin Patricia Lips, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Johannes Kahrs [SPD]: Großartige Kollegin! – Sonja Amalie Steffen [SPD]: Jetzt muss aber was kommen!)

Patricia Lips (CDU/CSU):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Kultur bezeichnet im weitesten Sinne alles, was der Mensch gestaltend hervorbringt. Sie lebt vom Mitmachen. Sie ragt als Solitär heraus in einer Zeit, in welcher zu den verschiedensten Themen mehr und mehr die Frage gestellt wird: Was habe ich davon? Was kostet das? Brauchen wir das? Brauche ich das? Die Antwort ist übergreifend und eindeutig: Ja, wir brauchen die Kultur und auch ihre Förderung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kultur – wir haben es jetzt mehrfach gehört – hält unsere Gesellschaft zusammen. Sie ist in ihrer Vielfalt Teil unserer Identität. Den Begriff „Kulturlandschaft“ gibt es nicht von ungefähr, und doch können wir nicht alles auf Heller und Pfennig für den Einzelnen bewerten. Sie zahlt nicht auf ein konkretes Konto ein, aber sie zieht die Menschen an und erfüllt ihr Bedürfnis, auch selbst kreativ zu sein. Allein die Vielfalt der Hauptstadt Kultur beeindruckt Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Wir sind stolz auf diese Spitzenleistungen und Angebote, und selbstverständlich wird der Bund auch weiterhin die

- Kultur in der Hauptstadt als ein weltweites Aushängeschild fördern. (C)

Was für Berlin gilt, gilt ebenso für andere Metropolen in unserem Land. Sie strahlen wie Magnete in ihr Umland hinein und erfüllen so eine wichtige Funktion. Aber, Kolleginnen und Kollegen – da möchte ich das unterstützen, was bisher gesagt wurde –, Kultur findet eben nicht nur auf der ganz großen Bühne vor den Kameras der Welt statt. Es gibt unzählige Bürgerinnen und Bürger, Kunstschaffende, Vereine und Verbände im ganzen Land, und auch diese wollen und dürfen wir nicht außer Acht lassen. Sie verdienen mindestens unsere gleichberechtigte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sie schaffen Identität, ganz konkret vor Ort. Es ist deren Kreativität, die ihrer Region erst zur Bedeutung verhilft. Vor allem ermöglichen sie eine Fülle aktiver Teilhabe, und gerade dort oft im Ehrenamt. Wer Kulturpolitik hier im Hause wie geschehen als linientreu infrage stellt, der hat damit das Wesen, den Aufbau der Kultur unseres Landes schlicht nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Dort, im ländlichen Raum, finden wir im Übrigen auch ein großartiges bauliches Erbe in unserem Land, das im Gegensatz zu den meisten anderen Nationen über Jahrhunderte zersplittert war und uns gerade deshalb eine unglaubliche Vielfalt hinterlassen hat. Allein in 2019 konnten wir hier mit einem eigenen Programm über 230 (D) Einzelprojekte zeitnah unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen, eines ist aber dennoch immer wieder zu betonen – jetzt hebe ich den Zeigefinger –: Zuvörderst bleibt Kultur eine Angelegenheit der Länder, in der Folge auch der Kommunen. Das legt schon unsere Verfassung fest. Darauf legen sie im Allgemeinen selbst allzumal gern wieder Wert. Doch immer öfter muss man im konkreten Fall daran erinnern. Der Bund hat hingegen die Aufgabe, gezielt Projekte von besonderer Bedeutung in den Metropolen wie in der Fläche zu unterstützen. Unser Ziel ist damit aber nicht nur der Erhalt, die Bewahrung des Status quo, sondern vor allem auch, Prioritäten zu setzen, um gemeinsam mit den Bundesländern einen echten Mehrwert in diesem Land zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, es bleibt auf diesem Wege festzuhalten: Mit diesem Haushalt gibt es heute so viel Kulturförderung des Bundes wie nie zuvor, und dieser Anteil ist nicht mehr wegzudenken. Auch von meiner Seite aus ein Dank an Monika Grütters und ihr ganzes Team!

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines anmerken: Wir befinden uns im Bauhaus-Jahr. Unzählige Projekte hat der Bund in dessen Vorbereitung unterstützt. In den letzten Wochen konnte ich selbst die neuen Einrichtungen in Weimar und Dessau besuchen. Das Bauhaus hat uns aber nicht nur schöne Kaffeekannen, Architektur und Einrichtungsgegenstände wie die Sessel in der Halle des Paul-Löbe-Hauses beschert. Es bedeutet vielmehr einen Ausdruck von Freiheit in der Gestaltung, Freude am Ex-

Patricia Lips

- (A) periment. Aber vor allem hat es die Ideen der Moderne aus Deutschland in die ganze Welt getragen, als sie im Ursprungsland bereits verpönt oder gar unterdrückt waren. Dies mahnt uns, dass Kultur und Freiheit, Moderne und Toleranz immer zusammengehören, ja, zusammengehören müssen. Sie kommen aus der Gesellschaft, und dafür sind wir dankbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf engagierte Beratungen im Ausschuss, wo wir sicher noch Akzente setzen werden, und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lips. – Als letzter Redner zu diesem Einzelplan hat das Wort der Kollege Dr. Jens Zimmermann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Johannes Kahrs [SPD]: Bester Mann!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD):

Das sind Sie doch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Johannes Kahrs [SPD]: Jetzt mach mal zu!)

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundeshaushalt trägt die Überschrift „Investitionen und Chancen im Wandel“. Schauen wir uns einmal an, was in der Digitalpolitik in diesem Herbst alles passiert: Allein in dieser Woche ist der Bericht der Wettbewerbskommission 4.0 vorgelegt worden. Das Digitalkabinett tagt. Der Digitalgipfel wird stattfinden. Wir haben eine Konferenz der Vereinten Nationen, das Internet Governance Forum, hier in Berlin. Die Blockchain-Strategie der Bundesregierung wird vorgestellt, und auch die Datenethikkommission präsentiert ihre Ergebnisse. Man kann deshalb mit Fug und Recht sagen: Die Digitalisierung bestimmt die Tagesordnung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den digitalen Wandel gestalten; denn wir brauchen Sicherheit im digitalen Wandel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen den digitalen Raum nicht den Googles, Amazons und Facebooks dieser Welt überlassen, und deshalb brauchen wir klare Regeln. Wir brauchen klare Regeln auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft und auch beim Thema Besteuerung. Deshalb ist es gut, dass wir mit Hubertus Heil einen sozialdemokratischen Arbeitsminister haben, der an dieser Stelle auch liefert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Nationale Weiterbildungsstrategie. Wir haben das Qualifizierungschancengesetz. Wir haben die Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft, und wir haben auch das Arbeit-von-morgen-Gesetz. Es ist wichtig, diesen digitalen Strukturwandel aktiv zu gestalten; denn die Beschäftigten haben zu Recht an einigen Stellen auch Bedenken, wie es weitergeht. Deswegen ist es wichtig,

- (C) dass wir dort aktiv handeln. Wenn ich dann höre, meine Damen und Herren, im Haushalt von Hubertus Heil würde das Geld zum Fenster rausgeschmissen werden, dann ist das nicht falsch genug zu problematisieren.

(Heiterkeit bei der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

– Da können Sie lachen, meine Kollegen von der FDP. Aber an dieser Stelle den digitalen Strukturwandel zu gestalten, das ist eine Mammutaufgabe. Und um die Menschen, die Angst haben, ihren Job durch die Digitalisierung zu verlieren, um die müssen wir uns genauso kümmern wie um die Menschen, die Angst haben, durch den Kohleausstieg ihren Job zu verlieren. Wenn wir uns aber nicht um sie kümmern und so verächtlich lachen, wie Sie es gerade getan haben, dann sind das die Nächsten, die die Extremisten wählen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das war nicht verächtlich! Das war ein lustiger Versprecher!)

Es ist außerdem notwendig, dass wir die Märkte ordentlichen Regeln unterwerfen. Diese Woche gab es zum ersten Mal eine Überweisung über 1 Milliarde Euro in Blockchain, und niemand weiß, wie viele Bitcoins da eigentlich überwiesen wurden und von wem an wen. Das ist ein Thema, wo wir ganz klar sagen: Wir brauchen Regeln. – Wir haben ein Kartell rund um das Unternehmen Facebook, das eine neue Währung auf den Markt bringen will. Wir sagen ganz klar: Das gehört in staatliche Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Otto Fricke [FDP]: Jetzt wollen Sie die Bitcoins besteuern?)

(D) Denn dieses Kartell wird am Ende vor allen Dingen in die eigene Tasche wirtschaften wollen und nicht im Interesse der Menschen.

Wir müssen uns natürlich auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Digitalisierung die Einnahmeseite des Haushalts anschauen. Wir sehen ganz klar: Die Möglichkeiten der Digitalisierung sorgen auch dafür, dass Unternehmen, dass Konzerne zunehmend neue Möglichkeiten haben, Steuern zu vermeiden, Steuern zu hinterziehen. Deswegen danke ich an dieser Stelle dem Bundesfinanzminister dafür, dass er auf internationaler Ebene an den Themen Mindestbesteuerung und Digitalsteuer dran ist. Beim letzten G-7-Gipfel in Japan haben wir ganz klar gesehen, dass wir eine Lösung hinbekommen. Das muss in unserem Interesse sein; denn den digitalen Wandel, den wir in Deutschland gestalten müssen, müssen wir entsprechend finanziell unterlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt beinhaltet Rekordinvestitionen in Höhe von fast 40 Milliarden Euro. Wir investieren in den Ausbau von Infrastruktur, von Bildung und auch von Digitalisierung. Deswegen ist es wichtig, dass unsere Ministerinnen und Minister, dass Olaf Scholz, dass Hubertus Heil Sicherheit im digitalen Wandel organisieren. Wir brauchen die Digitalsteuer. Wir brauchen ein modernes Wettbewerbs- und Kartellrecht. Wir müssen dafür sorgen,